

Z 17114

Neue AULA

Okt. 2019 | Nr. 1 | Jg. 1



**Besuch bei
Odin Wiesinger
Seite 32 bis 34**

**Jörg Urban im
Interview
Seite 18 und 19**

**Die Wahl in
Österreich 2019**
Seite 5 bis 7

Herbert Kickl
Seite 4

POLITISCH UNKORREKT MONAT FÜR MONAT!

Inhalt

SCHWERPUNKT:

WAHL IN ÖSTERREICH

- 4-9 Ergebnisse und Analyse der österreichischen Nationalratswahl
Interview mit Lutz Weininger

ÖSTERREICH

- 10 Die Ibiza-Verschöpfung
GERHOCH REISEGGER
12-13 ÖSTERREICHS RECHTLICHE SOUVERÄNITÄT
REINHARD OLT
14-15 Zum Begriff des Rechtsextremismus
WERNER KUICH

DEUTSCHLAND

- 16-17 Ergebnisse der Wahlen in Brandenburg und Sachsen
18-19 Gespräch mit Sachsens AfD-Landeschef Jörg Urban
20 Hauptsache Widerstand – MARIO KANDIL
21 Was ist „neu“ an der „Neuen Rechten?“
JÜRGEN SCHWAB
22-23 Das Narrativ vom „Überfall“
FRED DUSWALD

EUROPA & WELT

- 27 Kosovos Präsident provoziert mit „Großalbanien“ – EUGEN GEORGIEV
30 FPÖ-Stadträtin Stenzel beim Gedenken an 1683

FEUILLETON

- 32-34 Besuch bei Odin Wiesinger
35 Sind Vornamen Schall und Rauch?
WERNER PFANNHAUSER
36 Walter Marinovic wurde 90
34 Visum im Vergleich zum Schlauchboot
WOLFGANG RINNER
40-41 Buchbesprechungen

LESERBRIEFE

- 42 und folgende Seiten

Offenlegung nach § 25 Med.G.

Zu 100% im Eigentum der Albert Engelmann Gesellschaft m.b.H. | Herausgeber: Dr. Martin Pfeiffer, Kleinzell 2, 4115 Kleinzell i.M. | Druck: OÖN Druckzentrum GmbH & Co KG, 4010 Linz, Promenade 23
Erscheinungsort: 4150 Rohrbach | Verlagspostämter: 4115 Kleinzell, 4020 Linz, 94110 Wegscheid (Deutschland)
Gerichts- und Klageort: Linz | Grundlegende Richtung des Magazins: heimattreu

Kontakt Österreich: Kleinzell 2, 4115 Kleinzell i.M. | 07282 5797
Kontakt Deutschland: Postfach 75, 94110 Wegscheid | +43 7282 5797
Kontakt elektronisch: office@neueaula.com | www.neueaula.com

Bankverbindung: Oberbank | IBAN: AT28 1500 0007 2149 2882 | BIC: OBKLAT2L
Jahresabo: EUR 76,00 in Österreich, EUR 86,00 im EU-Raum

Bei Einstellung der Zeitung besteht kein Recht auf Rückerstattung einbezahlter Abonnementbeiträge. Das Abo verlängert sich, solange schriftlich nicht gekündigt wird. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos etc. wird keine Haftung übernommen.

VORWORT

VOM HERAUSGEBER DR. MARTIN PFEIFFER

Liebe Leser der Neuen AULA!

■ Ich freue mich, dass es die „Neue AULA“ gibt.

Bereits vor dem Druck der ersten Ausgabe hat die „Neue AULA“ fast dreihundert zahlende Bezieher. Das ist ein großer Vertrauensbeweis für meine Person und für das Verlags-haus Engelmann. Dafür danke ich Ihnen recht herzlich!

Die „Neue AULA“ muss dem nationalen Lager wieder eine Stimme geben. Das geht nicht ohne Ihre Zuarbeit, Ihr Vertrauen und Ihr Geld. Bis Dezember 2019 ist das Erscheinen der „Neuen AULA“ finanziell nahezu gesichert. Unsere Autoren, Albert Engelmann, Eigentümer, Maud Sabiron, Geschäftsführerin, und ich arbeiten derzeit ohne Gehalt, damit das Projekt „Neue AULA“ wirklich fliegen lernt.

Damit die „Neue AULA“ wirklich fliegen kann, brauchen wir bis September 2020 mindestens zweitausend zahlende Bezieher. Gemeinsam mit Ihnen ist das zu schaffen.

Die ersten zwei Ausgaben der „Neuen AULA“ sind bereits finanziert und werden unentgeltlich an 3.000 österreichische und an 3.000 deutsche Adressen versandt. Das ist eine Auflage von 6.000 Stück!

Wer nicht wirbt, stirbt. Das ist ein wahrer Satz aus der Werbung. Daher bitte ich Sie: Schicken Sie uns Adressen von Freunden und Bekannten, die an der „Neuen AULA“ Interesse haben könnten.

Wir haben einen kleinen, aber feinen Internet-Auftritt unter „www.neueaula.com“. Verlinkt Sie Ihre Internetseite mit der Unsrigen, weisen Sie Ihre Freunde in Ihren Emails

darauf hin, helfen Sie mir und der Mannschaft der „Neuen AULA“! Natürlich suchen wir auch weitere Autoren. Ich freue mich auf Ihre Leserbriefe. Die „Neue AULA“ ist letztlich Ihre Monatspublikation. Die „Neue AULA“ bekommt nämlich keine staatlichen Subventionen und auch keine Parteigelder. Und wir möchten auch keine haben. Die „Neue AULA“ ist unabhängig, frei, nur Ihnen, unseren Lesern, verpflichtet. Niemandem sonst!

Namentlich als Autoren der „Neuen AULA“ darf ich hier begrüßen (ohne akademische Titel): Thomas Schinnerl (Seite 8), Gerhoch Reisinger (Seite 10), Reinhard Olt (Seite 12), Werner Kuich (Seite 14), Fred Duswald (Seite 15, 22-23, 38), Mario Kandil (Seite 20), Jürgen Schwab (Seite 21), Eugen Georgiev (Seiten 27 und 29), Werner Pfannhauser (Seite 35), Wolfgang Rinner (Seite 37), Elmar Lübbers-Paal (Seite 39) und ab Seite 42 haben unsere Leser das Wort.

An die Adresse der pennalen und studentischen Verbindungen ist die Bitte gerichtet, uns mit Informationen und Berichten über Veranstaltungen zu versorgen. Denn der „Neuen AULA“ ist der Schulter-



schluss mit den Korporierten ein großes Anliegen. Je mehr Material wir zum Themenbereich Korporationen haben, desto umfangreicher können wir darüber berichten.

Das Oktober-Heft hat die österreichische Nationalratswahl als Schwerpunkt. Dominierend im bundesdeutschen Bereich sind die Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen, wo die AfD stark zulegte. Hierzu führte die „Neue AULA“ ein ausführliches Interview mit Sachsens Wahlsieger Jörg Urban, der Landes- und Fraktionschef der AfD ist. Mit dem Künstler Odin Wiesinger habe ich einen ganzen Tag verbracht und berichte darüber in einer Reportage ab Seite 32.

In der Hoffnung auf eine positive Resonanz durch unsere Leserschaft, bin ich

Ihr Martin Pfeiffer

Dr. Martin Pfeiffer, Herausgeber „Neue AULA“

Herbert Kickl ist bescheiden geblieben

Die Österreich-Ausgabe der „Neuen AULA“ ziert ein Portrait von Herbert Kickl. Die Redaktion der „Neuen AULA“ meint, dass dieser Politiker der FPÖ mit den meisten Vorzugsstimmen noch einen interessanten Weg vor sich hat.

Herbert Kickl wurde 1968 in Villach im südlichsten Bundesland, in Kärnten, geboren. Er besuchte das Gymnasium in Spittal an der Drau

und studierte in Wien Publizistik und Geschichte. Er hat keinen Studienabschluss. Beim Militär diente er bei den Gebirgsjägern als Einjährig-Freiwilliger. Er hätte also auch eine Offizierslaufbahn einschlagen können.

Er kommt nicht aus dem Milieu der Burschenschaften, die allgemein als national gelten.

Er ist verheiratet und lebt mit seiner Familie in Purkersdorf in Niederösterreich.

Am ehesten kann man ihn als Legalisten bezeichnen. Dieser Begriff kommt aus der chinesischen Philosophie. Der Legalismus entwickelte sich um 300 vor Christus und versuchte durch Treue zum Gesetz eine gute Regierungsform zu garantieren. Heute hat der Legalismus einen eher

negativen Beigeschmack bei den Historikern und Philosophen. Das ist wohl deren Linkslastigkeit geschuldet.

Herbert Kickl jedenfalls hat als Innenminister seine Gesetzestreue bewiesen und hat ungesetzliche Einwanderung und andere Unsitten wieder in die geordneten Bahnen des Rechtsstaates gebracht. Von ihm ist auch der bemerkenswerte Ausspruch: „Das Recht hat der Politik zu folgen.“ Dem wurde sofort von den linken Medien und linken Politikern heftig widersprochen. Obwohl jedem Menschen klar ist und es schlicht auf der Hand liegt, dass Kickl damit völlig richtig liegt!

Wie sehr er als Innenminister abgehen wird, wird erst die kommende Regierung zeigen.



Herbert Kickl (Foto: FPÖ)

Neufindung in der Opposition!

Die Nationalratswahlen sind geschlagen, die FPÖ ist auf gut 16 % gefallen. Was sind die Ursachen? Natürlich in erster Linie die Causa Ibiza, die eine 17 Monate währende gute Zusammenarbeit zwischen ÖVP und FPÖ über Nacht beendete. Dazu kam eine Pressekampagne eine Woche vor dem Urnengang, die HC Straches Spesenabrechnungen skandalisierte, ohne aber Beweise zu liefern. Regierungsbeteiligung ade!

Nun kann man es sich leicht machen und alle Schuld HC Strache zuschieben. Dabei sollte man jedoch berücksichtigen, dass es seit Jahren seitens der Medien Mode ist, kurz vor den Wahlen den Freiheitlichen ein Ei zu legen. Man denke nur an die Liederbuchaffäre in Niederösterreich Anfang 2018 kurz vor der Landtagswahl, die der FPÖ schadete, deren Vorwürfe sich aber letztlich in Luft auflösten. Oder eben besagte „Ibiza-Affäre“ zehn Tage vor der EU-Wahl, wo ein knapp zwei Jahre altes Video auf den Markt geschmissen wurde, um Türkis-Blau zu sprengen. Hierbei darf man nicht vergessen, dass Kurz ursprünglich die Koalition ohne Strache fortzuführen bereit war, bis ihm seine

Ohrenbläser aus den Bundesländern rieten, die Gunst der Stunde zu nutzen und auch auf eine Entfernung von Innenminister Herbert Kickl zu pochen. Und jetzt wurde ein korrupter Leibwächter Straches präsentiert, um Negativstimmung gegen die Blauen zu machen.

So sind also die Mittel der Feinde des Dritten Lagers! Mit Kurz oder Rendi-Wagner dreht man eben keine schlüpfrigen Geheimvideos. Da man aber genau weiß, dass Vertreter des Dritten Lagers unter besonderer Beobachtung stehen, darf man keinen Anlass für Skandale liefern. Nun gilt es, die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen und sich von außen weder auseinanderdividieren noch die innere Ordnung diktieren zu lassen. Die Freiheitlichen müssen sich in der Opposition regenerieren, wobei mit Herbert Kickl als angreifbarem Fraktionschef im Nationalrat der richtige Mann am richtigen Platz ist. Ein Norbert Hofer als Dritter Nationalratspräsident strahlt Würde und Souveränität aus und sollte sich auf 2022 konzentrieren, um dann siegreich in die Hofburg einziehen zu können.

Martin Pfeiffer

Wahlergebnis der Nationalratswahl in Österreich

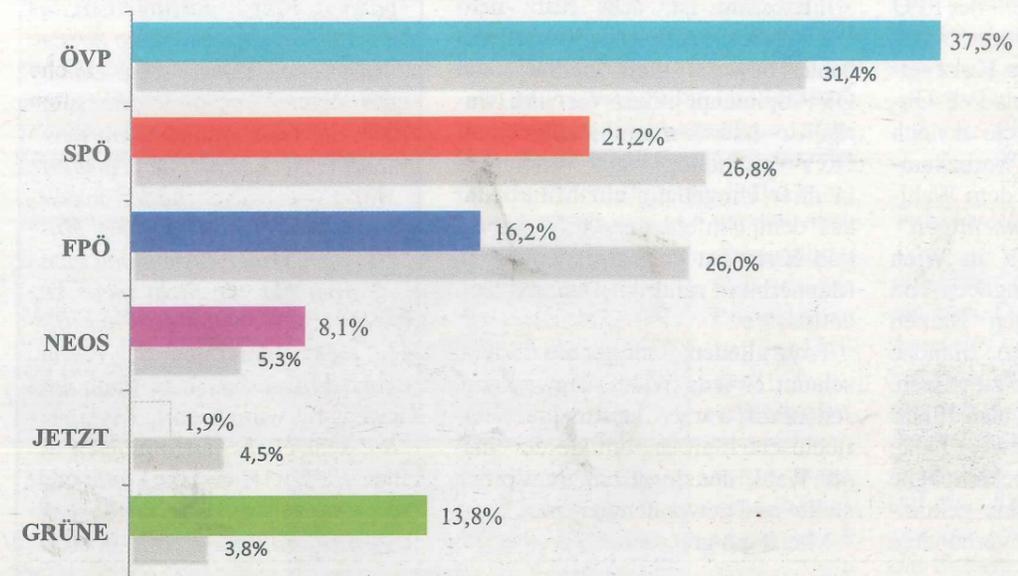
In Österreich steht einer Rückkehr von Sebastian Kurz auf den Kanzlersessel nichts mehr im Wege. Die Nationalratswahlen bescherten dem türkisen Frontmann ein sattes Plus von 6,1 Prozent und damit 37,5 Prozent. Da sowohl SPÖ als auch FPÖ

Prozent auf 75,1 Prozent zurück. Als echter Überraschungssieger können die Grünen bezeichnet werden. Sie übertrafen noch die Prognosen, legten um satte 10 Prozent zu und schafften mit 13,8 Prozent nur gut zwei Prozent weniger als die

FPÖ. Unter ihrem selbst gesteckten Ziel blieben die linksliberalen NEOS. Mit einem bescheidenen Plus von 2,8 Prozent langte es gerade einmal für 8,1 Prozent.

Dass der Jungpolitiker Sebastian Kurz derzeit auf einer Welle der Sympathie reitet, zeigen die Ergebnisse aus ganz Österreich. Bis auf Wien liegt die ÖVP in sämtlichen Bundesländern an erster Stelle. Und wenn man sich die Bezirksergebnisse betrachtet, wird der Triumph der Türkisen noch deutlicher: Nur im Land Oberösterreich konnte eine andere Partei, nämlich die SPÖ, in drei Bezirken stärker als die ÖVP werden, und zwar in den Städten Linz, Wels und Steyr.

In Wien sind die Roten bereits auf dem Rückzug – gejagt von den Grünen und Türkisen. Dort ist die SPÖ nur noch in acht Bezirken auf Platz eins, in zehn sind die Grünen und in fünf die Türkisen Erster.



Die prozentuale Verteilung der abgegebenen Stimmen der österreichischen Wähler. Der klare Sieger ist die ÖVP. Die SPÖ konnte Platz zwei nur halten, weil die FPÖ massiv Stimmen verlor. Die Grünen ziehen mit mehr als 13 Prozent wieder ins Parlament ein.

Verluste einführen, vergrößerte sich der Abstand zwischen Platz eins und Platz zwei auf beachtliche 16,3 Prozent, ein Novum in der Zweiten Republik! Klare Wahlverlierer sind FPÖ, SPÖ und Liste JETZT. Erstere verloren fast 10 Prozent und kamen nur noch auf 16,2 Prozent – ein historischer Tiefstand seit den Wahlen 2002 (10 Prozent) und 2006 (11 Prozent)! Die Roten rutschten unter Obfrau Pamela Rendi-Wagner nach der Pleite bei der EU-Wahl noch weiter ab und landeten bei nur noch 21,2 Prozent. Für die Liste JETZT des Altmarxisten Peter Pilz gingen endgültig die Lichter aus. Mit einem Minus von 2,6 Prozent erreichte diese lediglich 1,9 Prozent. Die Wahlbeteiligung ging von 80



Die Mandatsverteilung im künftigen österreichischen Parlament. Von den 183 zu vergebenden Sitzen erreichte der Wahlsieger ÖVP 71.

Kurz hat gewonnen

Der ÖVP-Obmann Sebastian Kurz hat die Nationalratswahl 2019 souverän gewonnen. Insgesamt kommt die ÖVP im Parlament auf 71 Mandate von 183.

Im ganzen Land konnte man sehen: Die ÖVP war motiviert und der Bauernbund so aktiv wie seit langem nicht mehr. Das von der Bevölkerung wahrgenommene Wahlprogramm war weitestgehend mit dem der FPÖ gleich: konservativ und bürgerlich.

Begonnen hat **Sebastian Kurz** seine Politikarriere in Wien als JVP-Obmann. Im Jahr 2010 erntete er noch Spott und Hohn für seine Werbekampagne „Geilomobil“ mit dem Wahlkampfspruch „Schwarz macht geil“. Er fuhr mit einem SUV in Wien umher. Immer war er umgeben von leicht bekleideten jungen Damen aus dem Rotlichtmilieu. Manche SPÖ-Funktionäre meinen zu wissen, dass sich **Kurz** um 2005, also 19jährig, im Rotlichtmilieu bewegt habe, seine eigenartige Werbekampagne also nicht von irgendwoher gekommen sei. Trotz seiner verhunzten

„Schwarz macht geil“-Tour konnte er 2010 in den Wiener Gemeinderat und Landtag einziehen. Bereits 2011 wurde er Staatssekretär, 2013 Bundesminister und 2017 Kanzler.

Interessant ist, dass **Kurz** dem ÖCV (Österreichischer Cartellverband) bewusst nicht beiträt. Alle ÖVP-Spitzenpolitiker vor ihm waren Ur- oder Ehrenmitglieder einer ÖCV-Verbindung und vertrauten in ihrer Umgebung auf Mitarbeiter aus dem Umfeld des ÖCV. **Sebastian Kurz** hat diesen studentischen Männerbund rund um sich gänzlich entmachtet.

Trotz alledem oder gerade deshalb scheint er jede Wahl zu gewinnen. Jedenfalls war er der einzige österreichische Spitzenpolitiker bei dieser Wahl, der den Kanzleranspruch stellte und gewonnen hat.

Man kann gratulieren.

FPÖ hat die Wahlen verloren

Die FPÖ führte keinen Kanzlerwahlkampf. Die FPÖ wollte offensichtlich von Anfang an wieder mit der ÖVP koalieren.

Die FPÖ wurde bereits von der Ibiza-Affäre überrascht. Die Spesenaffäre, die eine Woche vor der Wahl losgetreten wurde, hat die Parteispitze erneut gelähmt. Der Wähler der Partei des kleinen Mannes ließ sich manipulieren und gab anderen Parteien die Stimme beziehungsweise blieb der Wahl fern. War und ist der FPÖ-Führung nicht klar, dass sie unter dauernder Beobachtung steht, sie sich keinerlei Eskapaden leisten kann, jeder Fehltritt eine Medienkampagne wird? War es der Wiener FPÖ nicht klar, dass es auch innerhalb

der politischen Bewegung Spitzel und Geheimagenten gibt?

Auch bei SPÖ und Grünen, NEOS und ÖVP gab und gibt es größere und kleinere Ungereimtheiten. Im Umfeld der SPÖ den Lucona-Skandal. Im Umfeld der ÖVP den Skandal rund um einen Abt des Stiftes Rein. Aber die FPÖ scheint immer überrascht zu sein. Wusste die politische Führungsspitze der FPÖ nicht, was in der Wiener FPÖ an Geld an die **Straches** verschoben wurde? Hätte **Johann Gudenus** nicht Erkundigungen über eine gewisse Dame aus Russland einziehen können? Wie man es dreht und wendet: Das Desaster dieser Wahl hat die FPÖ selbst verschuldet.

An die FPÖ

Der Wahlausgang ist für die FPÖ ein Desaster. Die Führung der Partei lässt sich vom politischen Gegner vor sich hertreiben, ohne zu wissen, was sie dagegen tun soll.

*Lange Telefonate in den vergangenen Tagen mit altgedienten Streibern für die nationale Sache waren ernüchternd. Eine Dame aus Niederösterreich, die sich mit viel Geld und großem persönlichem Einsatz für **Norbert Hofer** eingesetzt hatte, musste erleben, dass **Norbert Hofer** nach seiner Ernennung zum Minister für sie nicht mehr zu erreichen war. Totale Funkstille, nicht einmal eine Sekretärin sprach mehr mit ihr. Ähnliches hörte ich von Seiten engagierter bürgerlicher Lebensschützer. Nach der Ernennung **Hofers** keine Antwort mehr auf Briefe, Anrufe und Emails. Tote Hose.*

Geld, Stimme, Einsatz nimmt man gerne, ist man im Sessel, ist alles und sind fast alle vergessen.

*Noch unter **HC Strache** wurde die in Graz erschienene „Aula“ eingestellt. Sie war eines der letzten nationalen Organe im deutschen Sprachraum. Nur wenige Monate später ereignete sich der Ibiza-Skandal und **HC Strache** war und ist Geschichte.*

*Viele aus dem nationalen Lager haben bei dieser Wahl noch FPÖ gewählt, mit einer Vorzugsstimme für **Herbert Kickl**. Er ist kein Nationaler, eher ein Legalist im positivsten Sinn, also einer, der etwas auf das Gesetz und seine Durchsetzung hält.*

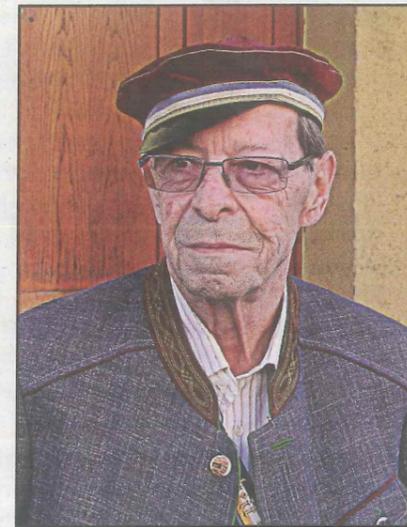
Albert Engelmänn

„FPÖ nicht zwingend auf Koalition mit ÖVP angewiesen“

Neue AULA: Was waren die Grundsätze der FPÖ, als Sie in den 1960-er Jahren in die Politik gingen?

Weinzinger: *Damals war **Friedrich Peter** der Obmann. Wichtig war damals die Schulung unserer Jugend, die im Reinhaller-Haus am Attersee erfolgte. Da ich aus einem nationalen Elternhaus stamme, vertrat ich auch ein solches Gedankengut und warb bei Seminaren und Gesprächen mit unserem Nachwuchs für meine Ideale.*

*Lutz Weinzinger (76), wohnhaft in Schärding an Inn und von Beruf Steuerberater, war lange Jahre oberösterreichischer Landtagsabgeordneter der FPÖ und deren Fraktionschef. Er wurde nach **Haiders** Abgang 2005 FPÖ-Landesparteiobmann von Oberösterreich und 2006 Nationalratsabgeordneter. Er ist unter anderem Mitglied der p.B! Scardonia Schärding.*



Neue AULA: Nach **Friedrich Peter**, **Alexander Götz** und dem liberalen **Norbert Steger** kam 1986 **Jörg Haider**. Es begann der Wiederaufstieg der FPÖ. Was war das Erfolgsrezept des **Jörg Haider**?

Weinzinger: *Das Erfolgsrezept des **Jörg Haider** war er selbst. Er hat viele Leute fasziniert. Man denke nur an die total überfüllten Aschermittwochsveranstaltungen in Ried im Innkreis mit ihm. Anfangs dachte er noch so wie wir, nämlich national bzw. nationalliberal. Aber auf einmal kam er davon ab. Ich erinnere mich noch gut an den Ausklang einer Aschermittwochsabendveranstaltung in Ried. Da setzte er sich zu mir und*

*sagte: „Lutz, jetzt machen wir ein bisschen was anderes aus der Partei. Wir müssen von den Nationalen weg und machen etwas Liberaleres daraus.“ Damit begann eigentlich der Scheideweg zwischen **Jörg Haider** und seinen bisherigen Weggefährten. Dies führte letztlich zum BZÖ.*

Neue AULA: Nach **Haider** kam ja ein neuer Hoffnungsträger, nämlich **Heinz-Christian Strache**, der die am Boden liegende Partei rasch

wieder nach oben führte. Gab es da Parallelen zu **Jörg Haider**?

Weinzinger: *Eigentlich nicht. Er zwar ursprünglich auch ein Haiderianer so wie ich, aber er war viel offener und konzilianter als*

*sein Vorgänger. 2005 setzte ich mich mit **Strache** zusammen, und wir berieten darüber, wie wir die Freiheitlichen in Oberösterreich wieder einen könnten. Es gelang uns schließlich, wobei meine Landesgruppe finanziell unabhängig von der Bundespartei sein wollte, was aber keinen Stolperstein darstellte.*

Neue AULA: Blicken wir auf die Gegenwart: Auf Bundesebene bildete sich Ende 2017 die Koalition aus ÖVP und FPÖ, die durch die sogenannte Ibiza-Affäre beendet wurde. In Oberösterreich regiert die ÖVP nach wie vor mit der FPÖ zusammen. Gibt es für die Blauen Ihrer Ansicht nach eine Alternative zu

solch einem Bündnis? Ex-Landesrat **Elmar Podgorschek** sagte ja einmal, dass man den Schwarzen nicht trauen könne.

Weinzinger: *Die Alternative zu einer vernünftigen Koalition mit der ÖVP, der man tatsächlich nicht*

„FÜR MICH WÄRE DAS INNENRESSORT EINE UNVERZICHTBARE BEDINGUNG.“

unbedingt trauen kann, ist die Opposition. Denn weder mit der derzeitigen SPÖ ist eine Zusammenarbeit möglich, auch nicht mit den NEOS und schon gar nicht mit den Grünen. Doch wir sollten der ÖVP klarmachen, dass die FPÖ nicht zwingend auf eine Koalition mit ihr angewiesen ist. Dann hätten sich nämlich die Schwarzen mit den Roten oder NEOS samt den Grünen herumzuärgern, wenn sie eine andere Regierung bilden müssen. Ein solches Bündnis hielte sowieso nicht lange.

Neue AULA: Wie interpretieren Sie die FPÖ-Wahlplakate, die für eine Wiederauflage der Koalition mit der ÖVP warben?

Weinzinger: *Sie sagten das aus, was wir uns denken: Wir sind der Ansicht, dass es für Österreich sinnvoll wäre, eine solche Regierung zu bilden. Aber innerhalb einer solchen Regierung müsste das freiheitliche Gewicht sehr stark verankert sein.*

Neue AULA: Hieße das, ein freiheitlicher Innenminister wäre eine unverzichtbare Bedingung?

Weinzinger: *Aus meiner Sicht wäre ein FPÖ-geführtes Innenministerium eine unverzichtbare Bedingung. Aber da will ich als Altpolitiker ohne Verantwortung den zuständigen Gremien natürlich nicht vorgreifen.*

Die Chamäleon-Partei ÖVP

Neben der FPÖ ist die Österreichische Volkspartei (ÖVP) die einzige Partei, die nicht dem politisch linken Spektrum zuzuordnen ist. Die vergangene bürgerliche Regierung

VON THOMAS SCHINNERL*

hatte vieles beschlossen, das in einer ÖVP/SPÖ-Koalition niemals denkbar gewesen wäre: die Ablehnung des UNO-Migrationspakts, eine schärfere Asyl- und Migrationspolitik, mehr Sicherheit für uns Österreicher, die Erhöhung der Mindestpensionen, um nur einige wenige Beispiele zu nennen. „Unser Weg hat erst begonnen“ plakatierte die Volkspartei nach der Sprengung der Regierung, die mit „mangelnder Sensibilität der FPÖ hinsichtlich des Ibiza-Videos“ begründet wurde.

Ob sich dieser „neue“ Weg, welcher das auch immer sein mag, den die türkische ÖVP propagiert, auch mit NEOS, GrünInnen oder gar der SPÖ fortsetzen ließe, darf bezweifelt werden.

SPÖ, FPÖ und „Liste Jetzt“

■ Mit den Stimmen von SPÖ, FPÖ und der „Liste Jetzt“ wurde noch kurz vor den Nationalratswahlen 2019 ein Pensionsgesetz verabschiedet. Wer 45 Jahre gearbeitet hat, kann auch schon mit 62 Jahren ohne Abschlüsse in Pension gehen.

Die SPÖ rechnet mit zirka fünfzig Millionen Euro Mehrkosten pro Jahr.

Kritisiert wird das Gesetz und die Mehrbelastung der jüngeren Genera-

tion. Interessant ist, dass Parteichef **Sebastian Kurz** wie auch ehemalige ÖVP-Minister vor der Veröffentlichung des Ibiza-Videos stets die inhaltliche Zusammenarbeit mit der FPÖ gelobt und sich auch mit freizeithilichen Erfolgen gebrüstet haben. Umso mehr verwundert es, dass ein illegal aufgenommenes Video zum Anlass dafür genommen wird, um Innenminister **Herbert Kickl**, der nichts mit den Aussagen von **Strache** und **Gudenus** zu tun hat, loszuwerden. Begründet wurde das von der ÖVP mit den nicht sehr ausführlichen Worten: „Weil er nicht gegen sich selbst ermitteln kann.“ Dass die juristische Ermittlung sämtlicher Hintergründe allerdings keineswegs dem Innenministerium obliegt, wird dabei gerne vergessen.

Chamäleon-Partei

Man kann die ÖVP als Chamäleon-Partei bezeichnen, weil der politikinteressierte Bürger oft nicht genau weiß, ob man es hier mit der

alten schwarzen oder mit der neuen türkischen Volkspartei zu tun hat. Im Gegensatz zur FPÖ fehlt nicht nur der Wunsch auf Fortsetzung der Koalition, es gibt auch zu vielen The-

ÖVP-KARAS MÖCHTE DIE „VEREINIGTEN STAATEN VON EUROPA“, SEBASTIAN KURZ 1.000 EU-VERORDNUNGEN STREICHEN.

men innerhalb der Partei mehrere Meinungen, was etwa die vergangene EU-Wahl eindrucksvoll bewiesen hat: So forderte **Sebastian Kurz**, man möge „1.000 EU-Verordnungen“ streichen und eine Reduktion der Bürokratie erreichen. Gleichzeitig sprach sich der Spitzenkandidat der ÖVP, **Othmar Karas**, der als leidenschaftlicher EU-Befürworter und Unterstützer des Zentralisierungswahns gilt, vor einigen Jahren für „Vereinigte Staaten von Europa“ aus. Das hätte das Ende der Souveränität Österreichs zur Folge.

Die ÖVP wäre gut beraten, sich zu entscheiden: Möchte sie den begonnenen Weg, der im Übrigen sehr beliebt war, fortsetzen oder nicht? Bekennt sie sich zu klaren Idealen oder passt sie sich je nach Situation und je nach Politiker und Bundesland an? Diffamiert sie weiterhin einen ehemaligen Innenminister, der maßgeblich am Regierungserfolg beteiligt war oder führt sie die konsequente Asylpolitik, die **Sebastian Kurz** als seine eigene Idee ausgibt, fort? Entscheidet den künftigen Weg der ÖVP **Kurz** oder lässt er sich von der alten schwarzen Garde in den Bundesländern beeinflussen? Die Koalitionsverhandlungen, die jetzt im Oktober stattfinden, werden erste Antworten auf diese Fragen geben.

* **Thomas Schinnerl** ist ein junger Publizist aus der Steiermark.

Großspenden für die ÖVP

■ Wie „Der Standard“ als erste österreichische Tageszeitung bereits Mitte August berichtete, erhielt die ÖVP mehr als 2,7 Millionen Euro durch größere Spendenbeträge in den vergangenen zwei Jahren. Die

„Müller Transporte Gesellschaft mbH“ spielt mit 7.500 Euro im unteren Feld mit. **Heidi Horten** mit 931.000 Euro für 2018 und 2019 ist die Spitze der spendenfreudigen Österreicher.

ÖVP gegen Identitäre

■ Im vergangenen Wahlkampf 2019 zeigte die ÖVP ihr wahres Gesicht. Im Bestreben, den vormaligen Koalitionspartner FPÖ unter Druck zu setzen, verlangte die türkise ÖVP im Juli in einer Art Stellvertreterkrieg ein Verbot der Identitären Bewegung Österreich (IBÖ). Dabei schickte Ex-Kanzler **Kurz**, der zuvor bereits bei jeder Gelegenheit die Identitären als „widerlich“ bezeichnet hatte, seinen Intimus **Gernot Blümel** vor, um über die willfähigen Systemmedien die IBÖ als „rechtsextrem“ zu brandmarken. Dann folgte Mitte August als braver Parteisoldat der ÖVP-Fraktionschef im Nationalrat, **August Wöginger**, mit der Forderung, „das Verbot der Identitären in einer zukünftigen Regierung“ anzugehen. Geschehen solle das mittels Abänderung des Vereinsgesetzes, um eine Auflösung der IBÖ möglich zu machen. Die ÖVP findet kein gutes Haar an den Identitären und verteufelt sie in allem und jedem. Aber warum?

ÖVP gegen Verfassung?

Die ÖVP will offenbar das Gegenteil von dem, was die IBÖ will. In den Einzelheiten kann man die Gegensätze hinterfragen: Die IBÖ demonstriert seit Jahren mit friedlichen Mitteln gegen unkontrollierte, illegale Massenzuwanderung. Wenn die ÖVP dagegen ist, will sie etwa unkontrollierte, illegale Massenzuwanderung?

Die IBÖ fordert seit Jahren, es möge doch – vor allem bezüglich des unterlassenen Grenzschutzes – endlich wieder die Verfassung eingehalten werden. Wenn die ÖVP dagegen ist, will sie damit die Fortsetzung des permanenten Verfassungsbruches in Form von offenen Grenzen?

Den Verbotsfantasien der ÖVP widersprach Ex-Innenminister **Her-**

bert Kickl (FPÖ) im Rahmen einer Pressekonferenz in Tirol am 16. August 2019: „Das Vereinsrecht und das Versammlungsrecht, das sind Dinge, die, glaube ich, aus gutem Grund verfassungsrechtlich geschützt sind!“

Ins gleiche Horn zur Verteidigung der Grundrechte stößt der Leserbriefschreiber Mag. **D. G.** in

MEINUNGSFREIHEIT, PRESSEFREIHEIT, VERSAMMLUNGS- UND VEREINSFREIHEIT GEHÖREN ZUSAMMEN.

der Kronenzeitung vom 20. August 2019: „Mit seiner Antwort auf die ÖVP-Forderung, das Vereinsrecht zu ändern, nimmt **Kickl** nicht ‚Identitäre in Schutz‘, sondern verteidigt die bürgerlichen Rechte, zu denen neben der Pressefreiheit auch die Meinungs-, die Vereins- und die Versammlungsfreiheit gehören.“

Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf. Wer mit der bestehenden österreichischen Bundesverfassung nicht einverstanden

den ist, soll das – solange noch das Recht auf freie Meinungsäußerung gilt – doch öffentlich kundtun, damit das Volk weiß, auf welcher Seite er steht.

BVT schreibt vom DÖW ab

Seit Jahren wird die IBÖ von Systemmedien als „rechtsextrem“ diffamiert, stets mit dem eiligen Verweis, dies beruhe auf seriöser Einstufung durch das „Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung“ (BVT). Was dabei von diesen selbsternannten „Qualitätsmedien“ noch niemals gesagt wurde: Das Gutachten des BVT über die IBÖ wurde vom „Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes“ (DÖW – nach einem immer noch gültigen Gerichtsurteil darf dieses als „kommunistischer Tarnverein“ bezeichnet werden) abgeschrieben.

Wie Beobachter des Strafprozesses gegen die IBÖ in Graz im Sommer 2018 zu hören bekamen, konnte das ein im Zeugenstand befindlicher Oberst des BVT (Chefermittler gegen die IBÖ) vor dem Strafrichter auch nicht bestreiten.

Migranten in Zahlen

Statistik Austria informierte am 4. September 2019 über mehr als zwei Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Österreich.

Fast 800.000 kommen aus der EU oder einem EFTA-Staat. Die Erwerbsquote der 15- bis 64-Jährigen beträgt aus diesen Ländern 73

Prozent. Aus Drittstaaten kommen etwa 1,2 Millionen Menschen. Diese Migranten haben noch etwa eine 60-prozentige Erwerbsquote. Darin enthalten sind etwa 100.000 Afghanen, Syrer und Iraker. Bei dieser Migrantengruppe liegt der Erwerbsanteil nur noch bei 35 Prozent.

Orientierungshilfe zur Wahl

„Gegenüber der Herabwürdigung der Menschenrechte und gegenüber dem Angriff auf demokratische Grundstandards ist Toleranz

nicht möglich“, sagen die Kirchen in Österreich in einer „Orientierungshilfe zur Nationalratswahl“.

Wen meinen sie wohl damit?

Die Ibiza-Verschwörung

Es geht um Politik. Die Vermutung, dass es sich beim „Ibiza-Skandal“ um eine Aktion eines staatlichen Geheimdienstes handelte, war naheliegend. Dies hatte der ehemalige Chef des deutschen Bundesnachrichtendienstes (BND), August Hanning, gleich klipp und klar dargelegt. Der Präsident des Deutschen Bundestages, Wolfgang Schäuble, sagte dasselbe. Auch der Chef des schweizerischen Nachrichtendienstes (NDB), Jean-Philippe Gaudin, sagte, dass das Strache-Video wohl die Arbeit eines Nachrichtendienstes sei.

Dass sich ein ZDF-Witzbold hier wichtig machte, kann verschiedene Gründe haben: Ablenkung von den eigentlichen Drahtziehern, Hochstapelei oder benutzter Bauer auf dem Schachbrett.

VON GERHOCH REISEGGER*

Ähnlich war die Kampagne gegen Donald Trump mit „Russia-Gate“. Eine russische Einflußnahme auf Wahlen in den USA sollte konstruiert werden. Ähnlich wurde in der EU vorgegangen: Man suchte sich das schwächste Glied aus, H. „Che“ Strache, wobei die Russland-Affinität des Johann Gudenus (und der FPÖ ganz allgemein) sich als überaus nützlich erwies. Damit, so die nachrichtendienstliche Strategie, würde man in der EU jeglicher Annäherung an Russland und einem „Putin-Verstehen“ ein für alle Mal den Boden entziehen.

Kam der Auftrag dazu von Großbritannien Geheimdienst MI6 über Soros, der den ganzen Zauber wohl auch finanzierte? Meiner Meinung nach ja. Da solche Dienste über eine Reihe von „Firmen“ verfügen, die

Wie „Breitbart“ bereits am 2. Dezember 2018 berichtete, trafen sich in Zagreb NGOs und EU-Organisationen, die entweder direkt oder indirekt von Soros finanziert werden. Auf der Internetseite von „Centre for Peace Studies“ (CPS) wird erklärt, dass man mit

Amnesty International und Human Rights Watch einig über die Migrationspolitik geworden sei. Auch der EU-Flüchtlingsrat sei mit dabei gewesen. Der Titel der Gespräche: „Europa und Migration. Wo ziehen wir die Grenze?“ Der Titel ist jedoch irreführend, da die

Gruppen zum Schluss kamen, dass alle Grenzkontrollen dauerhaft abgebaut und die „Rechte“ der Migranten über alles respektiert werden müssten. Die EU müsse die Grenzschutzmaßnahmen entfernen und den Zufluss von Flüchtlingen nach Europa verstärken.

derartige und ähnliche Aufträge ausführen können, werden diese damit auch betraut, und wenn das Drehbuch fixiert ist und von den „höheren“ Stellen genehmigt wurde, läuft das routinemäßig ab.

Womit man allerdings nicht ge-

es den Ausführenden, um eventuell noch bei anderer Gelegenheit Geld oder politisches Kleingeld daraus zu schlagen.

Die erstbeste Gelegenheit bot nun die EU-Wahl. Dass man die Sache über Deutschland – „Spiegel“ und „Süddeutsche“ – spielte, lag wohl daran, dass man die heimischen Zeitungen für zu schwach hielt, die „Story“ ordentlich aufzublasen. Auch hier schleuste man das Video in professioneller (geheimdienstlicher) Weise an die Empfänger: keine persönliche Übergabe, sondern Hin-

Ein BRD-Kommentator von „Russia Today“ wunderte sich, dass „Putin die FPÖ nicht gewarnt habe“, wie dies bei dem vom CIA-orchestrierten Putsch gegen Erdogan der Fall gewesen war. Für ihn war es klar, dass Russland Bescheid wusste, und er sagte etwa: „Das russische Blatt habe man noch nicht gelesen.“

terlegung in einem Hotelzimmer, um die Auftragskette nicht mit wiedererkennbaren Personen zu gefährden.

Kommentar: Die Dimension war, meiner Meinung nach, ein paar Etagen über einem kleinkriminellen Detekteibüro in München angesiedelt.

Der Begriff: „Verschwörungstheorie“

Diesen Totschlagbegriff hatte die CIA eingeführt, als in den USA aufflog, auf welche Weise der Geheimdienst mit „covered actions“ die politischen Ereignisse durch von ihm angezettelte kriminelle Ereignisse und Falschinformationen zu steuern trachtete. Ziel war, damit jeglicher Diskussion oder Argumentation den Boden zu entziehen, „weil es ohnedies nur ideologisch motivierte Propaganda und keine Tatsachen seien, die man nicht weiter beachten müsse“. – So funktioniert die aktuelle Debatte in den „Qualitätsmedien“, was aber dank Internet bei den Menschen nicht mehr verfängt.

*Dipl.-Ing. Gerhoch Reisegger war in international tätigen Computerunternehmen im Management unter anderem für Marketing tätig.

Durchgriff

FPÖ-Bundesparteiobmann Norbert Hofer suspendierte den niederösterreichischen Fraktionsschef der FPÖ, Martin Huber, wegen eines Postings. Huber gratulierte am Ostersonntag 2014 allen, die an diesem Tag Geburtstag hatten. 2014 fiel der Ostersonntag auf den 20. April, Hitlers Geburtstag.

Huber ist seit 2008 im Niederösterreichischen Landtag.

Gekaufte Posten

Spenden für die gute Sache ist das eine, spenden für eine Partei das andere. Wie „Der Standard“ im August 2019 berichten konnte, verzeichnet die ÖVP sehr hohe Spendeneinkommen. Dr. Peter Mitterbauer zum Beispiel spendete 2018 einhundertsechszehntausend (166.000) Euro und 2019 einhundertzweiunddreißigtausend (132.000) Euro an die Österreichische Volkspartei. Was hingegen echtes Unbehagen auslöst: Seine Tochter, Dr. Therese Niss, ist

seit November 2017 Nationalratsabgeordnete. Gleichzeitig ist sie seit dem Jahr 2013 im Vorstand der väterlichen „Mitterbauer Beteiligungs AG“ (Miba).

Kommentar: Dass ein Technologieunternehmen wie die Miba auch Kontakte in die Politik knüpft, ist nichts Verwerfliches. Dass ein Industrieller seiner Tochter einen Nationalratsposten verschafft, sieht nach Korruption aus.

Albert Engelmann

Grüne Politiker sehen sich überall von gefährlichen Symbolen verfolgt

Karl Öllinger, früher Nationalratsabgeordneter der Grünen, zeigte den oberösterreichischen Künstler Odin Wiesinger bei der Bezirkshauptmannschaft Schärding nach dem Abzeichengesetz an. Öllinger sah im Steinmetzzeichen des bekannten Künstlers ein Symbol der verbotenen Nationalsozialistischen Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP). Die Be-

hörde erklärte sich für nicht zuständig und leitete die Anzeige weiter an die Staatsanwaltschaft Ried. Diese prüfte in der Folge wegen eines möglichen Verstoßes gegen § 3g des NS-Verbotsgesetzes. Die Staatsanwaltschaft stellte die Ermittlungen im August 2019 aber bereits wieder ein. Der Vorfall erinnert auch an immer wiederkehrende Anzeigen gegen das

Mühlviertler Bauunternehmen Peter Beissmann. Im Firmenlogo wird das Doppel-S durch zwei Bagger-schaukeln dargestellt. Regelmäßig sehen linke Antifaschisten Zeichen einer längst vergangenen Zeit. Zuletzt wurde das Logo 2016 durch den grünen Wiener Bezirksvorsteher Thomas Blimlinger angezeigt, ohne Folgen für den Bauunternehmer.

Im Bild rechts das beanstandete Steinmetzzeichen des Künstlers Odin Wiesinger. Lesen Sie auch Seiten 32-34 dieser Ausgabe!



Enteignung rechtskräftig

Die Republik Österreich hat den Rechtsstreit um die Enteignung des Geburtshauses Adolf Hitlers in Braunau am Inn gewonnen. Der Oberste Gerichtshof wies am 5. August 2019 eine Klage der ehemaligen Eigentümerin der Liegen-

schaft in Braunau ab. Innenminister Wolfgang Peschorn will nun einen Architekturwettbewerb für die Umnutzung des Hauses organisieren. Peschorn möchte damit jegliche nationalsozialistische Umtriebe verhindern.

In memoriam

Der frühere ORF-Generalintendant Gerhard Weis ist bereits am 26. Juli 2019 achtzigjährig verstorben.

Gerhard Weis war Mitglied einer katholischen Studentenverbindung im ÖCV.

Homolobby setzt sich im Parlament wieder einmal durch

Die Aufhebung des Eheverbotes für binationale gleichgeschlechtliche Paare wurde am 1. August 2019 im Bundesgesetzblatt (BGBl. I Nr. 72/2019) veröffentlicht und trat damit

in Kraft. Der ehemalige Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) hat bis zu seinem erzwungenen Rücktritt dieses Gesetz verhindert. Die Nationalratsabgeordnete Dr. Irmgard Griss

(NEOS), die auch in der Homolobby-Organisation „Rechtskomitee Lambda“ (RKL) als Kuratoriumsmitglied sitzt, brachte einen entsprechenden Gesetzesantrag im Parlament

ein. Das Gesetz wurde von der FPÖ abgelehnt. Alle anderen Parteien einschließlich der angeblich bürgerlichen ÖVP stimmten jetzt für dieses weitere Homolobbygesetz.

DER DOPPELPASS FÜR SÜDTIROLER:

Österreichs rechtliche Souveränität

Vor gut eineinhalb Jahren deutete sich für einen Teil der sogenannten Altösterreicher eine politische Großtat an. Erstmals schien es, als könnten hundert Jahre nach Annexion des südlichen Tiroler Landsteils durch Italien (1918) Südtiroler die Chance auf Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft erhalten. Ihre Vorfahren verloren mit der in St. Germain-en-Laye unterschriebenen diktatfriedensvertraglichen Übereignung ihrer Heimat an Italien (1919) ihre österreichische Staatsbürgerschaft.

So stellte die aus der Nationalratswahl im Herbst 2017 hervorgegangene türkis-blaue Koalition die Möglichkeit des Erwerbs der österreichischen Staatsbürgerschaft für Südtiroler – und andere Altösterreicher – in Aussicht.

PROF. DR. DR. H.C. REINHARD OLT

Im Koalitionsabkommen wurde dies unter Punkt „Doppelstaatsbürgerschaft neu denken“ näher ausgeführt: „Doppelstaatsbürgerschaft Südtirol und Alt-Österreicher: Im Geiste der europäischen Integration und zur Förderung einer immer engeren Union der Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten wird in Aussicht genommen, den Angehörigen der Volksgruppen deutscher und ladinischer Muttersprache in Südtirol, für die Österreich auf der Grundlage des Pariser Vertrages und der nachfolgenden späteren Praxis die Schutzfunktion ausübt, die Möglichkeit einzuräumen, zusätzlich zur italienischen Staatsbürgerschaft die österreichische Staatsbürgerschaft zu erwerben.“

Dass es überhaupt zu dieser Festlegung kam, ist maßgeblich der Initiative der FPÖ zuzuschreiben. Vor allem **Werner Neubauer**, einer ihrer Nationalratsabgeordneten, hatte das Thema seit Jahren in Parlament und Öffentlichkeit lanciert und seinen Einfluss geltend gemacht. Ihm ist es zu verdanken, dass die damalige Parteiführung der FPÖ in den Verhandlungen mit der ÖVP die Südtirolfrage als Koalitionsbedingung abforderte.

Die „türkise“ Kanzlerpartei stand

dieser Frage reserviert bis ablehnend gegenüber. Gewisse „Granden“ aus dem „schwarzen“ Teil der Volkspartei suchten unter Berufung auf das Risiko einer klimatischen Störung des bilateralen Verhältnisses mit Italien das Vorhaben offen zu hintertreiben. Die Südtiroler ÖVP-„Schwester“ SVP (Südtiroler Volkspartei) sah Gefahren für das ethnische Neben- und Miteinander und sagte eilfertig eine „Spaltung der Gesellschaft“ voraus.

Amtsträger wie beispielsweise die Landeshauptleute Tirols, **Günter Platter**, und der italienischen Provincia Autonoma di Bolzano – Alto Adige (Autonome Provinz Bozen – Südtirol), **Arno Kompatscher**, glichen in ihren Äußerungen gegenüber Medien oder in formellen Verlautbarungen bisweilen dem je nach

AMTSTRÄGER SÜDTIROLS WECHSELTEN DIE ÄUSSERUNGEN WIE CHAMÄLEONS DIE FARBEN.

Lage und Situation die Farben wechselnden Chamäleon.

In Österreich waren die Oppositionsparteien und der größte Teil der für die veröffentlichte Meinung sorgenden Medien, die „interethnischen“ Grünen sowie die italienischen Landtagsparteien gegen „die Doppelstaatsbürgerschaft in Südtirol. Und in Rom sprachen sich vom Staatspräsidenten über gewichtige Vertreter der Regierung bis zu Op-

positionsparteien in zum Teil drastischen Stellungnahmen gegen das Vorhaben aus. Auch die erstarkte und nunmehr wieder in Opposition befindlichen Lega, auf die in Wien hauptsächlich die FPÖ setzte, sprach sich gegen die Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler aus.

Deutschtiroler Mehrheit

Ungeachtet dessen stimmte der Südtiroler Landtag mehrheitlich für den hauptsächlich von den drei Deutschtiroler Oppositionsparteien getragenen formellen Antrag an Nationalrat und Regierung in Wien auf Schaffung der Möglichkeit zur Erteilung der österreichischen Staatsbürgerschaft für anspruchsberechtigte und beantragungswillige Südtiroler.

Darüber hinaus verschafften 27 sogenannte „Altmandatäre“ der SVP – unter anderem der langjährige Landeshauptmann **Luis Durnwalder**, der vormalige Kulturlandesrat **Bruno Hosp**, der frühere Parteiohmann **Siegfried Brugger** und nicht zuletzt der exponierte frühere Landtagsabgeordnete und Regionalratspräsident **Franz Pahl** – als Unterzeichner eines an Kanzler **Sebastian Kurz** sowie Vizekanzler **Heinz-Christian Strache** gerichteten gleichlautenden Schreibens dem formellen Südtiroler Begehr zusätzliches Gewicht.

Damit konnte der missgünstige Eindruck geglättet werden, den die SVP-Fraktion im Bozner Landhaus hinterlassen hatte, weil nicht alle ihrer Mandatsträger den mehrheitlich zustande gekommenen und als formellen Wunsch Südtirols nach Wien übermittelten Landtagsbeschluss mitgetragen hatten.

Die römische Ablehnung des Wiener Vorhabens fand ihren Gipfelpunkt in einem Interview des „starken Mannes“ der damaligen italienischen Regierung, Innenminister **Matteo Salvini**. Kurzerhand befand der Lega-Chef seinerzeit: „Sie kön-

nen nicht ohne unsere Zustimmung Pässe ausgeben!“ Und er machte mit dem Zusatz „Eine doppelte Staatsbürgerschaft wird es nicht geben“ seine Konzilianz zunichte, die er Wochen zuvor nach einem Treffen mit dem damaligen Vizekanzler und FPÖ-Obmann **Strache** gezeigt hatte, als er in der anschließenden Pressekonferenz sagte; „Wir werden schon eine gemeinsame Lösung finden.“

Zu diesem Kladderadatsch (auf „österreichisch“ Palawatsch) trug auch eine gewisse Selbstfesselung bei, welche durch Äußerungen von Kanzler **Kurz** und Stellungnahmen der – auf FPÖ-Vorschlag zur Ressortchefin avancierten – parteilosen Außenministerin **Karin Kneissl** hervorgerufen worden war.

Ich meine, dass es angebracht ist, auf Folgendes hinzuweisen: Italien hat schon in den 1990-er Jahren allen ethnischen Italienern seiner Nachbarstaaten sowie den Nach-

kommen einst nach Übersee ausgewanderter Italiener, die dies wollten, seine Staatsbürgerschaft erteilt, ohne mit den betreffenden Staaten „Einvernehmen“ darüber herzustellen – Rom hat sie nicht einmal informiert.

WÄHREND DES EU-RATSVORSITZES WOLLTE ÖSTERREICH DIE PASSFRAGE MIT ITALIEN NICHT ERÖRTERN.

Die in Wien zum Zwecke der Erarbeitung eines Gesetzesentwurfs eingesetzten Experten unterbreiteten ihren Auftraggebern schon nach drei Kommissionssitzungen bereits ihre Vorschläge. Das war im September 2018, mithin vor einem Jahr. Doch während des seit 1. Juli laufenden Halbjahres-EU-Ratsvorsitzes Öster-

reichs, bei dem der „Brexit“ mehr oder weniger im Mittelpunkt stand, wollte Wien – dem Usus folgend, als „ehrlicher Makler aufzutreten“ – die Angelegenheit nicht mit (EU-Gründungsmitglied) Italien erörtern.

Zudem wählten die Südtiroler im Herbst vergangenen Jahres einen neuen Landtag. Aus dem Wahlkampf hielten die Parteien das brisante Thema weitgehend heraus. Auch danach blieb die „Causa Doppelstaatsbürgerschaft“ in Wien unter Verschluss und die Gesetzesexpertise der Kommission in der Schublade. Schließlich ließen die Wirbel um „Ibiza“ das Thema von der Agenda verschwinden.

Ob es künftig wieder auf die Tagesordnung gelangt und dann auch wirklich im Staatsbürgerschaftsgesetz seinen Niederschlag findet, wird wohl entscheidend davon abhängen, wer die künftige Regierung in Österreich bildet.

ALTERNDER SÄNGER GEIFERT UND RUFT ZUM TOTALEN KRIEG GEGEN RECHTS AUF

Grönemeyers Gegröhle in Wien

Seit geraumer Zeit ist es in Mode gekommen, dass Künstler sich ganz bewusst in der Öffentlichkeit politisch äußern, und zwar gegen Rechts.

In Österreich sind Schauspieler wie **Harald Krassnitzer** und **Adele Neuhauser** („Tator“ aus Wien) und Sänger à la **Rainhard Fendrich** und **Wolfgang Ambros** stets zur Stelle, wenn es darum geht, Stimmung gegen Rechts zu machen, wobei damit natürlich meist die FPÖ gemeint ist.

Mitte September nutzte der gealterte, blass-baltisch aussehende Barde **Herbert Grönemeyer** (63), der nach dem Tod seines Bruders **Willi** und seiner Frau Anfang November 1998 wohl in eine Sinnkrise geraten war und seitdem vergeblich versucht, an seine großen Erfolge der 1980-er Jahre („Männer“, „Alkohol“) anzuknüpfen, stattdessen aber nur noch krächzend und unmelodisch redend neue „Songs“ vorträgt, einen Auftritt in Wien, um in widerlicher und anmaßender Art Stimmung gegen alles Rechte zu machen. Aufgrund seines hetzerischen Auftritts

und seiner geifernden Art zogen manche Politiker Vergleiche zu den Reden eines früheren Propagandaministers. Doch dazu fehlen ihm die rhetorischen Fähigkeiten. Was war geschehen, dass sich Grönemeyer bemüht fühlte, sein Konzert in eine Wahlkampfveranstaltung gegen Rechts umzufunktionieren?

Seit 1986 gegen Rechts

Der in einem Londoner Nobelviertel wohnende **Herbert Grönemeyer**, der sich bereits erstmals 1986 mit seinem Album „Sprünge“ in die Politik eingemischt und gegen **Helmut Kohls** Politik polemisiert hatte und 2011 sogar bei **Ernie** und **Bert** in der Kindersendung „Sesamstraße“ zu sehen war, war zuletzt 2018 negativ beim Anti-Rechts-Festival „Jamel rockt den Förster“ in Mecklenburg-Vorpommern und danach in Berlin bei der #un-

teilbar-Demo gegen Ausgrenzung mit linken Parolen öffentlich aufgefallen. Nun knüpfte er in der österreichischen Hauptstadt daran an: „(...) Auch wenn Politiker schwächeln – und das ist, glaube ich, in Österreich nicht anders als in Deutschland –, dann liegt es an uns zu diktieren, wie eine Gesellschaft auszusehen hat! Und wer versucht, so eine Situation der Unsicherheit zu nutzen für rechtes Geschwafel, für Ausgrenzung, Rassismus und Hetze, der ist fehl am Platze! Wir müssen diesen Leuten so schnell wie möglich und ganz ruhig klarmachen (...) keinen Millimeter nach rechts, keinen einzigen Millimeter nach rechts!“ Teile seiner Sätze sind aufgrund **Grönemeyers** Gebrüll kaum verständlich.

Kein Geringerer als BRD-Oberanalfant **Heiko Maas**, seines Zeichens Außenminister, lobte sogar noch des Sängers wütendes Bekenntnis gegen Rechts.

Martin Pfeiffer

Zum Begriff des Rechtsextremismus

Die Erstveröffentlichung dieser Analyse des Rechtsextremismusbegriffs erfolgte in der Ausgabe 14/19. April 2019, der Zeitschrift „Zur Zeit“. Aufgrund der Aktualität des Themas bringt die „neue AULA“ den Beitrag in gekürzter Form.

Solange sich die FPÖ nicht vorwiegend zu universalistischen Idealen bekennt, sondern sich zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft mit ihren sprachlichen, historischen und ethnischen Aspekten, also zu partikularistischen Idealen, solange wird

VON WERNER KUICH*

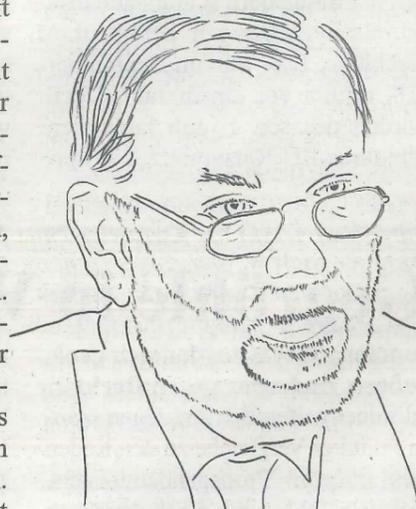
sie von den anderen Parteien und der veröffentlichten Meinung bekämpft werden. Während ihrer Regierungsbeteiligung versuchte die FPÖ mit untauglichen Mitteln, linke Kritiker von SPÖ und Grünen und reaktionäre Kritiker aus der ÖVP zu besänftigen und die Verbindungen zu Personen, Vereinen und Zeitschriften, die in der Öffentlichkeit als rechtsextrem diffamiert werden, zu lösen. Sie hoffte, damit aus dem rechtsextremen Eck, in das sie unberechtigter Weise gestellt wird, herauszukommen, hat aber nicht begriffen, dass sie mit einer Anbiederung an den Zeitgeist nicht erfolgreich sein kann.

Nach Antonio Gramsci bestimmt das kulturelle Bewusstsein das gesellschaftliche Sein. Die politische Wende braucht die Hegemonie im Kulturellen und wird durch sie in die Wege geleitet. Es gibt also keine politische Macht ohne kulturelle Hegemonie. Gramsci sah einen Dreischritt zur Macht in der Erlangung der kulturellen Hegemonie, der Gestaltung politischer Hegemonie und erst dann der Übernahme der Regierungsmacht. Für jede grundsätzlich agierende weltanschauliche Gruppe ist es nach dem Denker Gramsci unabdingbar, die Deutungshoheit über Begriffe und Wertvorstellungen zu erlangen.

Die FPÖ muss also zuerst die sprachliche Deutungshoheit der po-

litischen Begriffe von den Linken erobern. Da ist in erster Linie der Begriff des Rechtsextremismus zu nennen, der in Österreich vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW), das in maßgeblichen Kreisen unberechtigter Weise als oberste Instanz in Sachen Rechtsextremismus gilt, definiert wird.

Das DÖW hat bis 1982 versucht,



* Em. o. Univ. Prof. Dr. phil. Dr. h.c. Werner Kuich lehrte an der Technischen Universität Wien Mathematische Logik und Theoretische Informatik, war Gastprofessor an der Immanuel-Kant-Universität zu Königsberg und ist Ehrendoktor derselben. Er ist Mitglied der Academia Europaea und der Finnischen Akademie der Wissenschaften.

den Begriff des Rechtsextremismus mit nationalsozialistischen Bezügen aufzuladen, und dazu das Buch „Rechtsextremismus in Österreich nach 1945“ herausgebracht. Darin wurde eine ganze Reihe untadeliger Personen und Vereine des Dritten Lagers als rechtsextrem mit

Nähe zum Nationalsozialismus diffamiert. Diese ließen sich diese Zuordnung nicht gefallen, klagten und erreichten, dass das DÖW und eine Anzahl seiner Führungspersonen in Vergleichen zugeben mussten, unzutreffende Beschuldigungen erhoben zu haben. Als Beispiel diene der Vergleich, den der Verfasser dieses Beitrags mit anderen in Bezug auf den Freiheitlichen Akademikerverband (FAV) Wien – Niederösterreich – Burgenland beim Landesgericht für Strafsachen Wien erstritten hat. Darin heißt es: „Das Gericht hat aufgrund von Privatanklagen den im bezeichneten Buch verwendeten Ausdruck Rechtsextremismus im Gesamtzusammenhang des Werkes dahin aufgefasst, dass hiedurch der Vorwurf von Gesinnungen und Tätigkeiten im nationalsozialistischen Sinn verstanden wird.“

Das DÖW erklärte hierzu, dass man selbst den Ausdruck Rechtsextremismus in dieser Richtung nicht qualifiziere und daher auch keinen Grund und Anlass habe, den Privatanklägern einen Vorwurf in diesem Sinn zu machen und sie und die angeführten Organisationen im Sinne der vom Gericht gegebenen Begriffsbestimmung in das bezeichnete Buch aufzunehmen. Daraufhin platzierte das DÖW auf seiner Heimseite folgende Bemerkung: „Rechtsextremismus wird in keiner Weise mit Nationalsozialismus, Neonazismus oder Neofaschismus gleichgesetzt.“

Da die nationalsozialistische Komponente ersatzlos gestrichen wurde, scheint Österreich einer der wenigen demokratisch regierten Staaten zu sein, in dem eine Person mit rechter Weltanschauung als rechtsextrem diffamiert werden kann, ohne dass sie sich gerichtlich dagegen wehren kann. Die weltweit (mit Ausnahme Österreichs) gültige Definition des Rechtsextremismus gab der inter-

Fortsetzung Seite 15

Fortsetzung von Seite 14

national bekannte Salzburger Politologe Univ.- Prof. Dr. Reinhard Heinisch als Antwort auf die Frage, was die scharfe Trennlinie zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus denn sei: „Rechtsextremismus ist gewaltbereit und antidemokratisch.“

Ähnlich äußerte sich, laut „Standard“ vom 23. Oktober 2018, der Kabinettschef Reinhard Teufel des damaligen Innenministers Herbert Kickl: Als Extremist gelte derjeni-

ge, der die Demokratie schwächen wolle und bereit sei, Gewalt anzuwenden, um seine Ideologie durchzusetzen. Und auf der Heimseite des BRD-Verfassungsschutzes heißt es: „Als extremistisch werden die Bestrebungen bezeichnet, die gegen den Kernbestand unserer Verfassung – die freiheitliche demokratische Grundordnung – gerichtet sind.“

Das DÖW hat also nach Streichung von Nationalsozialismus, Neonazismus und Neofaschismus aus der Definition des Rechtsextre-

mismus „vergessen“, diese durch gewaltbereit und antidemokratisch zu ersetzen.

Die FPÖ wird aufgefordert, bei entsprechendem Anlass einen Musterprozess zu führen mit dem Ziel, die österreichischen Gerichte zu veranlassen, die internationale Definition des „Rechtsextremismus“ und die offizielle Meinung des Innenministeriums zur Grundlage ihrer Urteile zu nehmen und nicht die Definition des Privatvereins DÖW zu berücksichtigen.

„Mischkulturen nicht vorteilhaft“

■ Einen Sturm der Entrüstung entfesselte Wolfgang Klinger, FPÖ-Mitglied der oberösterreichischen Landesregierung und in dieser Funktion Nachfolger des im Mai geschassten Elmar Podgorschek, als er in einem Interview mit der „Kronen-Zeitung“ vom 1. September zum Thema Zuwanderung erklärte: „Mischkulturen haben auf der Welt bewiesen, dass sie nicht vorteilhaft sind. Identität ist auch Sprache und Kultur, sprich Nationalität. Das ist für mich extrem wichtig. Alles aus der Zuwanderung, was über die Assimilation hinausgeht, führt zu Mischkulturen. Und diese Mischkulturen haben auf der Welt bewiesen, dass sie nicht vorteilhaft sind.“

Von Fred Duswald

Der Freiheitliche verwies auf Art. 19 des Staatsgrundgesetzes, wonach im Staate jeder Volksstamm ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache hat: „Da entfernen wir uns immer mehr. Dem muss Einhalt geboten werden.“ Er werde seine ganze Kraft als Politiker einsetzen, um eine Islamisierung zu verhindern, versprach Klinger.

Beim Wahlvolk fanden Klingers Worte Anklang, die Politiker aller Parteien aber gerieten außer Rand und Band. Rote und Grüne wollten

Klinger über die Klinge springen lassen. Die Schwarzen forderten vom FPÖ-Landeschef Manfred Haimbuchner, dass er sofort ein „klärendes Gespräch“ mit seinem Regierungskollegen führe, der gleich klar machte, „dass so etwas von der FPÖ nicht im Geringsten akzeptiert wird“. ÖVP-Regierungschef Thomas Stelzer, der zuvor schon den nationalen Elmar Podgorschek zum Rückzug gedrängt hatte, fand zu Klingers Worten keinen ideologischen Zugang: „Das ist nicht die Art und Weise, wie man in Oberösterreich inhaltlich Politik machen sollte.“ „Da hat der Kollege überschießend die Dinge formuliert“, distanzierte sich sofort Stelzers Vize in der Landesregierung, FPÖ-Landeshauptmann-Stellvertreter Haimbuchner. Klingers Formulierungen seien „in dieser Form nicht akzeptabel“, seine Auslegung des Staatsgrundgesetzes sei nicht zutreffend, korrigierte der blaue Jurist. „Die inhaltliche und politische Stoßrichtung des Wolfgang Klinger ist eine, die antidemokratische Tendenzen von religiösen Fundamentalisten ablehnt und nicht grundsätzlich die Eigenheiten anderer Kulturen in Frage stellt“, interpretierte Haimbuchner nachträglich die Äußerungen seines Parteifreundes.

Auf Antrag des grünen Rudi Anschober distanzierte sich die Lan-

desregierung von Klingers Aussagen. Klinger selbst teilte in einer Aussendung mit, dass er den Begriff „Mischkulturen“ als Synonym für „Multikulturalismus“ verstanden wissen wollte und „so nicht wiederverwenden“ würde. Er habe zum Ausdruck bringen wollen, dass das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Kulturen auch zu Problemen und sozialen Spannungen führen könne.

Der SPÖ ist Klingers Rückzieher zu wenig. Die Roten wollen, dass ÖVP-Stelzer das Arbeitsüberkommen mit den Freiheitlichen aufkündigt: „Diese Sprache ist eine, die wir aus dem ‚Völkischen Beobachter‘ kennen“, polterte SPÖ-Landeschäftsführer Georg Brockmeyer in Unkenntnis der Worte von SPD-Bundeskanzler Helmut Schmidt: „Mit einer demokratischen Gesellschaft ist das Konzept von Multikulti schwer vereinbar...“ („Hamburger Abendblatt“, 24. November 2004).

In der ganzen Auseinandersetzung kam mit keinem einzigen Wort zum Ausdruck, worin nach Ansicht der Widersacher Wolfgang Klingers denn die Vorteile der Vermischung und der Multikultur bestehen. Auf eine entsprechende Anfrage erhielt der unterfertigte Verfasser von ÖVP-Landeshauptmann Stelzer keine Antwort.

Große Zugewinne für AfD, Verluste für Regierende und LINKE

Die Landtagswahlen vom 1. September in den mitteldeutschen Bundesländern Brandenburg und Sachsen ergaben die von etablierten Medien und Altparteien befürchteten starken Zugewinne für die AfD (Alternative für Deutschland) und herbe Verluste für die Regierenden. Aber auch die Nachfolgeorganisation der Mauerländerpartei SED, die LINKE, wurde vom Wähler abgestraft und konnte in beiden Ländern nur knapp ihre Zweistelligkeit behaupten. Zuwächse konnten auch die Grünen verzeichnen, auf Höhenflüge wie im Westen müssen sie aber weiterhin warten. Die FDP blieb in beiden Ländern erneut unter der Fünf-Prozent-Hürde und spielt dort damit weitere fünf Jahre keine Rolle. Die Wahlbeteiligung lag jeweils deutlich über den Werten des Jahres 2014.

Brandenburg bleibt rot

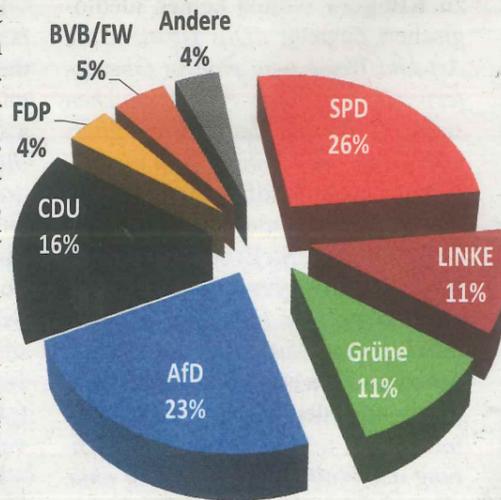
Im Bundesland Brandenburg, in dem seit Ende der „DDR“ im Jahre 1990 die SPD ununterbrochen den Ministerpräsidenten stellt, konnten die Sozialdemokraten erneut ihren ersten Platz (26,2%) verteidigen, wenn auch mit starken Verlusten (-5,7%). Ministerpräsident **Dietmar Woidke**, der in der vergangenen Legislaturperiode zusammen mit der LINKEN die Regierung in Potsdam bildete, mimt den Biedermann. Er zeigt sich offen für verschiedene Koalitionsoptionen, wobei er lediglich ein Bündnis mit der zweitplatzierten AfD (23,5%, + 11,3%) ausschließt, was nicht sehr verwundert.

Drei-Parteien-Koalition

Damit benötigen die Genossen zwei Koalitionspartner. Infrage kommen dabei entweder die LINKE und die Grünen oder die CDU und die Grünen. Letztere Variante wäre eine sog. Kenia-Koalition. Bei beiden Varianten würden gleichermaßen Wahlverlierer, nämlich LINKE (10,7%) und CDU (15,6%), die jeweils über sieben Prozent abgaben, und Wahlsieger – die Grünen legten um 4,6% auf 10,8% zu – mit-

regieren. Möglich wäre auch noch ein bürgerliches Bündnis aus SPD, CDU und Freien Wählern, die mit genau fünf Prozent den Sprung in den Landtag geschafft haben.

Parteichef **Hubert Aiwanger**, seines Zeichens stellvertretender Ministerpräsident des Freistaates Bayern, bot **Woidke** eine „Koaliti-



Ein faktisches Patt zwischen Bürgerlichen und Linken im Land Brandenburg.

on der Mitte“ an. Eine solche hätte – genauso wie das rot-grün-rote Volksfrontbündnis – nur 45 von 88 Sitzen und damit eine hauchdünne Mehrheit von gerade einmal einem

Sitz im Landtag. Angeblich tendiert der Ministerpräsident – genauso wie weitere SPD-Spitzenpolitiker im Lande – zu „Kenia“, wobei die Grünen lieber das linkslinke Bündnis bevorzugen, weil sie da wegen der knappen Mehrheit mehr Macht sprich Erpressungspotenzial hätten. So wünschen sie sich einen vorzeitigen Ausstieg aus dem Braunkohletagebau, was rechtlich (wegen möglicher Schadensersatzansprüche) problematisch wäre.

Kein Rot-Schwarz-Rot

Ein rot-schwarz-rotes Bündnis ist vom Tisch, da CDU-Spitzenkandidat **Ingo Senftleben**, der für einen Tabubruch in Form eines Bündnisses zwischen CDU und der LINKEN offen war – nicht aber für einen Pakt mit der AfD unter **Andreas Kalbitz** –, als Wahlverlierer bereits seinen Hut nahm. Nach Art. 83 Absatz 3 der Landesverfassung muss die neue Regierung „innerhalb von drei Monaten nach der Konstituierung des Landtages“, der am 18. Oktober ist, stehen, sonst gilt das Parlament automatisch als aufgelöst, was Neuwahlen zur Folge hätte.

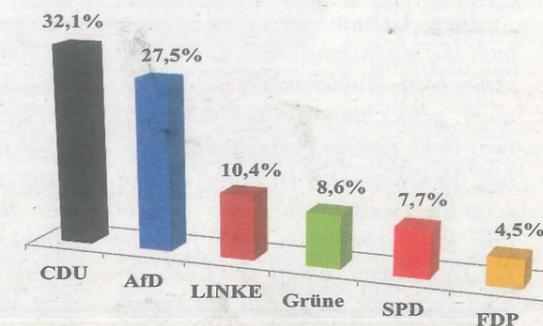
Blaues Auge für Schwarze in Sachsen

In Sachsen konnte die CDU, die dort seit der Wende stärkste Kraft (32,1%) ist, ihre Vorrangstellung behaupten – trotz Verlusten in Höhe von 7,3%. Wahlgewinner mit einem Plus von 17,8% ist die AfD, die mit 27,5% auf den zweiten Platz kam. Mit einem Minus von 8,5% fuhr die LINKE (10,4%) die stärksten Verluste ein. Sie rutschte damit auf Rang 3 ab. Auf einen historischen Tiefstand sackte die SPD ab, die 4,7% verlor und mit 7,7% nur noch einstellig wurde. Die Grünen verbesserten sich von 5,7% auf 8,6%. FDP und Freie Wähler verfehlten mit 4,5% beziehungsweise 3,4% erneut den Landtagseinzug.

Bei der Sitzverteilung im Landtag muss die AfD, der 39 Abgeordnete zustehen, auf einen Parlamentarier verzichten, weil der Partei zuvor die Landesliste wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten bei der>Listenerstellung auf 30 gekürzt wurde. Von den 60 Direktmandaten ergatterte die CDU 41, die AfD 15, die Grünen drei (zwei in Leipzig und eines in Dresden) und die LINKE eines (in Leipzig). Bei der AfD standen sieben der 15 Kandidaten, die ein Direktmandat erhielten, bereits auf der Landesliste, so dass der 24. (und letzte) Landeslistenkandidat, dem eigentlich noch der Landtagseinzug zustand, sich auf Platz 31 befand, aber auf einem für ungültig erklärten Platz. Ob die AfD im Rechtsstreit dieses eine Mandat noch „zurückholen“ kann, ist fraglich. Der Landtag hat daher diesmal nur 119 statt 120 Sitze.

Die neue Regierung in Sachsen muss demnach über mindestens 60 Abgeordnete verfügen, die sie unterstützen. Die CDU, die eine Zusammenarbeit mit der AfD schon von vornherein ausgeschlossen hat, benötigt zwei Koalitionspartner. Und da man auch ein Bündnis mit der LINKEN ablehnt,

gibt es keine Alternative zu einer sogenannten Kenia-Koalition – bestehend aus CDU, Grünen und SPD. Die Grünen dürften als Regierungspartner – wie auch in Brandenburg – auf einen vorzeitigen Ausstieg des Landes aus dem Braunkohletagebau pochen. Die Hauptabbaugebiete befinden sich im Süden Brandenburgs und im Norden Sachsens (unter anderem niederschlesische Oberlausitz) und dienen als Ar-



Die bürgerlichen Kräfte im Sächsischen Landtag besitzen eine Zweidrittelmehrheit an Mandaten.

beitsmöglichkeiten für viele Bürger aus der Region, binden in dem strukturalarmen Gebiet viele Arbeitskräfte.

Der alte und neue sächsische CDU-Ministerpräsident **Michael Kretschmer** wird in der neuen Dreier-Koalition in Dresden nun Farbe bekennen müssen, mimt er doch gerne den Konservativen. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode lehnte die CDU vielfach AfD-Anträge im Plenum ab, um sie später als eigene neu einzubringen und zusammen mit dem Koalitionspartner SPD abzugeben. Mit ihrem aus Meißen stammenden Landes- und Fraktionsvorsitzenden **Jörg Urban** verfügt die AfD als mit großem Abstand stärkste Oppositionskraft im Parlament in Dresden über einen echten Sachsen und keinen Westimport. Für Empörung sorgte in diesem Jahr ein Urteil eines Dresdner Gerichts, wonach die Be-

zeichnung Neonazi für **Urban** von der Meinungsfreiheit gedeckt sei. Der damalige Grüne **Andreas Vorrath** hatte den AfD-Landeschef so tituliert. Auch wenn die sächsische AfD ihre Erfolge bei der Bundestagswahl 2017 (AfD: 27%; CDU: 26,9%) und der heurigen EU-Wahl (AfD: 25,3%; CDU: 23%), wo sie jeweils noch Platz 1 belegt hatte, bei der Landtagswahl nicht wiederholen konnte, dürfte die Zeit für sie laufen. Denn ein Dreierbündnis wird den Mythos der CDU von einer konservativen Kraft endgültig beenden.

Die AfD in Sachsen ist auch in den Gemeinden und Landkreisen eine feste Größe. Bundesweit für Aufsehen sorgte im Mai das Abschneiden des AfD-Oberbürgermeisterkandidaten der geteilten schlesischen Stadt Görlitz, **Sebastian Wippel**. Er hatte im ersten Wahlgang mit 36,4% souverän Platz 1 errungen, während der CDU-Kandidat **Octavian Ursu**, ein rumänischer Musiker mit mittlerweile deutschem

Pass, nur 30,3% erhalten hatte. Bei der Stichwahl zwei Wochen später hatte die Union – wie **Wippel** später bedauernd mitteilte – „auch mit Linksextremisten“ paktiert und somit erreicht, dass ihr Südosteuropäer mit 55,2% schließlich die Nase vorn hatte; das waren gerade einmal 2.653 Stimmen mehr. Im Vogtland (Westsachsen) verfügt die AfD mit **Ulrich Lupart** über den einst ersten AfD-Bürgermeister (2002–2016). Er wurde 2002 als DSU-Politiker zum Oberhaupt der Gemeinde Reuth gewählt und trat 2016 der AfD bei. 2017 wurde der Ort nach Weischlitz eingemeindet. Seit 2019 ist **Lupart** AfD-Stadtrat der Großen Kreisstadt Oelsnitz und 2. Stellvertreter des Oberbürgermeisters. Er (Platz 2 mit 27,9% als Direktkandidat) zog im September über die Landesliste auch in den Sächsischen Landtag ein.

Martin Pfeiffer

„Die CDU schwingt auch in Sachsen die Nazi-Keule“

Die „Neue AULA“ konnte ein Interview mit AfD-Landeschef Jörg Urban führen. Er erreichte für die AfD in Sachsen ein historisches Wahlergebnis mit 27,5 Prozent Wähleranteil.

Redaktion „Neue AULA“: Herr Urban, Ihre Landespartei fuhr am 1. September das historisch beste Ergebnis ein, das die AfD bei einer Wahl seit ihrer Gründung 2013 jemals erzielte. Worauf führen Sie diesen fulminanten Sieg zurück?

Jörg Urban: Mein Dank gilt zu erst einmal allen unseren Wählern und den unzähligen Wahlhelfern, die dieses Ergebnis erst möglich machten. Dieser große Stimmenzuwachs ist das Ergebnis unserer konsequent bürgerlichen Politik mit vielen Alleinstellungsmerkmalen, die die sächsische AfD thematisch vertritt. Beispielsweise treten wir offensiv gegen den russlandfeindlichen Kurs der Bundesregierung und vieler anderen Parteien an. Wir haben wichtige soziale Aspekte im Programm, wie die Forderung eines Landespflegegeldes für Menschen, die Angehörige zu Hause betreuen, wir wollen ein Begrüßungsgeld für neugeborene Kinder und fordern ein kostenloses Schulesen. Schlussendlich sind wir die einzige Partei, die Grenzkontrollen wieder einführen möchte und kriminelle sowie nichtaufenthaltsberechtigte Asylbewerber zwingend und schnell abschieben will.

Redaktion „Neue AULA“: Wider Erwarten – bezogen auf die vorherigen Umfragen – gelang es der regierenden CDU, ihren ersten Platz deutlich zu verteidigen und nicht unter die 30-Prozent-Marke zu fallen. Wie beurteilen Sie das Taktieren von Ministerpräsident Michael Kretschmer in den vergangenen Monaten, etwa dessen Reise zu Putin im ver-

gangenen Juni, im Vergleich zu seiner Politik von seinem Amtsantritt Ende 2017 bis zu Beginn dieses Jahres?

Jörg Urban: Seit Jahren taumelt die sächsische CDU von einem schlechten Wahlergebnis zu einem noch schlechteren. Sie hatte mit weit über fünfzig Prozent die absolute Mehrheit. Das ist lange vorbei. Möglicherweise zehrt die Partei aber noch immer von ihrem Nimbus als Volkspartei. Es ist der CDU erneut gelungen, so zu tun, als sei sie noch immer eine konservative und bürgerliche Partei. Das ist sie allerdings bereits seit Jahren nicht mehr. Eine Koalition mit Grünen und der linken SPD wird die Erosion der CDU verstärken und beschleunigen. Kretschmers Reise nach Russland war ebenfalls so eine Art Mi-

EINE KOALITION MIT GRÜNEN UND DER LINKEN SPD WIRD DIE EROSION DER CDU VERSTÄRKEN.

mikry. Kretschmer tut so, als sei er russlandfreundlich, in Wirklichkeit unterstützt er die Sanktionen der Bundesregierung mit. Parlamentarische Initiativen zur Beendigung der Sanktionen gab es keine. Alle diesbezüglichen Anträge der AfD wurden von der CDU unter Kretschmer abgelehnt.

Redaktion „Neue AULA“:

Kretschmer rühmte am Wahlabend seine Bürgernähe und demokratische Gesinnung, indem er niemanden ausgrenze. Faktisch lehnt er jedoch beharrlich eine Zusammenarbeit mit der von jedem vierten Sachsen gewählten AfD ab. Passt so etwas zusammen?

Jörg Urban: Die CDU schwingt auch in Sachsen die berühmte Nazi-Keule. Demonstranten gegen die Regierungspolitik werden dann schnell als Rechtsextremisten und Ausländerfeinde verunglimpft. Die CDU spaltet die Gesellschaft. Die Ausgrenzungspolitik von Kretschmer gegenüber der AfD ist wenig demokratisch. SPD und Linke haben massiv Wählerstimmen verloren. Zudem widerspricht sie dem, was viele CDU-Mitglieder wollen: Gespräche mit der AfD zu führen. In vielen Kommunalparlamenten gibt es bereits Kooperationen zwischen CDU und AfD. Den Ausgrenzungskurs wird er nicht mehr lange durchhalten. Entweder er schwenkt um oder er wird für seine Partei obsolet.

Redaktion „Neue AULA“: Aller Voraussicht nach wird die CDU mit der zur Kleinpartei degradierten SPD weiterregieren (müssen) und dabei die Grünen mit ins Boot nehmen, um eine Mehrheit im Landtag zu bekommen. Wird dann die CDU ihr so gerühmtes konservatives Profil überhaupt beibehalten können?

Jörg Urban: Die CDU hat unter Merkel ihr konservatives Profil aufgegeben. Selbst Herr Kretschmer sagte im Interview, dass er mit dem Begriff „konservativ“ nichts anfangen könne. Diese Entwicklung der CDU hin zu grünem Populismus, Staatsdirigismus und Planwirtschaft wird sich in einer Koalition mit SPD und Grünen weiter verstärken.

Redaktion „Neue AULA“: Wel-

che Möglichkeiten sehen Sie als Vertreter der größten Oppositionspartei, erfolgreich gegen die zu erwartende Dreier-Koalition Politik zu machen und Alternativen zu präsentieren?

Jörg Urban: Die AfD Sachsen und speziell die Fraktion im Sächsischen Landtag wird das tun, was wir bereits die vergangenen Jahre erfolgreich getan haben. Wir werden



Jörg Urban ist der Chef der größten Oppositionspartei.

die Regierungsparteien jagen – politisch und inhaltlich natürlich nur. Wir werden Probleme thematisieren, die die Altparteien gern unter den Teppich kehren. Wir werden wie bisher schon Anträge stellen, die gut für die Wirtschaft und für die Menschen in Sachsen sind. Wie bisher werden die Altparteien diese Anträge im Landtag ablehnen, um sie nach einer geringen Schamfrist und mit kleinen Änderungen als eigene Themen einzubringen. AfD-Opposition wirkt und verändert das politische Klima im Land beträchtlich.

Redaktion „Neue AULA“: Die AfD hat bei gewissen Themen ein Alleinstellungsmerkmal, etwa in der Ausländer- und Asylfrage, beim Klimawandel sowie bei der Energie- und EU-Politik. Glauben Sie, dass die AfD angesichts solch gravierender Unterschiede in essentiellen politischen Fragen auf absehbare Zeit koalitionsfähig sein wird, also mitregieren kann?

Jörg Urban: Wir waren, sind und bleiben gesprächsbereit. Allerdings sind wir nicht bereit, Kernpositionen unserer Partei für eine Regierungsbeteiligung zu opfern. Wir wollen

keine Regierungsbeteiligung um der Posten willen, sondern weil wir Sachsen auf den Weg der Vernunft, der Sicherheit und des Wohlstandes zurückführen wollen.

Redaktion „Neue AULA“: Man warf Ihnen vor, dass Sie sich nicht von Identitären und PEGIDA distanzieren. Wo sehen Sie inhaltliche Unterschiede zwischen diesen beiden Gruppierungen und Ihrer Partei und sollte diese für derartige Aktivisten grundsätzlich offenstehen?

Jörg Urban: Gewaltfreie Bürgerproteste, egal von wem sie ausgehen, haben unsere volle Unterstützung und Anerkennung. Sie sind einer der Grundpfeiler der Demokratie. Organisationen oder Versammlungen, die zu Gewalt aufrufen oder die unsere freiheitliche Grundordnung abschaffen wollen, lehnen wir ab.

Redaktion „Neue AULA“: In Österreich wurde kürzlich ein freiheitlicher Landesminister (Landesrat) kritisiert, weil er in Bezug auf die Einwanderung davon sprach, dass „Mischkulturen nicht vorteilhaft“ seien. Können Sie diese Aussage nachvollziehen?

Jörg Urban: Der Begriff Mischkulturen gehört nicht zum Duktus der sächsischen AfD. Wir möchten, dass JEDER, der in Sachsen lebt, sich integriert. Wer unsere Kultur und Gesetze ablehnt oder gar seine eigene Religion und Kultur zur Dominante stilisieren will, hat in unserem Land jedoch nichts verloren.

Redaktion „Neue AULA“: Wie erklären Sie sich das Paradoxon, dass die AfD und viele ihrer Mitglieder dem Christentum und der Lehre der Kirche positiv gegenüberstehen sowie aktiv gegen die Islamisie-

rung Front machen, die herrschenden Amtsträger der beiden großen christlichen Kirchen jedoch keine Situation auslassen, um gegen Ihre Partei Front zu machen – man denke nur an die kürzlich verabschiedeten Erklärungen gegen den sogenannten Rechtspopulismus, womit in erster Linie die AfD gemeint ist?

Jörg Urban: Die sogenannten Amtskirchen haben eine Jahrhunderte währende Erfahrung, sich den jeweils herrschenden Kreisen anzudienen. Viele Gläubige spielen dieses Spiel aber nicht mehr mit. Den Kirchen laufen die Mitglieder in Heerscharen davon. Sie wollen nicht Mammon als Gott, sondern christliche Werte. Wenn sich die Kirchenoberen nicht wieder darauf besinnen, was ihre Aufgabe ist, nämlich das Wort Gottes zu verkünden, wird der Exodus weitergehen.

Redaktion „Neue AULA“: Die Kürzung der Landesliste auf dreißig Kandidaten hatte zur Folge, daß Ihre Partei, die 15 Direktmandate holte, nun einen Sitz, nämlich den 39., im Landesparlament nicht besetzen kann. Sehen Sie dadurch Ihre Oppositionsarbeit behindert und geben Sie Ihrer Klage dagegen eine reale Aussicht auf Erfolg?

Jörg Urban: Wir wollen im Landtag einen Untersuchungsausschuss installieren, der die Verquickungen zwischen CDU-geführter Staatsregierung und der Landeswahlleitung aufdecken soll. Die Ergebnisse dieser Untersuchung werden ausgewertet, und danach werden wir sehen, welches der Weg ist, unserem Recht Geltung zu verschaffen. Aus meiner Sicht hat sich die Staatsregierung mit dieser Listenkürzung selbst einen Bärenienst erwiesen. Die meisten Bürger sehen darin das, was es ist: ein abgekartetes Komplott zu Lasten einer starken und immer stärker werdenden Oppositionspartei. Die nächsten Jahre werden das, und dabei bin ich mir ziemlich sicher, mit weiteren AfD-Wahlerfolgen beweisen.

FÜR MERKEL & AKK IST DER 20. JULI 1944 BLOß MITTEL IM „KAMPF GEGEN RECHTS“

Hauptsache Widerstand

Anlässlich des 75. Jahrestages des 20. Juli 1944 ehrten Kanzlerin Angela Merkel und Annegret Kramp-Karrenbauer beim offiziellen Festakt der Regierung Claus Schenk Graf von Stauffenberg auf ihre Art.

Angela Merkel, die Ex-FDJ-Sekretärin für Agitation und Propaganda in der DDR, sieht die Widerständler gegen den Nationalsozialismus als Vorbilder für alle heute lebenden Menschen: „Setzen auch wir uns ein für Menschlichkeit, Recht und Demokratie und zeigen wir Zivilcourage, wenn wir Zeugen von Rassismus und Antisemitismus werden.“ Dabei erwähnte sie natürlich weder den oft zutage tretenden Rassismus Zugewanderter gegen diejenigen, die schon länger hier leben, noch die immer aggressivere Attitüde, mit der sich viele der Fremden gegen Juden wenden.

Die Widerständler – natürlich BRD-gerechert als „Männer und Frauen des Widerstands“ apostrophiert – hätten, so Merkel, die Menschlichkeit über ihr eigenes Menschenleben gestellt: „Sie übernahmen Verantwortung, als andere wegsahen, sie stellten sich einem unmenschlichen System entgegen.“

Merkel unterstrich, dass das Gedenken an die Männer und Frauen des 20. Juli 1944 und an alle Widerstandskämpfer mit bleibenden Verpflichtungen verbunden sei, dass Juden in Deutschland ohne Sorgen ihre Kippa tragen könnten, dass jeder hierzulande seine Meinung sagen könne und dass die Erinnerung an die Zeit des NS-Regimes sowie an den Widerstand dagegen wachgehalten werde.

Herrschaft des Unrechts

Es darf an dieser Stelle der aufmerksame Beobachter wohl fragen: Wie ist das mit der „Herrschaft des Unrechts“, von der Horst Seehofer im Hinblick auf die zum Teil haarsträubenden Zustände in der ge-

stattet. Damit nicht genug, wird neuerdings bereits solche Kritik als „verfassungsfeindlich“ gebrandmarkt, wie die Auslassungen des Bundesamts für Verfassungsschutz über die Identitäre Bewegung (IB)

Kommentar: Wie wenig sich Merkels designierte Nachfolgerin im Kanzleramt, die Saarländerin Annegret Kramp-Karrenbauer (AKK), von der oft sinnfrei salbadernen Pastorentochter unterscheidet, belegt die Wortwahl der Ministerin der Verteidigung anlässlich ihres gemeinsamen Auftritts mit Angela zum 20. Juli 1944 bei einem öffentlichen Gelöbnis von 400 Rekruten der Bundeswehr. Beide riefen dazu auf, sich gegen Hetze, Hass, Ausgrenzung und Spaltung

zu stellen. AKK: „Als Staatsbürger sind wir alle gefordert, die Stirn zu bieten und die Werte unseres Grundgesetzes im täglichen Miteinander mit Leben zu erfüllen. Und als Staatsbürger in Uniform machen Sie mit Ihrem heutigen Gelöbnis deutlich, dass sie sich in besonderer Weise in den Dienst dieses Auftrags stellen.“ Und weiter: „Der soldatische Dienst erfordert Gehorsam. Aber keinen Kadavergehorsam.“ Was aber machen AKK und Merkel alias Kasner, wenn ein-

ganz klar zeigen. Und das ist nur einer von zahlreichen Gründen, warum immer mehr Bundesbürger das System Merkel für wenig demokratisch halten.

Merkels Verwirrtheit

Bei dem, was Angela Merkel am 20. Juli 2019 sagte, liegt ihre Verwirrtheit in Sachen Widerstand nur allzu deutlich auf der Hand: Bei ihrer Würdigung des Widerstands gegen Hitler nannte sie nämlich den gesamten Widerstand – neben der „Weißen Rose“ unter anderem auch die „Rote Kapelle“ – und vereinnahmte den rechten Stauffenberg für ihren immer intensiveren „Kampf gegen Rechts“.

Mario Kandil

Lesen Sie auch auf Seite 40 die Buchbesprechung „Die Geschwister Scholl waren zu unkritisch?“

mal ausreichend viele Bundesbürger merken, dass all diese Phrasen auch auf das herrschende System gemünzt werden könnten und dass es gegenüber der „Herrschaft des Unrechts“ auch keine Pflicht zum Kadavergehorsam, sehr wohl jedoch ein Recht auf Widerstand gibt? Handeln die Damen und ihre Claqueure dann auch so wie jenes Regime, gegen das sie aus sicherer zeitlicher Distanz tagtäglich so tapfer posthumen Widerstand leisten?

Mario Kandil

Was ist „neu“ an der „Neuen Rechten?“

Die „Neue Rechte“ ist ein schillernder Begriff. Was ist damit gemeint? Wer gehört dazu und wer nicht? Wenn es eine „Neue Rechte“ gibt, müsste es auch eine „Alte Rechte“ geben.

Die „Neue Rechte“ ist in Frankreich als „Nouvelle Droite“ entstanden. Es handelte sich um einen Kreis von rechten Intellektuellen, unter denen bald Alain de Benoist der führende Kopf sein sollte, deren Entstehen durch die linke Revolte von 1968, die in Paris ihr Zentrum hatte, provoziert wurde.

Während die Linke im Großen und Ganzen ihre Ideologie um das Gleichheitspostulat kreisen lässt, weist die Rechte auf Ungleichheit unter den Menschen, Ethnien und Kulturen hin.

VON JÜRGEN SCHWAB

Glaukt man Alain de Benoist, dann hatte sich die „Neue Rechte“ nicht selbst so genannt, sondern wurde vielmehr von den linken und bürgerlichen Medien als solche bezeichnet. Die „Neue Rechte“ legte bald Wert auf Unterscheidung von der „Alten Rechten“.

Im Grunde genommen kam die „Alte Rechte“ nie so recht von der Vergangenheit los, blieb in den Dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts stecken, man behielt mehr oder weniger eine Nähe zu Hitler, zu Mussolini und zum Vichy-Regime in Frankreich. Die „Alte Rechte“ verstand nicht das Diktum, das sich in Ernst Nolde's Buchtitel „Der Faschismus in seiner Epoche“ ausdrückte; dass man eben den Faschismus in seiner Epoche nicht in der Gegenwart und in der Zukunft wiederbeleben kann. Und dass man vor-

allem mit Hitler im Gepäck nicht mehr auf die Erfolgsspur kommt.

Die Distanzierung vom Nationalismus der Vergangenheit kann aus Überzeugung oder auch aus Opportunismus erfolgen. In die Köpfe beispielsweise von HC Strache (FPÖ), Martin Sellner (Identitäre) und Andreas Kalbitz (AfD) kann man nicht hineingucken. Diese Leute waren früher eindeutig der „Alten Rechten“ zuzuordnen, heute der „Neuen Rechten“. Auch Thor von Waldstein gehört hierzu, der in jungen Jahren einmal den NPD-Studentenverband NHB

führte, sich heute am rechten Rand der AfD als Redner und Publizist profiliert.

Voraussetzung, um zur „Neuen Rechten“ zu gehören, ist eine Abkehr oder Distanz von Anfang an zum Komplex Drittes Reich, Hitler und Mussolini.

Ein Extremfall ist Martin Sellner, der als junger Mann mit VAPO-Chef Gottfried Küssel marschierte und es bis zum Chef der österreichischen Identitären schaffte. Dass er sich heute von seiner neonazionalsozialistischen Vergangenheit und Küssel distanzieren muss, um am rechten Rand von FPÖ und AfD wirken zu können, versteht sich von selbst. Der Spendenskandal vor einiger Zeit, als der spätere Attentäter des Anschlags auf die Moschee von Christchurch

ihm ein Jahr zuvor hat eine Spende zukommen lassen, hat seinem „neurechten“ Ansinnen einen Dämpfer verpasst.

Es versteht sich von selbst, dass die Protagonisten der „Neuen Rechten“ sich vom Geschichtsrevisionismus fernhalten, sich auch mit den Verfolgten dieses Spektrums nicht solidarisieren. Einen Artikel über die Ungereimtheiten im heutigen Muse-

um des Lagers von Mauthausen wie von Fred Duswald, der einmal in der alten „Aula“ erschienen war, wird man in dem neurechten Magazin „Freilich“ vergeblich suchen.

DIE „ALTE RECHTE“ KAM NICHT LOS VON HITLER, MUSSOLINI UND PHILIPPE PÉTAIN.

Die Nichtinfragestellung des derzeitigen politischen Systems ist eine wichtige Grundvoraussetzung, um als Rechter in Deutschland und Österreich zur „Neuen Rechten“ gehören zu können.

Wer wie der Verfasser dieser Zeilen vor über 15 Jahren einmal häufig in den „Verfassungsschutzberichten“ als „Rechtsextremist“ gescholten wurde, in den Medien als „Chefideologe“ der NPD hingestellt wurde und auch bis dato immer wieder Systemkritik übt, der kann nicht zur „Neuen Rechten“ gehören. Solche „vorbelasteten“ Personen gelten den „Neuen Rechten“ als „verbrannt“. Demgegenüber behauptet Götz Kubitschek, dass sich alle Probleme unseres Volkes mit dem „Besteck des Grundgesetzes“ (GG) lösen ließen.

STEINMEIERS ARMSSELIGES GESCHICHTSBILD

Das Narrativ vom „Überfall“

Der 1. September war für den deutschen Bundespräsidenten ein Buß- und Bücktag, wie er im Buche steht. Um dem Schuldult Tribut zu zollen, pilgerte Bundespräsident **Frank-Walter Steinmeier** (SPD) nach Warschau. Mit von der Partie

VON FRED DUSWALD*

war die nicht minder sühnesüchtige Kanzlerin **Angela Merkel** (CDU). Vor Staatsgästen aus 40 Ländern, die sich zur Feier des Krieges, der vor 80 Jahren begann, auf dem Pilsudskiplatz versammelt hatten, bot Steinmeier ein steinerweichendes Bild der Erbärmlichkeit: „Heute vor

gefügt haben. Wir werden niemals vergessen. Nigdy nie zapomnimy!“ schloss der polyglotte Rote in perfektem Polnisch. „Ich stehe heute barfuß vor dem polnischen Volk, als Mensch, als Deutscher, beladen mit großer historischer Last. Ich stehe barfuß vor Ihnen, doch ich bin beseelet vom Geist der Versöhnung, den Polen uns geschenkt hat!“

Wie der bloßfüßige Canossagänger **Steinmeier** in Warschau trug **Wolfgang Schäuble** (CDU) in Berlin öffentlich seine Scham zur Schau. In einer Andacht auf dem Askaniischen Platz in Berlin gedachte der Bundestagspräsident im Angesicht der Ruine des Anhalter Bahn-

Ausnahme der AfD vor der Ruine ein Denkmal für polnische Opfer errichten.

Gleichmaßen begleitet wurde das Schuldgetue von den Massenmedien: Aus den Kanälen scholl, aus den Spalten quoll die monotone Botschaft: „Am 1. September 1939 begann mit dem deutschen Überfall auf Polen der Zweite Weltkrieg.“ Doch ist an dieser Darstellung kein einziges Wort wahr. Unter einem Überfall versteht man nämlich einen überraschenden Angriff aus heiterem Himmel, mit dem nicht gerechnet werden kann. Der Himmel über Polen aber war jedoch alles eher als heiter. Dem deutschen Angriff ging eine monatelange Krise voraus. Der Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 (RGBl. S. 687) beendete den Ersten Weltkrieg, schuf aber mit der Abtretung Danzigs und der Abschneidung Ostpreußens vom übrigen Reichsgebiet durch den „Polnischen Korridor“ einen kriegsträchtigen Krisenherd.

Geeignetes Muster

Um den Zerschneidungskorridor zu überbrücken und den Krisenherd zu beseitigen, forderte **Adolf Hitler** die Rückkehr Danzigs in das Reich und exterritoriale Verkehrswege nach Ostpreußen. Geeignetes Muster für eine solche Regelung hätte der Vertrag sein können, den Deutschland über den Bau einer exterritorialen Durchgangsbahn von Breslau über Brünn nach Wien am 19. November 1938 mit der ČSR geschlossen hatte (RGBl. II S. 909). Obwohl **Hitler** als Gegenleistung den Verzicht auf alle Gebiete bot, die Polen dem Deutschen Reich entzogen hatte, weigerte sich Warschau beharrlich, über die Beseitigung der unhaltbaren Zustände zu verhandeln. Schon am 23. März 1939 verkün-

de hofs gemeinsam mit der Warschauer **Sejm-Marschallin Elzbieta Witek** des deutschen „Überfalls“ auf Polen. Weil im Anhalter Bahnhof im November 1940 der sowjetische Außenminister **Molotow** als „einer der Architekten des für Polen so verhängnisvollen Hitler-Stalin-Paktes“ ankam, wollen Schäuble und weitere 240 Abgeordnete aller Parteien mit



Bild des polyglotten deutschen Bundespräsidenten **Frank-Walter Steinmeier** (SPD). „Wir werden niemals vergessen“, sagte er, „Nigdy nie zapomnimy!“ Und er fügte hinzu, er stünde barfuß da, gewissermaßen als bloßfüßiger Canossagänger.

achtzig Jahren überfiel mein Land, Deutschland, sein Nachbarland Polen – Ihr Heimatland“, klagte der Vaterlandslose. „Dieser Krieg war ein deutsches Verbrechen. Als deutscher Bundespräsident gemeinsam mit der deutschen Bundeskanzlerin sagen wir heute allen Polinnen und Polen: Wir vergessen die Wunden nicht, die Deutsche Polen zu-

deten Polen erstmals die Teilmobilisierung, drohte mit Krieg und erhöhte die Stärke seines Heeres auf das Doppelte. Am 25. März 1939 ließ sich Polen von den Briten eine gegen Deutschland gerichtete Garantie geben, am 31. März eine solche von den Franzosen. Am 6. April 1939 folgte ein förmliches Bündnis mit England, am 13. April 1939 eine Bekräftigung des französisch-polnischen Beistandspaktes vom 19. Februar 1921. Am 28. April 1939 kündigt Hitler

daraufhin den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt vom 26. Januar 1934 (RGBl. II S. 118). Den ganzen Sommer über verhandelten die Westmächte mit den Sowjets über eine Allianz gegen Deutschland. Die Verhandlungen scheiterten an der Weigerung Warschaws, den Russen ein Durchmarschrecht zu gewähren. Man fürchtete, dass sich die Sowjets die Gebiete holen würde, die ihnen Warschau 1920 im Frieden von Riga abgeknöpft hatte.

Polens Provokation

Nicht einmal nach dem Menetekel des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes vom 23. August 1939 (RGBl. II S. 968) mied Polen das Risiko des Krieges, sondern trieb den Konflikt auf die Spitze. Der Terror gegen die deutsche Volksgruppe wurde unerträglich. Bis Mitte August retteten sich 76.000 Menschen auf reichsdeutsches und 18.000 zusätzlich auf Danziger Gebiet.

Am 31. August 1939 wies der Heilige Vater den Nuntius in Warschau, Erzbischof **Filippo Cortesi**, an, dem polnischen Außenminister eindringlich nahezu legen, mit den Deutschen über deren Kompromissvorschläge zu verhandeln, um den drohenden Kriegsausbruch ab-

zuwenden: „Zornentbrannt warf **Beck** dem päpstlichen Nuntius vor, er arbeite für die Deutschen. Dann beklagte er sich, Papst Pius befehle ihm, sich Deutschland zu beugen“ (**David L. Hoggan**: Der erzwungene Krieg. S. 743, Tübingen 1962). Am selben Tag verkündet Polen die

POLEN WAR NICHT UNBETEILIGT AN DER ESKALATION VOR DEM 1. SEPTEMBER 1939.

Generalmobilisierung, was einer Kriegserklärung an Deutschland gleichkommt. Um 23 Uhr meldet der Sender Warschau: „Deutschland hat vergeblich auf einen Abgesandten

Polens gewartet. Die Antwort waren die militärischen Anordnungen der polnischen Regierung.“

Was von deutscher Seite am 1. September 1939 folgte, war wohl ein Angriff, aber kein Überfall auf Polen. „Es geht hier nicht um kleinkarierte Wortklauberei“, kommentiert **Manfred Kleine-Hartlage**. „Wenn ein so auffallend unpassendes Wort [...] nicht nur irgendwann und von irgendwem versehentlich eingeflochten wird, sondern offenkundig Teil einer Sprachregelung ist, die ungeachtet ihrer Dummheit von niemandem in Frage gestellt wird, dann ist dies bezeichnend für den Geisteszustand, in dem die meinungsbildenden Eliten ihre für uns alle bestimmten Texte verfassen. [...] In einer solchen gestanzten Floskelsprache teilt man nicht die Ergebnisse von Überlegungen, sondern eingepackte Glaubensartikel mit. An ihr ist abzulesen, dass der Diskurs der deutschen Öffentlichkeit über alles, was mit **Hitler** zusammenhängt, überhaupt nichts mit dem Selbstbild der Nation zu tun hat, die von sich so gerne behauptet, ‚aus der Geschichte gelernt‘ zu haben“ (Die Sprache der BRD. S. 205 f., Schnellroda 2015).

Selbst wenn man den deutschen Angriff als unprovokiert ansieht – indem man nach dem offiziellen

Geschichtsbild übergeht, was Polen getan hat –, war es immer noch ein Regionalkonflikt mit dem begrenzten Ziel Deutschlands, die deutsche Stadt Danzig zurückzugewinnen und einen freien Zugang nach Ostpreußen herzustellen. Der Zweite Weltkrieg begann nicht schon am 1. September, sondern erst mit den Kriegserklärungen Englands und Frankreichs am 3. September 1939. Diese Kriegserklärungen erfolgten, obwohl Deutschland einen Tag zuvor einen italienischen Konferenzvorschlag angenommen hatte und zu einem sofortigen Waffenstillstand bereit war.

Lange vorbereitete Rede

Der Text der Rede des englischen Königs **Georg VI.** (1895–1952), in der er am 3. September 1939 seinem Volk die Kriegserklärung bekanntgab („Kampf für die Prinzipien von Freiheit und Gerechtigkeit“), wurde schon am 25. August geschrieben, also zwei Tage nach dem Bekanntwerden des Hitler-Stalin-Paktes. „Nach langen, vergeblichen Friedensbemühungen befinden wir uns im Krieg“, tat der Monarch seinen Untertanen kund und zu wissen. Und alle, die es hörten, glaubten allen Ernstes, die Regierung Seiner Majestät habe bis dahin ehrlich um den Frieden gerungen. Dass man im Gegenteil schon am 25. August auf den Krieg erpicht war, geht aus einem Schriftstück hervor, das am 10. Dezember 2013 im Londoner Auktionshaus Sotheby's für umgerechnet 12.600 Euro versteigert wurde. Der „Entwurf der Rede des Königs 25/8/39“ stammt aus dem Nachlass des 1970 verstorbenen hohen Regierungsbeamten **Harold Vale Rhodes**.

* **Dr. Fred Duswald** ist Buchautor und verfasste jahrzehntelang Artikel für die „Aula“. Er gehört dem Aktionskreis um den legendären Lebensschützer **Martin Humer** an.

Münchener Brauerei greift in Versammlungsfreiheit ein

Dieses Jahr sollte der Jahreskongress der Gesellschaft für freie Publizistik (GfP) auf vielfachen Wunsch süddeutscher Mitglieder eher nahe der österreichischen Grenze als mitten in Deutschland (wie seit fast einem Jahrzehnt) stattfinden.

Daher suchte der GfP-Vorstand rechtzeitig nach einem passenden Hotel mit großem Vortragsraum. So wurde man im oberbayerischen Eschenlohe fündig und war sich rasch einig mit dem jungen Hoteleigentümer, der zugleich Pächter eines Saales unweit seines Objekts war. Es wurde vereinbart, dass mitten im Ort die Tagung abgehalten und das Gros der Gäste in seinem Hotel untergebracht werden sollte.

Die Resonanz bei den GfP-Mitgliedern war sehr groß: Alle Betten waren vergeben, die Unterkunft des Wirts war damit ausgebucht.

Doch zwei Tage vor Beginn der

Tagung erhielt der Pächter des Saales ein freches Schreiben der „Spaten-Löwenbräu GmbH“, zu der die Biere Spaten, Franziskaner und Löwenbräu gehören, in dem unter Verweis auf eine dubiose Klausel im Pachtvertrag eine Nutzungsunter-sagung für den Saal ausgesprochen wurde. Darüber hinaus wurden Schadensersatzansprüche in Aussicht gestellt, wobei in diesem Zusammenhang auch von „einer Rufschädigung des Objektes“ geschrieben wurde. Man verwies konkret auf Punkt 5.9. des Pachtvertrags, wonach „keine Veranstaltungen links- oder rechtsextremen, rassistischen, antisemitischen oder antidemokratischen Inhalts“ stattfinden dürften (verkleinertes Faksimile unten links auf dieser Seite).

Die Folge war, dass der Wirt sich veranlasst sah, die GfP auszuladen.

Fraglich ist, wie die Informationskette zur Brauerei war. Nachdem linke (grüne) Kreise nach intensiven Recherchen den Veranstaltungsort und dann auch den Tagungssaal ausfindig gemacht hatten, dürften sie sich an die Brauerei als Eigentümer gewandt und um Schützenhilfe gebeten haben. Und da die GfP so kurzfristig keinen Ersatzsaal ausfindig machen konnte, sagte sie den Kongress ab. Zum Glück konnte fast allen angemeldeten Gästen rechtzeitig Bescheid gegeben werden.

Die Gemeinde Eschenlohe klinkte sich ein. Da schon lange vorher für den Vorabend des 1. September, dem 80. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs, ein ökumenischer Gottesdienst

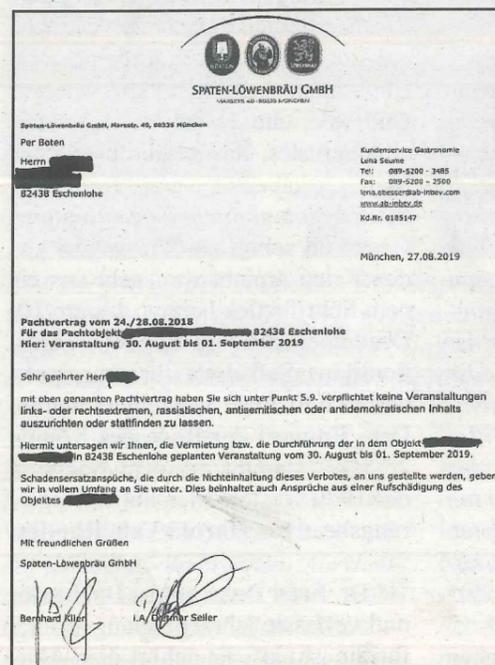
samt Lichterlauf um die Kirche geplant war, fügte man an besagtem Gedenktag eine antifaschistische Lesung unter freiem Himmel neben der Kirche und dem ursprünglichen GfP-Veranstaltungssaal hinzu. Dabei war im Vorhinein betont worden, dass die Gemeinde die Getränke spendieren werde. Somit wollte man für einen regen Zulauf sorgen. Der Missbrauch von Steuergeldern für solch ein Antifa-Spektakel störte die CSU-Oberen natürlich nicht. Gerade einmal dreißig Leute folgten dem Aufruf, wohl eher aus Gaudi und Spaß an der Maß (Bier) als aus linker Überzeugung.

Wann und wo der ausgefallene GfP-Kongress nachgeholt wird, ist noch ungewiss; jedenfalls nicht mehr 2019, wahrscheinlich im Frühjahr 2020.

Martin Pfeiffer

Kommentar: Die „Spaten-Löwenbräu GmbH“ bekämpft eine demokratische, rechtsnationale Veranstaltung in ihrem Saal in Eschenlohe und lädt den Veranstalter aus. Die „Löwenbräu AG“ war schon immer linkslastig. Sie war in der Zwischenkriegszeit Besitzerin des Bürgerbräukellers in München. Ab 1933 hielt hier der linke nationale Sozialist Adolf Hitler, Jahr für Jahr, seine Rede vor Teilnehmern des Putschversuches von 1923. Heute gehört die „Löwenbräu AG“ dem größten Bierkonzern der Welt: „Anheuser-Busch InBev“. Wie der brasilianische Vorstandsvorsitzende des Bierweltkonzerns, Carlos Brito, diesen Rückfall in linksdiktatorisches Handeln seiner Angestellten Bernhard Klier und Dietmar Seiler sieht?

Albert Engelmann



Der Brief der Spaten-Löwenbräu GmbH an den Wirt in Eschenlohe.

Bundesminister des Inneren Horst Seehofer: vom Sozialpatrioten zum Multikulti-Minister

Es gibt wenige Zeitgenossen in der BRD, die länger in führenden politischen Positionen tätig sind als **Horst Seehofer**. Geboren 1949 in Ingolstadt, konnte er vor einem guten Vierteljahr seinen 70. Geburtstag feiern. Von Amtsmüdigkeit ist bei ihm nichts zu spüren. Bereits im Jahre 1980 zog er in den Bundestag ein – es war die denkwürdige Wahl, bei der CSU-Chef **Franz Josef Strauß**, der sich zuvor gegen seinen CDU-Herausforderer, den damaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten **Ernst Albrecht**, den Vater von **Ursula von der Leyen**, als Kanzlerkandidat der CDU/CSU durchgesetzt hatte, gegen Amtsinhaber **Helmut Schmidt** (SPD) antrat und verlor. Immerhin fuhr damals der bayerische Ministerpräsident stolze 44,9 Prozent ein. Ein Ergebnis, von dem die Union bei bundesweiten Wahlen seit Jahrzehnten nur träumen kann!

Seehofer, der sich vom Beamten des mittleren Dienstes bis zum Verwaltungs-Betriebswirt hocharbeitete, gehörte nie zu den großen Denkern und Strategen seiner Partei. Als Vorsitzender der Christlich Sozialen Arbeiter-Union (CSA) war dem Arbeiterkind stets die soziale Komponente in der Partei ein großes Anliegen. Der engagierte Sozialpolitiker lehnte kurz nach ihrem Inkrafttreten Anfang 2005 – im Gegensatz zu zahlreichen CDU/CSU-Politikern – die von **Schröder** durchgesetzte Hartz-IV-Reform als wirkungslos entschieden ab. Schon 1987 hatte er für Furore gesorgt, als er auf AIDS-Kranke das Bundesseuchengesetz anwenden wollte und diesbezüglich mit dem damaligen bayerischen Innenstaatssekretär und CSU-Hardliner **Peter**

Gauweiler konform ging.

Der katholisch-konservativ geprägte **Seehofer** errang 1980, mit erst 31 Jahren, im bodenständig geprägten Wahlkreis Ingolstadt – dort erzielten die Republikaner unter **Franz Schönhuber** ein knappes Jahrzehnt später Ergebnisse um die 30 Prozent – das Direktmandat für den Bundestag. Er pflegte ein freundschaftliches Verhältnis zu seinem Parteifreund, dem promovierten sudetendeutschen Historiker, **Alfred Schickel**, der 1981 – als Gegenstück

als Revisionist im besten Sinne des Wortes – wie er gern betonte –, nämlich als jemand, der zurückschaut (lat. revidere), um bestehende Forschungsergebnisse zu überprüfen.

Seine Forschertätigkeit erstreckte sich auch auf US-Archive und schlug sich in zahlreichen Publikationen nieder, etwa dem Buch „Aus den Archiven“. Ferner war er freier Mitarbeiter von FAZ und „Welt“ sowie des Bayerischen und Hessischen Rundfunks. 1980 bezweifelte er in konservativen Publikationen gewisse Opferzahlen, was heute nach § 130 StGB (Volksverhetzung) strafbar wäre. **Schickel**, Neffe des Kurienkardinals **Joseph Schröfer**, erhielt 1992 auf Vorschlag des bayerischen Ministerpräsidenten **Max Streibl** das Bundesverdienstkreuz am Bande. Linke aller Schattierungen hetzten gegen den unbequemen Wissenschaftler. **Seehofer** hingegen unterstützte dessen Tun und schätzte **Schickels** Arbeit, was sich in seinem Grußwort zum 25jährigen ZFI-Bestehen 2006 niederschlug. Darin gratulierte der damalige Landwirtschaftsminister „Dir und dem ganzen Verein sehr herzlich zu diesem stolzen Jubiläum“ und zeigte sich „von der geleisteten Arbeit sehr beeindruckt“.

Heute jedoch heult **Seehofer** mit den Wölfen (und **Merkel**) und will von **Schickels** Erkenntnissen nichts mehr wissen. In der Asyl- und Migrationspolitik trägt er eine Linie mit, die dem deutschen Volk schadet, da sie die BRD zum Vielvölkerstaat macht. Sogar in einer Jamaika-Koalition hätte der schwarze **Horst** seine Ministerrolle gespielt. Kein Wunder, dass er im Volk vielfach als Schmä- oder Drehhofer bezeichnet wird!

Martin Pfeiffer



Der lobende Brief Horst Seehofers an Dr. Alfred Schickel aus dem Jahre 2006.

zum zeitgeistigen Institut für Zeitgeschichte (IFZ) in München – zusammen mit dem Hochschullehrer **Hellmut Diwald** die Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) gründete. Der tiefkatholische **Schickel**, der von 1974 bis 1995 Leiter des Katholischen Stadtbildungs-

Rücktritt gefordert

Hans Joachim Mendig (66), seit 2016 Geschäftsführer der Hessen-Film und Medien GmbH und damit verantwortlich für die hessische Filmförderung, wird von zahlreichen deutschen Filmschaffenden zum Rücktritt aufgerufen. Ihm wird vorgeworfen, „den Ruf der Hessen Film, der durch seine autoritäre Amtsführung bereits vorher belastet war, weiter schwer beschädigt“ zu haben. Zu den Unterzeichnern der Erklärung gehören unter anderen **Dominik Graf, Iris Berben, Christian Petzold, Christoph Hoch-**

häusler, Nicolette Krebitz und Hans-Christian Schmid. Anlass ist ein im Juli auf Instagram veröffentlichtes Foto, das Mendig in anscheinend fröhlicher Tischrunde mit **Jörg Meuthen**, Sprecher der Bun-

destagsfraktion der AfD, und mit dem PR-Berater **Moritz Hunzinger** zeigt. **Meuthen**, der das Foto online stellte, kommentierte das Treffen als „sehr angeregten und konstruktiven politischen Gedankenaustausch“.

Genötigte Schüler

Der AfD-Politiker **Patrick Geßner** aus Unterfranken berichtet in einer Presseaussendung Unfassbares. Lehrer im Gymnasium Haßfurt nötigen Schüler zur Klima-Demonstration.

Schülern, die nicht zur Klima-Demo gehen wollten, wurde gesagt, sie müssen die ganze Zeit Grammatikübungen machen.

Bei der „Fridays for Future-Demo“ wurden dann 550 Demonstranten gezählt. Ein Jahr vorher, ohne Nötigung der Schüler, waren es gerade einmal zwei Dutzend.

Eltern befürchten Konsequenzen für ihre Kinder, wenn sie sich bei der Schule beschwerten. Ein Vater schreibt dem AfD-Politiker wörtlich: „Ich fürchte, sollte ich auch nur einen Ton dagegen sagen, wird mein Kind dafür büßen müssen...“

Volksheld

Der gebürtige Vogtländer **Sigmund Jähn** war erster Deutscher im All und für viele Sachsen ein Idol. Er starb 82-jährig am 21. September 2019.

Jähn steht stellvertretend für Spitzenleistung der DDR und für die Eroberung des Kosmos. „Mit **Sigmund Jähn** verliert die deutsche Raumfahrt einen weltweit anerkannten Kosmonauten, Wissenschaftler und Ingenieur“, sagte die Vorstandsvorsitzende des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR), **Pascale Ehrenfreund**.

1976 begann **Jähn** ein hartes Kosmonautentraining in der Sowjetunion. Mit einer Rakete (Sojus 31) flog er am 26. August 1978 vom russischen Raumfahrtzentrum Baikonur aus in den Weltraum. Mit dem Kosmonauten **Waleri Bykowski** (1934–2019) verbrachte er fast acht Tage im All. In der DDR war der Kosmonaut ein Volksheld.

Nach der Wende wurde er arbeitslos. Für das DLR bildete er später europäische Astronauten im russischen Swjosdny aus.

„Linken“ am 12. September in Berlin.

Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der „Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“, sagte am 9. September 2019 der „Neuen Osnabrücker Zeitung“, die kommunistische Diktatur in der DDR habe vierzig Jahre bestanden. Zusammen mit der sowjetischen Besatzungszeit gehe es um 45 Jahre. In der DDR habe es rund 250.000 politische Gefangene gegeben; dazu kämen die Opfer außergerichtlicher Verfolgungen. Und wenn da die DDR „selbst 2019 noch verharmlöst wird, dann sage ich: Nein, die Aufarbeitung ist nicht vorbei.“

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier betrachtet die AfD nicht als bürgerliche Partei. Im Gespräch mit dem „Spiegel“ am 14. September meint **Steinmeier**, es muss „jede Partei sich entscheiden, wo sie stehen will: entweder völkisch kollektivistisch oder aufgeklärt bürgerlich“.

Die Bundesregierung rechnet für das Jahr 2019 mit einer Zuwanderung von 140.000 bis 150.000 Menschen. Die Regierung gehe „davon aus, dass die im Koalitionsvertrag festgestellte Spanne von 180.000 bis 220.000 Personen deutlich unterschritten wird“, hieß es in der Antwort auf eine Anfrage der

Kurz gemeldet:

FDP-Chef **Christian Lindner** hat einen härteren Kurs in der Migrationspolitik gefordert und sagte am 14. September dem „Redaktionsnetzwerk Deutschland“: „...dass wir an allen deutschen Grenzen Asylbewerber zurückweisen, wenn sie aus EU-Ländern einreisen. So sehen es die Dublin-Regeln vor.“

Der AfD-Bundestagsabgeordnete **Volker Münz** hat die Initiative der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zur Rettung von Bootsflüchtlingen kritisiert. „Der EKD gehe es in Wahrheit nicht um die Rettung von Schiffbrüchigen, sondern um den Transport von Einwanderern nach Europa.“

Kosovos Präsident provoziert mit „Großalbanien“

Die Idee von einem Großalbanien, die vor mehr als hundert Jahren entstand, ist wieder in aller Munde. Kosovos Präsident provoziert mit

VON EUGEN GEORGIEV*

diesbezüglichen Plänen. Nun nähern sich Albanien und der Kosovo plötzlich an, ja kommen sich mit großen Schritten näher. Nach der internationalen Ablehnung der Vorschläge für einen gemeinsamen Regierungschef ist die Schaffung einer gemeinsamen Zollbehörde schon umgesetzt. Die Abschaffung der Grenzen zwischen den Nachbarn von Januar nächsten Jahres an versetzt die anderen Völker auf dem Balkan in Angst.

Das Projekt eines Großalbanien erhebt Ansprüche auf Gebiete in diesen Nachbarländern, in denen Albaner wohnen. Kernstück wären die heutige Republik Albanien und der Kosovo. Daneben leben noch in Mazedonien eine halbe Million Albaner, die Landsleute in Südserbien und einige Zehntausende in Montenegro. Der großalbanische Theoretiker **Koco Danaj** erwähnt auch Regionen in Griechenland, obwohl Griechenland die Albaner offiziell nicht als Teil einer Minderheit anerkennt. Also es handelt sich insgesamt um ungefähr sechs Millionen Menschen.

Grenzkorrekturen

Kosovos Präsident **Hashim Thaci** fordert inzwischen „Grenzkorrekturen“, also „die Vereinigung des Presevo-Tals mit dem Kosovo“. In dieser Region um die Städte Presevo, Bujanovac und Medvedje in Südserbien leben schätzungsweise bis zu 100.000 Albaner. Sie fühlen sich seit

langem von Belgrad unterdrückt. **Thaci** meint, diese „Grenzkorrektur“ sei „machbar“ und notwendig, „weil es Serbien nicht geschafft hat, ihnen Minderheitenrechte zu garantieren“. Die zweitstärkste Partei im Kosovo, die Vetevendosje (Selbstbestimmung), hat die Vereinigung aller Albaner sogar zum Programm erhoben.

Serbien und Kosovo

Dies sieht Serbien jedoch ganz anders. Es will auch zehn Jahre nach der Abspaltung des Kosovos seine frühere Provinz wieder zurückha-



Eine Landkarte des Balkan. Ein Krisenherd in Europa seit Jahrhunderten.

ben. „Tirana und Pristina schaffen ein Großalbanien“, stand auf dem Titel der serbischen Regierungszeitung „Polititka“. Der serbische Verteidigungsminister **Aleksandar Vulin** kritisierte: „Alle Balkanländer haben Grund zur Sorge.“ Eine große Bedrohung für den Balkan sei derzeit die Schaffung eines Großalbanien und dessen Versuch, in den

Territorien anderer Staaten Fuß zu fassen, angefangen bei Montenegro, Nordmazedonien, dem Gebiet des Kosovo bis hin zu einem Teil Mittelserbiens.

Großalbanien?

Die Idee sei „ein Unglück“, das mit allen Kräften verhindert werden müsse. Albanien's expansionistische Ambitionen gefährdeten den Frieden und die Stabilität auf dem Balkan. Das einzige Land, das sich dem widersetzt, sei Serbien. Laut **Vulin** werden nach dem NATO-Beitritt Nordmazedoniens alle Albaner in einer einzigen politischen Sicherheitszone leben, doch der Präsident Albanien's äußerte dennoch den Wunsch, „die Grenzen zwischen den Staaten, in denen die Albaner leben, zu beseitigen“. Der serbische Minister fügte über die Albaner hinzu: „Sie leben in vier Ländern, und das ist alarmierend. Darüber hinaus verschließen die Europäische Union und die NATO die Augen vor der Bildung eines Großalbanien.“

Probleme am Balkan

Der serbische Verteidigungsminister betonte, dass, wenn jemand das albanische nationale Problem auf dem Balkan lösen wolle, er auch das serbische nationale Problem lösen sollte. Er erklärte weiter: „Wir können den Albanern nichts geben, ohne den Serben dasselbe zu geben. Deshalb nutze ich diese Gelegenheit, um die ganze Welt zu warnen: Spielen Sie nicht mit dem Feuer! Schaffen Sie kein Großalbanien auf serbischem Boden.“

* **Dr. Eugen Georgiev** stammt aus Osteuropa und ist Auslandskorrespondent der „Neuen AULA“.

Unorthodoxer Prager Bürgermeister

Während in den deutschen Staaten die Piratenpartei weitgehend Geschichte ist, feiert sie in der tschechischen Hauptstadt, ja in ganz Böhmen und Mähren, fröhliche Urständ. So ist diese linke Gruppierung nicht nur im tschechischen Parlament vertreten, sie stieg sogar bei den EU-Wahlen zur drittstärksten Kraft auf.

Und in Prag, wo die Piraten bei der Kommunalwahl 2018 mit 17,1% auf Platz 2 kamen, steht seit diesem Umengang ein Vertreter dieser Partei an der Spitze der Stadt, nämlich der 38-jährige Zdenek Hribs, ein dreifacher Familienvater, der aus der südöstlichen Stadt Slawitschin (tschechisch Slavice) stammt.

Der unorthodoxe Politiker erregte

bereits mit diversen Aktionen internationales Aufsehen. So hisste er im Frühjahr die tibetische Flagge und wollte die in der Städtepartnerschaft zwischen Prag und Peking festgelegte Ein-China-Politik streichen. Pekings Reaktion kam prompt: Mitte Juli untersagten Vertreter des Landes eine China-Tournee der Prager Philharmoniker, was heftige Kritik von Staatspräsident Milos Zeman an Hrib zur Folge hatte.

Homo-„Ehe“, Drogen ...

Mit modernen Forderungen wie Homo-„Ehe“, Legalisierung sogenannter weicher Drogen, mehr direkter Demokratie, Korruptionsbe-

kämpfung und Transparenz zog er sich die Sympathie vor allem junger und politikverdrossener Bürger zu. So versprach Hrib, dass die Bürger bei einem kleinen Teil des Budgets, bei zwei Prozent, nämlich umgerechnet etwa zwei Millionen von drei Milliarden Euro, mitreden dürften. Als vordringliche Aufgaben seiner Amtszeit nannte das Stadtoberhaupt die Bereiche Wohnen, Infrastruktur und Ökologie. So will er in der Stadt an der Moldau eine Million Bäume pflanzen – 150.000 stehen laut Hrib bereits – und eine zusätzliche Metrolinie bauen lassen. Außerdem sollen die altersschwachen Brücken erneuert und neue Wohnungen gebaut werden, um genügend Unterkünfte in der schnell wachsenden Metropole zu haben. Eine Regierungsfähigkeit seiner Partei auf nationaler Ebene hängt maßgeblich vom Erfolg Hribs ab.

BESCHIMPFUNG UND BEHINDERUNG VON BEAMTEN:

Französischer Linksextremist vor Gericht

Der Fraktionsvorsitzende der ultralinken Partei „La France insoumise“ (LFI; Das unbeugsame Frankreich), Jean-Luc Mélenchon, musste sich zusammen mit fünf weiteren Parteimitgliedern wegen Beschimpfung von Beamten und Behinderung einer polizeilichen Durchsuchung der Büros der Linkspartei LFI vor einem Gericht im Pariser Vorort Bobigny verantworten.

Hintergrund war ein Durchsuchungsbefehl im Rahmen einer gerichtlichen Voruntersuchung wegen des Verdachts der illegalen Finanzierung der LFI-Wahlkampagne aus dem Jahre 2017. Der selbsternannte Volkstribun wollte die Durchsuchung verhindern beziehungsweise überwachen und verursachte da-

durch ein Handgemenge sowie stieß wüste Beschimpfungen aus.

Die Staatsanwaltschaft klagte die Delikte „Einschüchterung eines Richters sowie Widerstand und Provokation gegen Polizeibeamte“ an, deren Höchststrafe in Frankreich zehn Jahre und eine Geldbuße von 150.000 Euro beträgt. Die Anklagebehörde forderte drei Monate auf Bewährung und 10.000 Euro Geldbuße sowie Geldstrafen für die anderen Angeklagten. Das Gericht verurteilte sich, das Urteil steht noch aus.

Mélenchons rabiater Antritt schädete seinen Ruf als linker Volkstribun. Bei der EU-Wahlen erhielt seine LFI zwei Drittel weniger Stimmen als beim Präsidentschaftswahl 2017.

Regierungskoalition in Rumänien zerbrochen

Die Koalition zwischen den Sozialdemokraten (PSD) und Linksliberalen (ALDE) in Rumänien ist zerbrochen. Die Sozialdemokraten stecken nun wegen des schlechten EU-Wahlergebnisses und der Verurteilung ihres Ex-Chefs Liviu Dragnea in einer schweren Krise. Präsident Klaus Iohannis lehnt eine Umbildung der Regierung ab und empfahl ihr, sich einer Vertrauensabstimmung zu stellen.

Die Sozialdemokraten unter ihrem damaligen Parteichef Liviu Dragnea und die Linksliberalen mit ihrem Vorsitzenden Calin Popescu Tariceanu hatten über drei Jahre gegen zunehmenden nationalen wie internationalen Widerstand und Protest einvernehmlich regiert, das Korruptionsstrafrecht gelockert und die Unabhängigkeit von Staatsanwälten und Richtern beschränkt. Doch erst nach den massiven Verlusten bei der EU-Wahl im Mai, der immer größer werdenden Ablehnung der Regierung durch die Rumänen und dem anschließenden Haftantritt Dragneas wegen Amtsmissbrauchs gingen die einstmaligen engen Partner auseinander.

Ende der Koalition

Die Führung der ALDE stimmte am 26. August geschlossen für die Aufkündigung des Koalitionsvertrags. ALDE-Chef Tariceanu kündigte nach der Abstimmung an, als Senatspräsident gleich zu Beginn der neuen Tagungsperiode zurück-

treten zu wollen, um in der Opposition gemeinsam mit Victor Ponta's Kleinpartei Pro Romania ein Wahlbündnis einzugehen. Tariceanu verzichtete zudem auf eine Kandidatur bei der am 10. November geplanten Präsidentschaftswahl, bei der Präsident Iohannis wieder antreten wird.

Regierungschefin Viorica Dancila zeigte sich in einer ersten Reaktion vom Beschluss der ALDE, der sie „Verantwortungslosigkeit und Feigheit“ vorwarf, irritiert. Sie wolle nun einer Minderheitsregierung vorstehen. Ihre Partei werde trotzdem weiterregieren, „um das 2016 in uns gesetzte Vertrauen der Rumänen nicht zu enttäuschen“, erklärte sie. Sie gab bekannt, neue Minister anstelle der zurückgetretenen ALDE-Minister zu nominieren. Dancila kündigte später an, sich einer Vertrauensabstimmung stellen zu wollen. Verfassungsrechtlich hat sie dafür anderthalb Monate Zeit. Regulär würde Ende 2020 ein neues Parlament gewählt.

Bei der EU-Wahl wurde die immer größer werdende Ablehnung der Regierung durch die Rumänen ersicht-

lich. Viele Wähler nutzten das Votum, um die populistisch agierenden Sozialdemokraten, die mit zahlreichen Korruptionsaffären verbunden werden, abzustrafen. Die Nationalliberale Partei (PNL), die auch Präsident Iohannis unterstützte, bekam 27% der Stimmen, die PSD nur 22,5%. Die rechtsliberale Allianz 2020 Union Rettet Rumänien – PLUS kam auf sensationelle 22,4%. Die linksliberale ALDE schnitt sehr schwach (4,1%) ab und kann keine Parlamentarier mehr nach Brüssel entsenden.

Ende Mai, nach der EU-Wahl, wurde das Urteil gegen Ex-PSD-Chef Liviu Dragnea wegen Anstiftung zu Amtsmissbrauch und Wahlfälschung bestätigt, und seitdem sitzt er im Gefängnis. Er war bereits im Juni 2018 zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Dragnea war die treibende Kraft bei der Schwächung des Antikorruptionskampfes in Rumänien.

Demo gegen Regierung

Am 4. Juni beschloss dann die rumänische Regierung, auf die umstrittene Justizreform zu verzichten. Ein entsprechendes Gesetz war im April vom rumänischen Parlament verabschiedet worden. Die Reform sah eine Lockerung des Korruptionsstrafrechts vor. Das Gesetz war bis dahin nicht in Kraft, weil Präsident Iohannis es nicht unterzeichnet hatte.

Im Sommer erhöhten Tausende Demonstranten in Bukarest und anderen Städten den Druck auf die Regierung. Am 10. August erinnerten sie an die Gewalt vor einem Jahr. Neben mangelnder Bekämpfung der Korruption wurden auch die jüngst verübten Morde an zwei jungen Frauen angeprangert.

Eugen Georgiev

Illegale Tests an Kranken

Unerlaubte klinische Versuche an Hunderten von Parkinson- und Alzheimerpatienten sorgten in Frankreich für Furore.

Obwohl die französische Arzneimittelbehörde ANSM die Testreihe an etwa 350 Kranken verboten hatte, wurde diese dennoch von einer Einrichtung mit dem Namen Fonds Josefa nahe der Stadt Poitiers südwestlich von Paris durchgeführt.

Als Spiritus Rector der Aktion gilt der Arzt Henri Joyeux, der ein bekannter Impfgegner ist und erklärte, dass es sich „nicht um eine klinische Studie“ handle. Nach Untersuchungen der Arzneimittelbehörden wurde den Parkinson- und Alzheimerkranken Pflaster mit Zusatzstoffen unbekannter Wirkung verabreicht, die gegen Schlafstörungen wirken sollen.

Russland übt

Russlands Militär übte gemeinsam mit den Atommächten China, Indien und Pakistan im Grossmanöver Zentr-2019. Es fand zwischen Arktis und Zentralasien Ende September statt.

In diesem Jahr fand im Zentralen Militärbezirk und angrenzenden Gebieten, inklusive Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan, das jährliche Groß-Manöver der russischen Streitkräfte statt. Etwa 128 000 Militärangehörige mit über 20 000 technischen Einheiten des Militärs nahmen daran teil.

Die chinesische Volksbefreiungsarmee ist mit 1500 Soldaten die

größte Einheit ausländischer Truppen bei Zentr-2019. Indien und Pakistan nahmen ebenfalls teil obwohl sie einander feindselig gesinnt sind. Zentr-2019 ist stark auf den zentralasiatischen Raum ausgerichtet.

Ein weiterer Einsatzraum vom Eismeer bis zum Kaspischen Meer berührten die nördlichen und südlichen russischen Ränder. Beide Gebiete sind strategisch derzeit von Interesse für Russland.

In der Arktis ging es um die Sicherung des nördlichen Seewegs Russlands. Auf Nowaja Semlja, einer Insel im Nordpolarmeer, wurden die neuen Flugabwehrraketen S-400 installiert. Die Arktisanrainer spüren

Russlands Druck um den Nordpol immer mehr.

Der kaspische Raum hat durch Russlands Eingreifen im Syrien-Krieg und die iranische Nachbarschaft wie durch Verbindungen zum Schwarzen Meer und wegen der Rohstoffvorkommen in der Region immer mehr Aufmerksamkeit erregt. Hier kam es auch zur Berührung mit Nato-Interessen.

Zentr-2019 demonstrierte die russische Stärke. Ein Konflikt, in dem sich die vier Atommächte, Russland, China, Pakistan und Indien auf einer Seite gegen das westliche Militärbündnis befänden, erscheint dennoch fern.

FPÖ-Stadträtin Stenzel beim Gedenken an 1683

Zentrales Ereignis vor 336 Jahren war die Schlacht um Wien, wo am 12. September 1683 ein polnisches Entsatzheer unter der Führung des polnischen Königs **Jan Sobieski** die osmanischen Belagerer schlug und so siegreich die Zweite Wiener Türkenbelagerung beendete.

Auch dieses Jahr gab es deswegen Mitte September in Wien eine Gedenkveranstaltung, bei der sich etwa 300 Personen mit Fahnen und Transparenten an der Mölker Bastei versammelten, um per Fackelmarsch zum Karl-Lueger-Platz zu gelangen. Als Rednerin auf der Abschlusskundgebung hatten die Veranstalter die Wiener FPÖ-Stadträtin **Ursula Stenzel** (74) eingeladen.

Die Ex-ÖVP-EU-Abgeordnete mit jüdischen Wurzeln würdigte, dass der Marsch „an einer historisch-würdigen Stätte“ seinen Ausgang genommen habe, und lobte, dass vor allem die versammelten jungen Leute, worunter auch Vertreter der Identitären Bewegung (IB) waren, „dieses Geschichtsbewusstsein“ heute hätten, und zwar gerade in Anbetracht der Drohungen des türkischen Präsidenten **Erdogan** gegenüber der EU, im Falle unzureichender Zahlungen an

die Türkei „einen Flüchtlingsstrom wieder in Richtung Europa in Bewegung“ zu setzen. Ferner geißelte sie die „Bedenkenlosigkeit vor allem einer deutschen Bundeskanzlerin **Angela Merkel**, die einst gesagt hat ‚Wir schaffen das‘ und die damit dem Islamismus in Europa Tür und Tor geöffnet hat. Dagegen ein Zei-

ne Islamisierung der europäischen Gesellschaft, ich will keinen politischen Islam, und ich will keine Parallelgesellschaften. Wir verteidigen hier etwas, wofür unsere Vorfahren gekämpft haben. Wir verteidigen eine liberale Demokratie in unserem Land (...)“ Positiv merkte sie an, am Lueger-Platz sprechen zu



Junge Menschen demonstrieren in Wien. Ihr Anliegen ist die Erinnerung an 1683, die Türkenbelagerung Wiens. Heute sehen sie ganz Europa vom Islam bedroht. Sie wollen eine Änderung der Einwanderungspolitik.

chen zu setzen, ist richtig; und ich habe hier gar keine Berührungsängste. Für mich ist jeder Mensch würdig und hat geachtet zu werden.“

Und die freiheitliche Stadträtin **Stenzel** fügte hinzu, sie wolle „kei-

können, wo doch die Antifa „dieses Denkmal am liebsten gekippt und auch den Lueger-Platz umbenannt hätte“. Lob gab es dabei für den „berühmten christlich-sozialen Politiker“ **Karl Lueger**.

Japan und Südkorea

Japan und Südkorea haben ihren Militärpakt gekündigt. Das sagte der japanische Ministerpräsident **Shinzo Abe**. Die Regierung in Seoul hatte den drei Jahre alten Militärpakt mit Japan nicht mehr verlängert. Die gemeinsame Kooperation mit den USA solle jedoch aufrechterhalten werden, sagte **Abe**.

USA testeten

Sonntag, 20. August 2019, testeten die USA einen konventionellen landgestützten Marschflugkörper. Laut dem US-Militär erreichte die Rakete nach mehr als 500 Kilometern Flug präzise ihr Ziel. Es war der erste Test nach dem Ende des INF-Vertrages mit Russland.

Österreichs Heer am Ende

Der österreichische Verteidigungsminister **Thomas Starlinger** stellte Mitte September fest, dass das österreichische Heer nicht mehr in der Lage sei, die Bevölkerung vor Naturkatastrophen, Terroranschlägen, Computerangriffen oder einer Massenmigration ausreichend zu schützen.

Luftwaffe

Bayerns Innenminister **Joachim Herrmann** hat nach dem Besuch des Luftgeschwaders 74 im Rahmen einer Wehrübung die Bedeutung der Luftwaffe für die Sicherheit des bayerischen Luftraums hervorgehoben. Unsere Luftwaffe ist gut aufgestellt und unverzichtbar, sagte **Herrmann**.

Atomunfall in Russland

Auf einem Militärstützpunkt im Weissen Meer ist es bereits Mitte August zu einem tragischen Atomunfall gekommen. Ein Taucher und mehrere Militärangehörige sind an der Strahlenkrankheit verstorben. Offenbar wollte man eine fehlgeleitete moderne Rakete mit atomarem Antrieb aus dem Meer bergen.

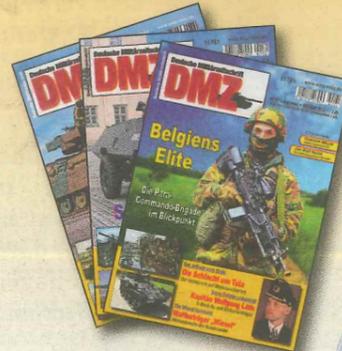
Militärbudget

Sebastian Kurz sagte live im ORF2 dem Journalisten **Tobias Pötzelberger**, das Militärbudget werde auf keinen Fall von 0,5 Prozent auf 1 Prozent des BIP erhöht. Das würde das Staatsbudget sprengen, die Pensionen, Bildungssystem und Gesundheit wären nicht mehr finanzierbar.

Die Deutsche Militärzeitschrift

berichtet alle 2 Monate in Wort und Bild über

- Militärgeschichte
- Krisenherde
- Soldatenporträts
- Streitkräfte aller Welt
- Sicherheitspolitik



- Wehrwissenschaft
- Flucht und Vertreibung
- Bundeswehr
- Interviews u.v.a.

Lassen Sie sich keine Ausgabe entgehen!

Im Zeitschriften- und im Bahnhofsbuchhandel finden Sie die aktuelle Ausgabe der Deutschen Militärzeitschrift (DMZ) im Umfang von 84 Seiten zum Preis von € 7,95.

Noch besser: Mit Ihrem Abonnement stärken Sie die DMZ und sichern sich Ihr druckfrisches Exemplar zustellungsfrei und eine Woche früher als im Zeitschriftenhandel.

Bestellen Sie jetzt Ihr kostenloses Probeexemplar!



Starke 84 Seiten!

Alles in Farbe!

Nur € 7,95!

DMZ DEUTSCHE MILITÄRZEITSCHRIFT

Verlag Deutsche Militärzeitschrift (VDMZ) • Postfach 52 • D-24236 Selent
Telefon: 04384/59 70-0 • Telefax: 04384/59 70-40 • E-Post: verlag@deutschemilitaerzeitschrift.de

Ja, ich möchte ein preisgünstiges Jahresabonnement!

(6 Hefte jährlich, inklusive Versandkosten)

Inland: Normal-Abo € 47,70 • Schüler- und Studenten-Abo € 42,- (Kopie des Schüler- oder Studenten-Ausweises mitsenden) • Förder-Abo: € 55,- • Ausland: Normal-Abo € 58,- • Schüler- und Studenten-Abo € 52,- • Förder-Abo: € 65,-

Kostenloses Probeheft

Gewünschtes bitte ankreuzen per Rechnung per Einzugsermächtigung

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich den Verlag, meine Abonnementgebühren ab sofort bis auf Widerruf von nachstehend bezeichnetem Konto abzubuchen.

Bank/Ort _____

IBAN _____

BIC _____

Kontoinhaber _____

Datum, Unterschrift _____

Datum, Unterschrift _____

„Für mehr Wahrheit und Ehrlichkeit in der Kunst!“

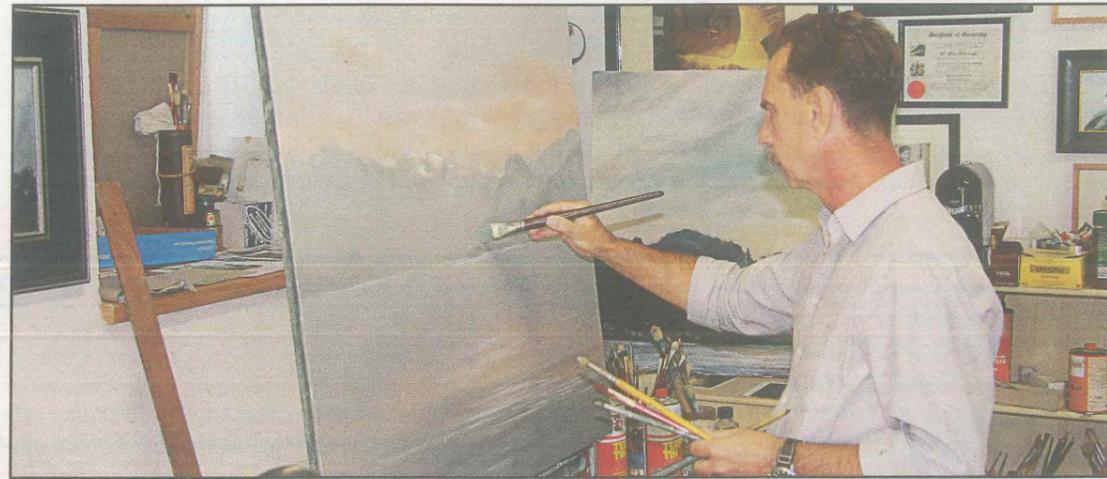
Spätestens seit Mitte Mai, wenige Tage vor der Detonation der „Ibiza-Bombe“, ist der Maler und Bildhauer **Odin Wiesinger** österreichweit „berühmt“. Damals wurde bekannt, dass die FPÖ Oberösterreich beschlossen hatte, den pennal Korporierten und bekennenden Nationalfreiheitlichen in den Kulturbeirat des Landes zu entsenden. Die etablierten Medien heulten auf und verbreiteten Empörungsrhetorik.

Das gehe gar nicht, sei doch **Wiesinger** nicht nur der Lieblingsmaler **Norbert Hofers**, sondern auch wegen verschiedener Kunstwerke und Illustrationen bei zeitgeistigen Zeitgenossen längst im Verschiss. So hatte der Künstler vor einigen

Angriffen zu schützen. So erstattet zum Beispiel der ehemalige Nationalratsabgeordnete der Grünen, **Karl Öllinger**, Anzeige bei der Bezirkshauptmannschaft Schärding, da **Wiesingers** Steinmetzzeichen, welches dieser in der Tradition der

ten in der Landesregierung ausüben möchte.

Wiesinger hatte auch wenige Wochen vor Einstellung der „Aula“ im Mai 2018 – sozusagen visionär – ein Bild gezeichnet, das vorab ein zynischer Nachruf auf das Blatt sein sollte, wobei darauf eine Urne und Kränze der FPÖ-Größen zu sehen waren. Wenige Wochen später war es dann so weit, doch es gab dann nicht einmal geheuchelte Beileidsbekundungen. Und eine Anspielung auf die Verbannung der blauen Kornblu-



Dieses Gemälde zeigt, dass **Odin Wiesinger** kein Vertreter der „Diktatur des Hässlichen“ ist.

Jahren für die nationalfreiheitliche „Aula“ ein Bild entworfen, das drei Burschenschafte der Zukunft zeigte, und zwar in Wicks, wobei einer ein Weißer, der andere ein Asiat und der dritte ein Neger ist. Außerdem hatte sich **Odin Wiesinger** deftig-deutsch über die beliebte linke **Eva Blimlinger**, die gerade abgetretene Rektorin der Akademie der bildenden Künste und grüne Nationalratskandidatin, ausgelassen. Das „profil“ berichtete groß und wollte ihn sogar auf die Titelseite als „Staatskünstler“ bringen, doch dann kam die „Ibiza-Bombe“ dazwischen.

Nach „Ibiza“ verzichtete **Wiesinger** auf die unbezahlte Funktion im Kulturbeirat, um die FPÖ, seine Person und seine Familie vor weiteren bössartigen Unterstellungen und

Dombauhütten für sich gestaltet hatte, gegen das Verbotsgesetz verstoßen würde! Die Staatsanwaltschaft Ried stellte jedoch das Verfahren ein und wies die Vorwürfe zurück.

Dank für seinen Rückzug bekam er von Seiten der Parteispitze bis heute nicht, was ihn ein wenig wurmt.

Er ist aber nach wie vor ein politischer und kritischer Mensch, was sich im September auch dadurch manifestierte, dass er nach der sogenannten **Klinger**-Affäre flugs eine Zeichnung anfertigte, die Knieschoner für den freiheitlichen Landesrat darstellt, um darauf hinzuweisen, dass dieser nach seinen „politisch unkorrekten Aussagen“ in Zukunft auf Zuruf der ÖVP demütig auf die Knie gehen müsse, um Abbitte zu leisten, wenn er weiterhin den Pos-

me vom Revers der neugewählten FPÖ-Nationalratsabgeordneten im Herbst 2017 (zugunsten einer anderen Blume, dem Edelweiß) durch **Norbert Hofer** war **Wiesingers** Zeichnung der trauernden Kornblume.

Die gegenwärtige, von etablierten Politikern, politisierenden Museumsdirektoren und Medien hofierte Kunst- und Kulturszene schätzt **Wiesinger** noch immer nicht besonders. Bereits 1989 hatte er deftige Worte dazu gefunden: „Kurz gesagt, ist das zum überwiegenden Teil für mich die Diktatur des Hässlichen, Minderwertigen, Würde- und Maßlosen! Verschüttete und verschmierte Farbe nach Art der Primaten in der Malerei; Pornographie und Gestammel auf den Bühnen. Das ließe sich

in allen Bereichen beliebig fortsetzen. Leider!“

Wiesinger fühlt sich bestätigt, denn nun, 30 Jahre später, hüpfen und schreien noch immer unnötig „Nackerte“ auf den staatlich geförderten Festspielbühnen herum. Sein Kommentar dazu: „(...) wenn ich nackte Haut sehen will, dann fahr' ich nicht nach Salzburg oder Bregenz zu den Festspielen, sondern ins Moulin Rouge oder zu einer Bourlesque-Show. Dort hat das Ganze wenigstens Ästhetik und Stil.“

Couleurname Odin

Der aus Andorf in Oberösterreich gebürtige Künstler malt lieber Landschaften, Gebäude und Menschen unter Verzicht auf zeitgeistige Verzerrung – ganz getreu seinem Wahlspruch: „Mehr Wahrheit und Ehrlichkeit in der Kunst!“ Er absolvierte die Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz an der Donau, wo er durch seine Professoren **Eric van Ess**, **Peter Kubovsky** und **Heimo Kuchling** geprägt wurde. Während seiner Gymnasialzeit in Schärding trat **Manfred Wiesinger** in die pennale Burschenschaft Scardonica ein und erhielt den Couleurnamen **Odin**, den er seither als Künstlernamen führt – so ganz nach dem Motto: „**Manfred Wiesinger** gibt's viele, **Odin Wiesinger** nur einen!“

Durch seinen kernnationalen Leibburschen, den ehemaligen FPÖ-Abgeordneten **Lutz Weinzinger**, der nach **Jörg Haiders** Abfall zum oberösterreichischen Landesparteiobmann aufstieg, um sein Land vor der orangen Welle zu retten, lernte er prominente freiheitliche Politiker kennen, die den Stil seiner Arbeiten zu schätzen wissen. In **Martin Graf** als Drittem Präsidenten des österreichischen Parlaments gewann **Odin** einen Freund und gewichtigen Gön-

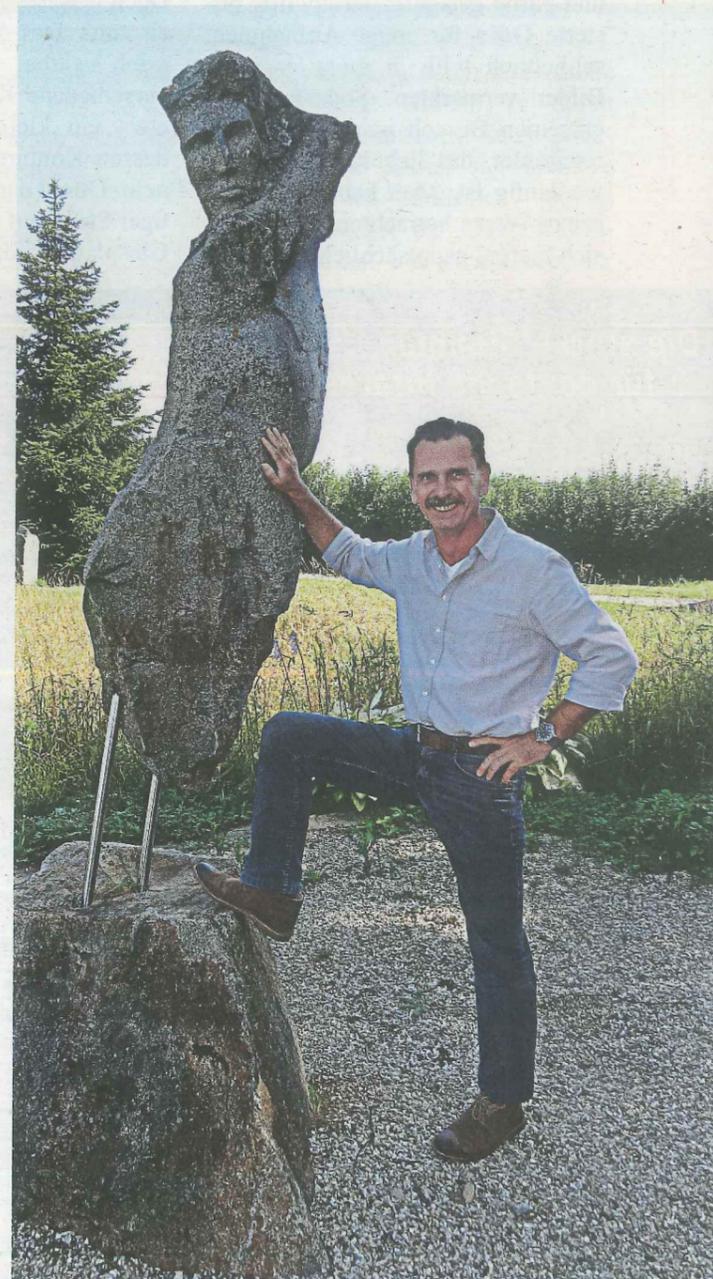
ner. **Graf** verhalf dem Künstler auch zum Sprung über den großen Teich nach Südamerika und eröffnete dort während eines Delegationsbesuches Ausstellungen von **Odins** Werken in Santiago de Chile und in Asunción.

Geschmack an **Odins** Œuvre findet auch **Norbert Hofer**. Anfang Mai 2016 besuchte er den Meister in Anwesenheit geladener Gäste in dessen Andorfer Atelier. Seit **Hofer** ihn als seinen Lieblingsmaler outete, wurden im Bestreben, den freiheitlichen Bundespräsidentenkandidaten des Jahres 2016 anzupatzen, schwarze Kleckse auf **Wiesingers** Werk und seine Person geworfen:

„Was für Bilder, programmatisch oder nicht, wohl in die österreichische Präsidentschaftskanzlei Einzug hielten, würde **Norbert Hofer** Bundespräsident?“, rätselte damals die Wiener Tageszeitung „Die Presse“ und gruselte. „Ein Bronzeadler vom **Andreas-Hofer-Denkmal** auf dem Bergisel? Ein Burschenschaf-

ter mit Kampfmontur und nacktem Oberkörper? Ein Soldat mit Sturmhelm? Eine historische Ikone wie der – namentlich höchst passende – **Tiroler Nationalheld**, oder auch **Schiller**, **Schubert**, **Mozart**? Eine Abendlandschaft mit Bäumen? Oder eine Figur der nordischen Mythologie, wie der **Fenriswolf** oder dessen Bruder, das achtbeinige Pferd **Sleipnir**?“

Fortsetzung Seite 34



Den „Celtic Golf Course Schärding“ (Golfplatz) ziert unter anderem diese Skulptur aus Granit von **Odin Wiesinger**, die einen Golfspieler darstellt.

Fortsetzung von Seite 33

Anfang September 2019 entschloss sich die Redaktion der „Neuen AULA“, einen Lokalausgensein in **Odin Wiesingers** Innviertler Atelier vorzunehmen. Dass er ein gefragter Künstler ist, zeigte sich schon daran, dass dauernd das Telefon läutete. Der vordere Raum des Ateliers kann als der Werkraum des Künstlers bezeichnet werden, denn dort steht nicht nur das in Arbeit befindliche Bild, sondern sind auch die diversen Werkzeuge wie Pinsel und Farbe gelagert. Bereitwillig posierte **Odin** für einige Aufnahmen, schließlich will, ja muss er seine Bilder vermarkten. Sodann führte er seinen Besuch ins größere Hinterzimmer, das lichtdurchflutet und weitläufig ist. Man kann dort viele seiner Werke betrachten. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um Land-

schaften. Sie zeigen meist Berge und Seen. Derzeit faszinieren ihn Bilder, auf denen eher schemenhaft – wie in Nebel gehüllt – die Umgebung zu sehen ist, fast etwas unheimlich wirkend, aber vielleicht in Bezug auf die heraufziehende Herbstzeit (jahreszeitgemäß).

Nachdem er einige Erklärungen zu seinen Bildern gegeben hatte, bot er dem Besuch an, das herrliche spätsommerliche Wetter doch dazu zu nutzen, um mit ihm auf den nahegelegenen Golfplatz zu fahren. Doch was hat Golf mit **Odins** Kunst zu tun? Des Rätsels Lösung war rasch sichtbar: Dort stehen nämlich verschiedene Kunstwerke von ihm, etwa ein kleiner steinerner Kopf, dessen Konturen dem Künstler ähneln. Direkt daneben steht ein mächtiger Stein, auf dem eine rechteckige Glasplatte befestigt ist, die den kelti-

schen Baumkreis zeigt. Einige Meter weiter ist die Skulptur eines in Granit gehauenen Golfspielers zu sehen. Und am Ende der großen Fläche der Spielbahn 12 steht, leicht erhoben, ein den megalithischen Bauwerken nachempfundenes Kunstwerk – bestehend aus drei spitz nach oben zulaufenden Granitsteinen und einer Granitsteinplatte oben, die auf den drei Steinen ruht. Beeindruckend!

All diese Werke beweisen, dass es sich bei **Odin Wiesinger** um einen echten Könnler handelt, um einen Künstler, der bestrebt ist, seine Herkunft, die eigene Identität und das Schöne auf Papier oder Leinwand zu bringen, in Stein zu hauen.

Wem **Odins** Stil gefällt und gerne schöne Kunst sein Eigen nennen möchte, der möge mit dem Künstler Kontakt aufnehmen: atelier.odin@aon.at.

Martin Pfeiffer

Sind Vornamen Schall und Rauch?

VON WERNER PFANNHAUSER*

In unseren Breiten – und das gilt für Europa ausgenommen Ungarn – sind Vornamen, wie es die Bezeichnung sagt, Namen vor dem Familiennamen. Das kommt offenbar aus der Mode. In Beamtenpapieren wird flugs umgedreht – nur aus EDV-Gründen? Auch beobachten



Prof. Werner Pfannhauser betont, dass wir wenig beachten, dass der Vorname seine Bedeutung hat.

wir oft Vornamen, die bei uns nichts, aber schon gar nichts verloren haben. Diese kommen aus Filmen wie **Laura**, **Rita**. Wir beachten wenig, dass der Vorname seine Bedeutung hat, auch wenn viele das nicht erkennen.

Die Vorsilbe **Diet** kommt in vielen Vornamen vor: **Diet(e)rich**, **Dietlinde**, **Dietmar**, **Diether**. Die Silbe **Diet** bedeutet Volk. Ein **Dietrich** bedeutet altfränkisch einer, der das Volk, seine Gruppe anführt – und **rihhi** bedeutet mächtig, reich, herrschend. **Dieterich**, der Mächtige im Volke. Da denkt man an **Dietrich von Bern** (= mittelhochdeutsch eigentlich Verona), in der Theoderich-Sage verewigt. Die Silbe **-her** bedeutet Volk, Heer, Stamm. Abwandlungen von **Dietrich** sind **Dieter**, **Thilo**. So hat jeder deutsche Vornamen eine Bedeutung. Forschen Sie nach!

„Eingewandert“

Viele Vornamen sind aus anderen Völkern in unsere Sprache „eingewandert“. Beispiel: **Moritz** – aus dem französischen **Maurice** gebildet und in der deutschen Sprache bereits „eingemeindet“. In unsere Sprache haben wir viele Vornamen einbezogen und diese umgeformt. Beispiel: **Klaus**. Aus dem vorderasiatischen **Nikolaus** wurde vereinfacht der **Nikolo** und dann **Klaus**. Heute ist **Klaus** ein eigenständiger deutscher Vorname. Noch ein Beispiel: **Jörg**. Mein fünfter Sohn heißt so, und ich musste oft erklären, weshalb er denn

nach einem erfolgreichen Politiker und dann Landeshauptmann von Kärnten benannt worden sei. Alles nicht wahr! Eine kurze Geschichte: In den 1960er Jahren des 20. Jahrhunderts wehrten sich die Südtiroler gegen italienische Unterdrückung. Einer der Anführer war **Georg Klotz** aus Bozen. Genannt **Jörg Klotz**.

Denken auch wir nach!

Der Verfolgung durch italienische Geheimdienste entkam er durch Flucht nach Innsbruck. Seine Tochter, Dr. **Eva Klotz**, saß mehrere Jahrzehnte im Südtiroler Landtag und vertrat dort die Ansichten ihres Vaters. Ich war damals sehr für die Südtiroler Sache tätig, und zum Andenken an **Klotz** nannte ich den Sohn **Jörg**. Mir war klar, **Georg** stammt aus dem altgriechischen und bedeutet Bauer. **Jörg** ist ein in unsere Sprache aufgenommener Vorname geworden. Denken wir doch nach, was der Vorname bedeutet, wenn wir Kinder so nennen oder Enkeln Namen empfehlen!

* Der Autor, o. Univ.-Prof. Dr. Ing. **Werner Pfannhauser**, war Vorstand des Instituts für Lebensmittelchemie und -technologie an der Technischen Universität Graz.

Wie Vornamen den Abfall vom katholischen Glauben darstellen können

Der französische Politikwissenschaftler **Jérôme Fourquet** beschreibt in seiner Studie „L'Archipel français“ die kulturelle Identität Frankreichs anhand der Karriere christlicher Vornamen. Der Vorname **Marie**, der im Katholizismus einen zentralen Platz hat, wurde mittels statistischen Erhebungen

untersucht: Um 1900 wurde der Name **Marie** von einem Fünftel aller geborenen französischen Mädchen getragen. Während des Ersten Weltkriegs taufen nur noch 15 Prozent aller französischen Eltern ihre Töchter auf den Namen **Marie**, in den 1930er Jahren sinkt diese Anzahl auf ein Zehntel. Diese Entwicklung ver-

knüpft der Autor **Jérôme Fourquet** mit dem Abfall vom katholischen Glauben. Die Beliebtheit des Namens **Marie** sei für ihn ein verlässlicher Indikator für die christliche Identität Frankreichs. Heute wird der Vorname **Marie** nicht einmal von jedem hundertsten Mädchen getragen. **Maud Sabiron**

Die starke Stimme für deutsche Interessen!



Jeden Monat neu im Zeitschriften- und im Bahnhofsbuchhandel im Umfang von 84 Seiten. Aber wirklich stark nur durch Ihr Abonnement! Handeln Sie jetzt: Abonnement, Geschenkabonnement, Leserwerbung!



ZUERST!

DEUTSCHES NACHRICHTENMAGAZIN

Ja, ich möchte ein Abonnement! (12 Hefte jährlich, inklusive Versandkosten)

Inland: Normal-Abo € 83,40 • Schüler- und Studenten-Abo € 69,- (Kopie des Schüler- oder Stud.-Ausweises mitsenden) • Kombi-Abo (bei gleichzeitigem Abo der Deutschen Militärzeitschrift (DMZ), siehe Umschlag hinten): € 74,- • Förder-Abo: € 105,-

Ausland: Normal-Abo € 106,- • Schüler- und Studenten-Abo € 91,- • Kombi-Abo: € 96,- • Förder-Abo: € 126,- **Zutreffendes unterstreichen!**

Mit Geschenk „Konflikte der Zukunft“
 Mit Sammelordner-Abo zzgl. € 10,-

Bestellen Sie jetzt Ihr persönliches Probeexemplar!

- **Dämpfer für Türkis**
FPÖ, SPÖ und „Liste Jetzt“ beschließen eine Deckelung der Parteispenden
- **Durchbruch im Osten**
Die AfD auf dem Weg zur Volkspartei
- **Kerosin-Katha fliegt gerne**
Die „Klimaretter“ als begeisterte Vielflieger: Immer unterwegs, immer in der Luft
- **Schicksalstage im August**
Beginn des Zweiten Weltkrieges stand am Ende einer langen Vorgeschichte
- **Gefährlicher Dünger?**
Nitrat im Grundwasser: EU-Kommission fordert härteres Vorgehen von Deutschland
- **Heuschrecken-Alarm**
Die US-Beteiligungsgesellschaft KKR steigt in großem Stil bei Axel Springer ein

Jetzt überall in Deutschland, Österreich und der Schweiz im Zeitschriftenhandel!

Bei Abonnement bis zum 30.9.2019 gibt es das Buch „Konflikte der Zukunft“ von Alexander Dugin als kostenloses Geschenk dazu!

Verlag Deutsches Nachrichtenmagazin ZUERST!
Postfach 100 • D-24236 Selent
Tel.: 04384/59 70-0 • Fax: 04384/59 70-40
E-Post: verlag@zuerst.de

Sammelordner, einzeln, ermöglicht das Archivieren von einem Jahrgang (12 Hefte). (Stück € 13,95)

Abonnement per Rechnung

Gewünschtes bitte ankreuzen geb. | | | | | | | | | |

Vorname _____

Name _____

Tel./E-Post _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

per Einzugsermächtigung

Einzugsermächtigung
Hiermit ermächtige ich den Verlag, meine Abonnementgebühren ab sofort bis auf Widerruf von nachstehend bezeichnetem Konto abzubuchen.

Bank/Ort _____

IBAN _____

BIC _____

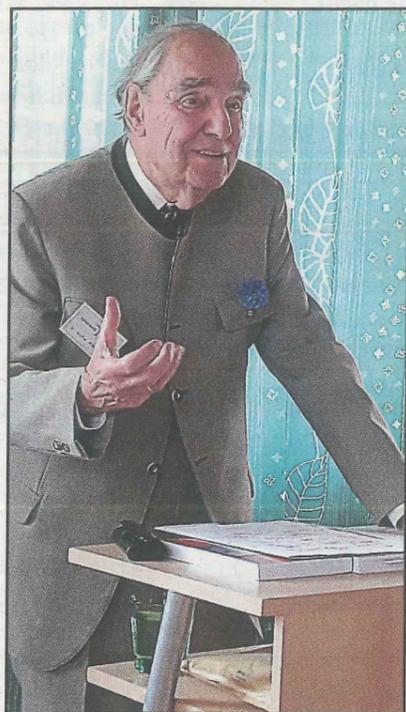
Kontoinhaber _____

Datum, Unterschrift _____

Ein streitbarer Rechter wurde 90

Walter Marinovic, der über ein Vierteljahrhundert lang den Aufmacher der Kulturseite der „Aula“ verfasste („Kulturscheinwerfer“; „Lieben Sie Kunst?“), ist mit diesen und zahlreichen anderen streitbaren Beiträgen zu einem der bekanntesten rechten Kulturkritiker im deutschen Sprachraum im Allgemeinen und im patriotischen Lager im Besonderen aufgerückt. Der gebürtige Wiener mit kroatischen Wurzeln vollendete am 8. August sein 90. Lebensjahr.

Er zählt – wie es der Doyen der „Aula“, Otto Scrinzi, einmal ausdrückte – „zu jenen leider immer seltener werdenden Männern, bei denen man den Zeiger der Zeit gerne anhalten würde, dem ebenso sachkundigen wie kämpferischen Verteidiger der heute als anachronistisch, ja obsolet gewordenen Werte deutscher und abendländischer Kultur, dem gehen zehn auf ein Lot“. Seinen zahlreichen Lesern, Zuhörern seiner mit hinreißender Beredsamkeit gehaltenen Vorträge – ein Wanderprediger quer durch sein deutsches Vaterland –, seinen Mitarbeitern und Freunden bleibt der Trost, dass ihm 90 Jahre nichts anhaben konnten, und sein Feuer, seine schöpferische Kraft und sein unerschrockener Einsatz im Kampf gegen die politisch korrekten



Dr. Walter Marinovic hielt seit Beginn seiner Vortragstätigkeit, die er nach Eintritt in den (Un-)Ruhestand 1990 aufgenommen hatte, mittlerweile über 500 Vorträge vor Patrioten und kulturbeflissenem Publikum im gesamten deutschen Sprachraum. Als 90-Jähriger tritt er nun kürzer und genießt zusammen mit seiner Frau seinen Lebensabend in Wien und im Waldviertel.

Gutmenschen und alle linken Kulturverderber ungeboren ist.

Über viele Jahre als Obmann des Verbandes unabhängiger Professoren ein Vorkämpfer für den Erhalt des humanistischen Gymnasiums guter altösterreichischer Tradition gab der promovierte Germanist und Altphilologe vielen Schülern, worunter sich auch der spätere Bundeskanzler Werner Faymann befand, Begeisterung und Liebe für die Größe der klassischen und die Tiefe und Schönheit der deutschen Literatur fürs Leben mit. Seine Vortragskunst erreichte Burgtheaterqualität, und ebenso meisterlich vermag er Nestroy wie Weinheber darzubieten. Der Kulturkenner und Sammler vor allem sakraler Kunst veröffentlichte mittlerweile über ein Dutzend Bücher.

Dem Kulturwerk Österreich dient er seit 27 Jahren im Vorstand und ist dort ein unverzichtbarer Ideengeber. Aus der langjährigen Zusammenarbeit („Aula“, Kulturwerk) entwickelte sich eine unverbrüchliche Freundschaft. Für viele hundert Besucher sind seine Beiträge und Auftritte zu einem beglückenden Erlebnis geworden. Walter Marinovic, der bereits mit 15 Jahren Soldat wurde, dem tschechischen Aufstand

LAUT LINKEN IST MARINOVIC ÖSTERREICHS AKTIVSTER KULTURKÄMPFER.

in Prag am 5. Mai 1945 nur knapp entkam und als Jugendlicher in US-Gefangenschaft die „Segnungen der Befreiung“ erleben durfte, nahm vor etwa anderthalb Jahrzehnten das Band der Salzburger Burschenschaft Germania auf und bekundete damit seine Verbundenheit mit dem deutsch-freiheitlichen Gesinnungskreis.

Huttenpreisträger 2016

Die Schriftleitung der „Neuen AULA“, das Kulturwerk Österreich und der Verfasser wünschen dem nach wie vor geistig und körperlich rüstigen Jubilar, der im Jahre 2009 einen viel beachteten Vortrag im Parlament an der Wiener Ringstraße hielt und 2016 die „Ulrich-von-Hutten-Medaille“ der Gesellschaft für freie Publizistik (GfP) erhielt, viel Gesundheit, Wohlbefinden und Schaffenskraft an der Seite seiner Frau und im Reigen seiner enkelgesegneten Familie. Ad multos annos!
Martin Pfeiffer

Visum im Vergleich zum Schlauchboot

Ein wahres Volksfest ist es mir, ab Oktober 2019 für die „Neue AULA“ schreiben zu dürfen. Und ich beginne mit einer Geschichte, die ich in den vergangenen Wochen selbst erlebt habe.

Seit Anfang 2019 lebe ich in Tansania und nach Österreich komme ich nur noch, wenn ich eine Reparatur benötige (Krankenhaus) oder heiraten möchte. Sie haben richtig gelesen: heiraten! Hier muss ich jedoch gleich vorweg anführen, dass ich ein Anhänger der Theorie bin: „Afrika den Afrikanern und Europa den Europäern“. Die Vorbereitungen für die Hochzeit gestalteten sich allerdings als Spießrutenlauf. Hier muss ich erklären, dass es sich bei meiner zukünftigen Gattin um eine gebildete Frau mit „Master Degree“ der Universität von Dar-es-Salaam handelt. Dies eingangs zu erklären, ist wichtig.

Im April 2019 erkundigten wir uns, welche Papiere meine Verlobte und ich benötigen, um in Österreich zu heiraten. Ehrlich, wie nur Deppen aus dem Innviertel sein können, gab ich an, dass wir ein Visum für Aziza, meine Zukünftige, brauchen, weil wir in Österreich heiraten wollen und ich ihr meine Heimat zeigen möchte, wir es sonst jedoch vorziehen, auch weiterhin in Tansania zu leben. Wer will schon die Winter in Europa? Zuständig für ein Schengenvisum ist die Belgische Botschaft in Dar-es-Salaam. Österreich hat keine Vertretung in Tansania. Wobei dies nur für Visa gilt. Beglaubigungen für Österreicher hingegen führt die Schweizer Botschaft durch.

Erste Vorsprache

Als wir zum ersten Mal im Belgischen Konsulat vorsprachen, meinte eine etwas ältere, schwarzhaargefärbte Dame europäischen Ursprungs, dass das ja nun einmal völlig unmöglich sei. Ob sie sich unter fadenscheinigen Vorwänden ein Visum erschleichen wolle, damit sie dann in Europa bleiben könne? Diese vorgetäuschte Heirat diene

nur einer Scheinehe. Unser perplexer Einwand, dass wir uns schon seit 2012 kennen würden und nun beschlossen hätten, endlich zu heiraten, wurde weggewischt wie ein lästiger Furzgeruch. Auch der Hinweis, dass zuhause die zweieinhalbjährige Tochter auf uns warte, fruchtete nichts. Viele Mütter hätten schon ihre Kinder verlassen, wurde eingewendet. Mir war neu, dass europäische Beamte den Bürgern vorschreiben, wen sie heiraten dürfen und wen nicht.

Freunde

Freunde in Österreich flüsterten mir zu, doch um Gotteswillen nicht so ehrlich zu sein, ein Visum zu wollen, um zu heiraten. Ein einfaches Touristenvisum wäre bei weitem nicht so kompliziert. Also änderten wir die Strategie und suchten um ein Touristenvisum an. Ich flog zum dritten Mal nach Österreich, um die Papiere zu organisieren, weil man ja nachweisen muss, dass man es sich leisten kann, die nunmehr nur noch Freundin einzuladen.

Als wir dann alle nötigen Papiere zusammenhatten, wagte Aziza sich wieder zur Belgischen Botschaft. Um jedoch überhaupt ansuchen zu dürfen, benötigt man auch eine Flugbuchung. Bucht man den Flug allerdings fix, verliert man viel Geld, weil ja nur der Liebe Gott und seine Beamten wissen, ob man das Visum auch bekommt. So war ich insgesamt fünf Mal bei der Fluglinie in Wien, um ein provisorisches Ticket zu buchen, das aber nur für drei Tage gültig war, die Botschaft

aber 15 Tage für das Visum benötigte.

Vorletztes Mal

Als Aziza zum vorletzten Mal vorsprach, hatte sie wieder alle nötigen Papiere mit und es war 11:03 Uhr vormittags. Zu spät, ätsch! Pech gehabt, hieß es. Übermorgen wieder, weil morgen haben wir ja geschlossen. Beim letzten Mal waren wir schon dabei aufzugeben, als man Aziza zuflüster-

te, dass ich, der nur noch Freund, einige Fotos aus den Jahren 2012 und 2013 per Email an das Konsulat schicken solle, mit welchen wir beweisen könnten, dass wir uns schon seit damals kennen. Ich tat es an einem Donnerstagnachmittag. Unglaublich, am Dienstag darauf, nach fünf Monaten, hieß es plötzlich: „Heureka! Ich habe das Visum im Reisepass!“



Wolfgang Rinner, Afrika-Korrespondent der „Neuen AULA“.

Allerdings versehen mit einem „Post It“, welches da handgeschrieben lautete: „Report back!“ Das heißt, die Dame der Belgischen Botschaft will kontrollieren, ob Aziza auch zurückgekehrt ist. Wir werden uns zurückmelden und dann gehen wir als verheiratetes Paar dorthin. Und ich mach Lärm! Ach, wie ich das mag!

Was ist nun die Moral von dieser Geschichte? Das nächste Mal schicke ich Aziza mit dem Flugzeug nach Libyen, setze sie in ein Schlauchboot und lasse sie in Küstennähe von einer NGO, oder vielleicht sogar von einer Rackete persönlich, retten. Da wäre sie dann wahrscheinlich früher in Wien als ich. Wobei ich mir nicht sicher bin, ob Absolventen einer Universität überhaupt gerettet werden und ob es sich nicht doch ausschließlich um Schaf- und Ziegenhirten handelt, die „gerettet“ werden.

Die Wahrheit über Wielun

Im Rahmen des tendenziösen Gedankens an den Kriegsausbruch vor 80 Jahren wurde unter anderem auch die Bombardierung der polnischen Stadt Wielun gebrandmarkt. Der Ort nahe der schlesischen Grenze war in den Morgenstunden des 1. September 1939 Angriffsziel deutscher Sturzkampfbomber. Rund 1.200 Menschen kamen ums Leben, der Ort selbst wurde samt Krankenhaus zerstört. Der Angriff auf die Stadt sei ein Terrorangriff und „grausame Barbarei“ gewesen, behauptet Polens Staatspräsident **Andrzej Duda**. Wielun sei militärisch unbedeutend gewesen, fügt das Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ hinzu. Nach Einschätzung des Historikers **Tadeusz Olejnik** könnte es sich sogar um einen gezielten Angriff auf die jüdische Bevölkerung gehandelt haben. Mehr als ein Drittel der damals 16.000 Einwohner waren Juden.

Wort des Historikers

Seriöse Geschichtswissenschaftler kommen zu einem gegenteiligen Ergebnis. Der Historiker **Horst Boog** (1928–2016), der international als einer der kompetentesten Fachleute zum Thema „Europäischer Luftkrieg zwischen 1939 und 1945“ gilt, dokumentiert, dass „der Angriff einer polnischen Kavalleriebrigade sowie einer polnischen Infanteriedivision galt, welche die deutsche Luftaufklärung am Vortag in der Stadt entdeckt hatte“. Dies ist insofern bedeutend, als ein Stuka-Angriff auf eine mobile Brigade eigentlich als eine der Kernaufgaben der Waffengattung gesehen werden muss: Die Zerstörung der hochmobilen Kavalleriebrigade macht plötzliche Angriffe auf die Flanken der deutschen Angriffsspitzen unwahrscheinlich. **Boog** schließt aus den Berichten der Stuka-Ge-

schwader 76 und 77, dass die Angriffe diesen Formationen galten und dass die Bombardierung fehlschlug, und „zwar auf Grund dichten Bodennebels“.

Peter C. Smith stellt klar

Der britische Historiker **Peter C. Smith** beschreibt das Bombardement als „Kollateralschäden im Zuge von Luftunterstützungsangriffen für den Vormarsch der Wehrmacht, bei denen die Bomben ihre eigentlichen Ziele verfehlten“. Noch mehr zu sagen hat der polnische Historiker **Jerzy B. Cynk** (1925–2016). Der Autor von „The Polish Air Force



Das zerbombte Wielun, unbekannter Fotograf.

at War. The official history 1939–1943“, Bd. 1, Atglen, Pennsylvania, 1998, schreibt: „Eine Vielzahl direkter Unterstützungsangriffe wurden [von der Luftwaffe] geflogen, die stärksten Angriffe konzentrierten sich auf polnische Kavallerie- und Truppenkonzentrationen nahe Wielun. (...) Die Wetterbedingungen während des ganzen Tages waren ungünstig, mit Sichtweiten [in der Luft] von weniger als einem Kilometer und einer geschlossenen Schicht aus Bodennebel bis circa 50 Meter Höhe. (...) Auf ihrem Rückflug wurden vier Ju 87 Stukas vom in der Nähe stationierten 36. polnischen Infanterieregiment abgeschossen.“

Sachkundige Historiker kommen demnach aufgrund von Primärquellen, also der tatsächlichen Wissenslage der Akteure zur Zeit der Bombardierung, zu dem Schluss, dass es sich beim Angriff auf Wielun um reguläre Bodenunterstützungsmissionen zur Bekämpfung von der Aufklärung entdeckter feindlicher Truppenkonzentrationen handelte. Der Abschuss der vier Sturzkampfbomber alleine widerlegt bereits jedwede Behauptung, dass es in und um Wielun keine polnischen Truppen gegeben habe. Der dichte Bodennebel hingegen gibt somit jegliches Beharren auf der Terrorbombardement-These der Lächerlichkeit preis. Von einem

bewussten Angriff auf zivile Ziele kann keine Rede mehr sein, da wegen des dichten Bodennebels die gesamte Stadt quasi unsichtbar gewesen sein muss. Ziele wie das Krankenhaus konnten weder bewusst

verschont noch bewusst attackiert werden! Die weitflächigen Zerstörungen in Wielun sind indes viel einfacher zu erklären: Kein Stuka-Pilot, der noch alle Tassen im Schrank hat, wäre mit voller Bombenladung zurück durch feindliches Gebiet geflogen, um wieder auf seinem Feldflugplatz zu landen. Weitaus plausibler ist es anzunehmen, dass nach einem Flug primär nach Instrumenten, nicht nach Sicht, die Bombenlast über dem ungefähren Zielgebiet ausgeklinkt wurde. Die Angriffe auf Wielun waren also legitime militärische Operationen und keineswegs geplante Terrorangriffe.

Fred Duswald

Eine Monarchie für deutsche Länder?

„Monarchie ist das einzige System, in dem die Macht zum Wohl aller ausgeübt wird“, so **Aristoteles**. **Joseph Joubert** schreibt in „Gedanken, Versuche und Maximen“: „Die herrschen wollen, lieben die Republik, die gut beherrscht sein wollen, lieben nur die Monarchie.“ Natürlich sind es nicht immer die besten Monarchen gewesen, die ein Land regierten, aber **Paul de Lagarde** bietet uns seine Antwort darauf, indem er meint: „Ich gehorche lieber einem Löwen als zweihundert Ratten. Die erbärmlichste Sorte sind die Schelme, welche die Welt mit ihrem Tintenfass regieren. Selbst ein Despot hat immer noch gute Augenblicke, eine Versammlung von Despoten aber hat diese Augenblicke nie.“ Soweit Stimmen zur absoluten Monarchie, die im heutigen Europa nicht mehr vorstellbar ist.

So manch einer, und nicht nur ein Konservativer, schaut mit Begeisterung auf die Staaten, wo es noch Monarchen gibt. Die hohen Fernseh-Einschaltquoten bei adeligen Hochzeiten zeigen das überdeutlich.

Inwiefern wäre eine parlamentarische Erbmonarchie etwas für unsere deutschsprachigen Länder?

Ein Bundespräsident kommt aus einer Partei und präsentiert das Bür-

gervolk ja hauptsächlich im politischen Bereich. Dagegen ist ein Monarch meist eine Identitätsfigur für alle seiner Bürger, egal welcher Schicht und politischen Richtung. Er steht zwar auch für politische Haltungen, aber eben auch besonders für Familie, Kultur und Tradition. Der Monarch wird zum Sinnbild der Beständigkeit eines Landes.

Ganz gleich, wie man zu diesen Worten steht, sollte man sich die Frage stellen, worin sich dieses mehr oder minder zutage tretende „Gottesgnadentum“ begründet.

Seit Papst **Pius XI.** 1925 das Christkönigsfest einführt, wird dieser Festtag traditionsgemäß am letzten Sonntag im Oktober feierlich begangen. Es verwundert doch sehr, dass **Pius XI.** dieses Ehrenfest einführt, als in vielen Ländern die Monarchie abgeschafft war oder auf wackeligen Beinen zu stehen schien. Der Papst setzte damit ein deutliches Zeichen, welches sicherlich auch eine tröstliche Geste für die „abgesetzten“ Monarchen war.

Die christlichen Monarchen verstanden sich stets als eine Art „Stellvertreter Christi“. Der Philosoph **Thomas von Aquin** untermauerte diesen Anspruch, indem er sagte, dass alle Autorität von Gott komme.

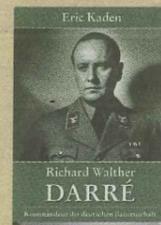
Elmar Lübbers-Paal



Joachim Fernau
Und sie schämten sich nicht
Die Liebe in der Geschichte
Eine scharfsinnige und humorvolle Bestandsaufnahme der Beziehung von Mann und Frau in unserem Volk über zwei Jahrtausende.
282 Seiten, gebunden.
Best.-Nr. 12032 € 15,90



Julius Evola
Menschen inmitten von Ruinen
Eine Kritik der Moderne und Rückbesinnung auf Werte, Eliten und Gemeinschaft.
406 Seiten, gebunden.
Best.-Nr. 12177 € 22,90



Eric Kaden
Richard Walther Darré
Kommandeur der deutschen Bauernschaft
Eine biographische Studie.
576 Seiten, viele farb. Abb., gebunden.
Best.-Nr. 11983 € 34,80



Deutscher Kalender 2020
Motive aus Volkstum und deutscher Geschichte.
14 Blatt, Format: 21 cm x 24 cm,
Best.-Nr. 50009 € 9,90



Gerhild & Petra Müller
Unsere Namen
Große Sammlung deutsch-german. Vornamen für Jungen und Mädchen
272 Seiten, Illustrationen, Leinenband im Großformat.
Best.-Nr. 10221 € 24,80



Heinz Linge
Bis zum Untergang
Als Chef des Persönlichen Dienstes bei Hitler
318 Seiten, viele Fotos, gebunden.
Best.-Nr. 10921 € 18,90



Wade Krawczyk / Bert Jansen
Gebirgsjäger - Uniformen der deutschen Gebirgsgruppe 1939-45
Kleidung, Phaleristik und Biographien herausragender Soldaten.
128 Seiten, viele farb. Abb., gebunden im Großformat.
Best.-Nr. 11125 € 29,80



Deutscher Militärkalender 2020
Soldaten und militärische Motive aus dem Zweiten Weltkrieg.
14 Blatt, Format: 21 cm x 24 cm,
Best.-Nr. 50013 € 9,90

DEUTSCHER BUCHDIENST/WINKELRIED-VERSAND
POSTFACH 160233 · 01288 DRESDEN
TELEFON: 034 32 / 163 68 74 · Telefax: 034 32 / 163 68 75
E-POST: INFO@DEUTSCHER-BUCHDIENST.COM

Mehr Bücher, Kalender, DVD + CD's auf:
WWW.DEUTSCHER-BUCHDIENST.COM

Linker Stalinterror, erzählt mit den Augen eines Kindes

Die russische Schriftstellerin **Ljudmila Petruschewskaja** erzählt von ihrer eigenen Kindheit.

Die Autorin wird 1938 in eine Familie bolschewistischer Intellektueller geboren. Sie lebt mit ihrer Familie eine Zeitlang im vormals vornehmen Moskauer Hotel Metropol. Schmucklos breitet sich die Geschichte aus. Es ist die Geschichte des sozialistischen Terrors internationaler Prägung, **Stalin** und die Unmenschlichkeit.

Ljudmila Petruschewskajas Urgrossvater, **Ilja Wegner**, den alle nur **Dedja** nannten, war ein verdienter Bolschewik. Ab 1921 bewohnte er ein Zimmer in dem zu einem Wohnheim umgemodelten Hotel Metropol. „**Dedja** wurde von einem Lastkraftwagen überfahren, eine häufige Methode der Hinrich-

tung“, ist die trockene Schilderung des Stalinterrors.

Nur kurze Zeit verbringt sie in einem Kindergarten. Heimlich essen

Ljudmila Petruschewskaja
Das Mädchen aus dem
Hotel
Metropol



€ 24,00 €[A] 24,70
ISBN: 978-3-89561-668-6

Ljudmila Petruschewskaja „Das Mädchen aus dem Hotel Metropol“-Roman einer Kindheit in der UdSSR. Schoeffling-Verlag.

die Kinder Kleister vor Hunger. Wenn die Tante Kartoffelschalen mit nach Haus bringt, ist ein Festtag. Die Jahre des Krieges sind Jahre der Entbehrung.

Von der jungen Mutter verlassen, drängt es sie zu einem Leben in Freiheit. Wie **Édith Piaf** singt sie auf Höfen Lieder, erzählt Geschichten und spielt bettelnd **Oliver Twist**. Der sozialistische Terrorstaat versucht den unbändigen Freiheitswillen in Erziehungsheimen zu brechen. Doch es gelingt den regimehörigen Erziehern nicht, sie zu brechen.

Es wird für sie trotz allem die Zeit des Lernens, des Überlebenswillens, der Stärke durch Phantasie und Geschichten – alles Grundlagen für **Ljudmila Petruschewskajas** Weg als Schriftstellerin.

Waren die Geschwister Scholl zu unkritisch?

Wolfgang Benz

IM WIDERSTAND

Größe und Scheitern der Opposition gegen Hitler



„Im Widerstand“ von **Wolfgang Benz**, € 32,00, 556 Seiten mit 39 Abbildungen, Hardcover, C.H.Beck ISBN: 978-3-406-73345-1

Ein fanatisch zu nennender Antisemitismusforscher, **Wolfgang Benz** vereinheitlicht in seinem Buch „Im Widerstand. Größe und Scheitern der Opposition gegen Hitler“ (München 2019) in ambitionierter Art den Widerstand gegen das NS-Regime. Es fällt bei seinen verschrobenen Kriterien am Ende sogar die „Weiße Rose“ um die Geschwister **Scholl** durch. Die Mitglieder der „Weißen Rose“ versuchten nämlich, in ihren Flugblättern die jüdenfeindliche Staatspropaganda durch die Verhöhnung von „nationalsozialistischem Untermenschentum“ zu konterkarieren.

Doch genau diesen Begriff des „Untermenschen“ (den übrigens der ehrenwerte **Winston Churchill** mit Blick auf die Bolschewisten als erster verwendet hat) nimmt **Benz** der „Weißen Rose“ übel. Denn durch „unkritischen“ Gebrauch des Un-

words hätten sie, so **Benz**, offenbart, dass aus ihnen „die traditionelle und weiter nicht reflektierte Reserve gegenüber Juden als Angehörigen einer Religion, die verstockt die Heilslehre der Erlösung durch **JESUS CHRISTUS** ablehnten“, spreche.

Wie es der Historiker **Stefan Scheil** in seiner Rezension des **Benz**-Buches ganz trefflich formulierte: „Um dies so falsch zu deuten, muss man schon in einer ganz eigenen Welt leben.“ Man könnte auch sagen: „Dass in der BRD mittlerweile ‚Matto regiert‘ [ein Roman des Schweizer Autors **Friedrich Glauser**, zu Deutsch etwa: ‚Der Wahnsinn regiert‘], schlägt sich eben auch in der Wissenschaft nieder, die zum Instrument der Herrschenden verkommen ist.“ Lesen Sie auch Seite 20, „Hauptsache Widerstand“ von **Mario Kandil**.

Feldpostkarten

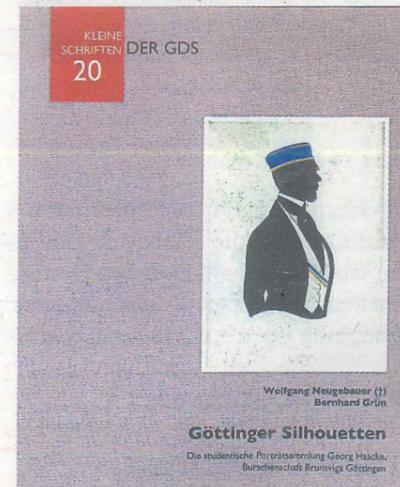
Als Nr. 21 in der „Reihe Kleine Schriften der Gemeinschaft für Studentengeschichte (GDS)“ erschien kürzlich das von **Helge Kleinfeld, Bernhard Grün und Marc Zirlewagen** bearbeitete handliche Heft „Feldpostkarten“.

Es handelt sich dabei um eine Feldpostüberlieferung der Turnerschaft Philippina Marburg aus dem Ersten Weltkrieg. Das 67-seitige Werk enthält zahlreiche Feldpostkarten und Fotos aus dem Ersten Weltkrieg, die einen tieferen Einblick vom Geschehen an der Front geben. Philipper verschlug es an fast alle Schauplätze des Krieges: Von den 296 in den ersten beiden Kriegsjahren Eingesetzten waren 1916 noch 192 am Krieg beteiligt, wobei in den Jahren 1914–1918 43 Philipper als gefallen oder vermisst und mindestens 83 als verwundet gemeldet wurden; acht kamen in Gefangenschaft. Feldpostkarten aus Konstantinopel und Damaskus beweisen, dass es Philipper auch und sogar in den Machtbereich

des Osmanischen Reiches verschlug.

Das Werk enthält spannende Soldatenberichte über Kriegserlebnisse und zufällige Zusammentreffen mit Bundes- und Verbandsbrüdern. In den Rubriken „Eindrücke vom Krieg“ und „Grausamkeiten des Krieges“ wird dem Leser ein tiefer Einblick in Alltag und Schrecken des gewaltigen Völkerringens gegeben. Dass es sich bisweilen auch sehr gut im Felde leben ließ, darüber berichtete der Philipper **Hermann Koetzold** Ende 1916 aus Bulgarien: „Wir haben Überfluss an Fleisch, jeden Tag essen wir drei Offiziere und auch die Mannschaften gebratene Hähnchen, Enten, Gänse, Kalbs- oder Schweinefleisch, Butter, Gänseschmalz, Honig. Andererseits fehlt uns manches, wie vor allem der geliebte Alkohol. Hin und wieder bekommt man ja ein Fläschchen mit der Post, aber das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein.“

Das Buch (ISBN 978-3-939 413-34-9) gibt diverse Eindrücke aus



Das 134-seitige Buch (ISBN 978-3-939 413-33-2) ist für 16 Euro über den Essener Verlag akadpress (0049/201/43 55 41-00; per Fax -01; info@akadpress.de) zu beziehen.

Göttinger Silhouetten

In der Reihe Kleine Schriften der Gemeinschaft für Studentengeschichte (GDS) erschien jüngst unter der Nr. 20 das von **Wolfgang Neugebauer** (†) und **Bernhard Grün** bearbeitete Buch „Göttinger Silhouetten“.

Es geht dabei um die studentische Porträtsammlung **Georg Haacke** von der Burschenschaft Brunsviga Göttingen, wobei nicht nur 71 Silhouetten abgebildet sind – hierbei handelt es sich laut Mitherausgeber **Grün** nicht nur um „einen individuellen Querschnitt der persönlichen Freunde des von ihnen bedachten **Georg Haacke**“, vielmehr weist die Schar der Abgebildeten „zugleich Besonderheiten auf, die sich aus dem damaligen zeitgeschichtlichen Zu-

sammenhang der Betreffenden ableiten lassen“ –, sondern auch ausführliche Lebensläufe der Dargestellten. 35 der Porträtierten gehörten zu den Mitbegründern der Göttinger Burschenschaft Brunsviga, mindestens 13 wiederum zum burschenschaftlichen Umfeld, einer zu einem Göttinger Corps und 22 waren zu diesem Zeitpunkt korporationslos. Die Masse der Abgebildeten stammte aus dem Königreich Hannover und dem Herzogtum Braunschweig. Am Ende des Werkes sind die genauen Herkunftsorte der Gezeigten notiert, wobei auch der Name **Sarrazin** auftaucht. Dieses Buch ist eine akribische Aufarbeitung eines Teils des studentischen Lebens im Göttingen des 19. Jahrhunderts.



Ein Buch mit Fotos aus dem Ersten Weltkrieg: die Turnerschaft Philippina Marburg.

dem Ersten Weltkrieg im Allgemeinen und Erlebnisse der Philipper aus dieser Zeit im Besonderen wieder und ist für zwölf Euro über den Essener Verlag akadpress (0049/201/43 55 41-00, per Fax -01; info@akadpress.de) zu beziehen.

Liebe Leser!

Die Redaktion der „Neuen AULA“ freut sich über jeden Leserbrief! Wir wissen, wie wichtig und gut informiert unsere Leser sind. Bitte teilen Sie mit uns Ihr Wissen über Politik, Wirtschaft, Sport, Kultur...

Wir bitten um Verständnis, dass nur Einsendungen, die uns bis zehn Tage vor dem nächsten Drucktermin erreichen, auch wirklich in der nächsten Ausgabe abgedruckt werden können. Einsendungen, die uns später erreichen, können erst in der darauffolgenden Ausgabe publiziert werden.

Schreiben Sie an unsere Redaktion!

Anschrift:
Redaktion Neue AULA
Kleinzell 2
4115 Kleinzell
Österreich
Telefon: +43 (0) 7282 5797
Email: office@neueaula.com

Redaktion Neue AULA
Postfach 75
94110 Wegscheid
Deutschland

Danke für Ihre Mitarbeit!

Ja, das Beste!

Ihre „Aula“ ist ja die Beste! Was in Europa gibt's noch zum Lesen? Herzliche Grüße aus Brasilien.

Nisof Sofran
per email

Alles Gute!

Mit Vergnügen habe ich vernommen, dass sie sich der Aufgabe gewidmet haben, die „Aula“ wieder erstehen zu lassen. Nachdem Herr DI Sickl im Auftrag der FPÖ als Ersatzpostille seine „Freilich“ aus der Taufe hat heben lassen, hat mich Ihr Versuch doch angenehm überrascht.

Zwei Zeitungen an das gleiche, doch sehr eingeschränkte Publikum zu richten, kann auf die Dauer nicht gut gehen, ich wünsche Ihnen, dass Sie mit Ihrem Produkt überleben können.

Wolfgang Hausmann
A- 2700 Wiener Neustadt

Selbstverständlich

Selbstverständlich werde ich Abonnet Ihrer „Neuen AULA“.

DDr. Werner Königshofer
A- 6112 Wattens

Klarheit erbeten

Grundsätzlich bin ich nicht uninteressiert an einer parteifreien patriotischen Nachrichtenquelle aus Österreich. Hier fängt aber mein Problem an: der journalistische Standard der alten Aula war in den vergangenen Jahren nicht erfreulich. Viele interessante Sachverhalte wurden angesprochen, aber, wann immer interessante Zitate recherchiert werden sollten, fehlten alle belastbaren Angaben zum Zeitpunkt der Äußerung und zu Quellen, woher dieses Zitat stammt.

Damit waren die Aula-Informationen nicht im Umgang mit skeptischen Zeitgenossen brauchbar, da keine

Vorbilder nötig

Zunächst danke ich Ihnen für den Hinweis auf die neue Zeitschrift, für die Sie die politische Verantwortung übernommen haben. Zum anderen haben Sie sich entschlossen, als Herausgeber die politische Linie vorzugeben. Das wird in einer politischen Zeit – und diese wird allerhand an Überraschungen bringen – viele Vorbilder benötigen. Dabei wird es sicher auch Chancen für unser Volk bieten und Möglichkeiten zu seiner Rückkehr in die europäische Geschichte.

Ich werde überall, wo ich kann, für die „Neue AULA“ werben.

Dr. Rolf Kosiek
per email

Hurra!

Hurra, dass es Euch bald wieder geben wird. Viel Erfolg und gutes Gelingen! Das „Aula“-Nachfolgemagazin habe ich natürlich nicht bestellt, obwohl mich Sickl als Bundesbruder extra aufgefordert hatte. Ich bin nämlich auch Burschenschafter, doch gilt für mich (noch) die „Unschuldsumutung“!

Dr. Herbert Michner (97)
emerit. Rechtsanwalt
Major und Sotnik der Donkosaken a.D.
A- 1170 Wien

Die Redaktion der „Neuen AULA“ bittet um Ihre Unterstützung! Bitte berichten Sie uns Ihre Erlebnisse als Leserbrief. Schicken Sie uns Unterlagen und Bilder. Nur mit Ihren Informationen können wir eine schlagkräftige „Neue AULA“ gestalten!

Unsere Anschrift links im roten Kasten.

Allgemeine Schulpflicht einst & moderne Pädagogik heute

Sogar im Fernsehen wird behauptet, dass vor 100 Jahren die Grundschule eingeführt wurde. Wie unwissend doch selbst die pädagogischen „Fachleute“ sind!

Vor 100 Jahren wurde in Preußen die allgemeine Schulpflicht, die Volksschulen mit acht Jahrgängen, eingeführt. Das war eine Errungenschaft, die noch keineswegs alle Länder besaßen. Alle Kinder, unabhängig vom Elternhaus, lernten nun die Grundrechenarten, die Rechtschreibung, erhielten eine Lesefähigkeit und ein Wissen um ihre Heimat. Nach Abschluss der Volksschule waren die Schüler befähigt, eine Lehre zu beginnen und abzuschließen, eventuell den Meisterbrief zu erwerben, sogar eigene Geschäfte und Firmen zu gründen. Schüler, die nach dem vierten Schuljahr zu einem Gymnasium oder einer Mittelschule wechseln wollten, muss-

ten eine Eignungsprüfung ablegen. Die Volksschulen waren kostenfrei für alle, die Gymnasien kosteten Schulgeld.

Erst Ende der 1960er Jahre des letzten Jahrhunderts begann man in Westdeutschland, das deutsche Schulwesen umzugestalten. Die Volksschule wurde zugunsten der Grundschule (vier Jahre) und der Hauptschule (fünf Jahre) abgeschafft. Die Aufnahmeprüfung zum Gymnasium oder zur Realschule wurde ebenfalls abgeschafft.

Nun begann man auch in der Grundschule, jedenfalls in Nordrhein-Westfalen (NRW), zu experimentieren: Man führte im Fach Deutsch die „Ganzheitsmethode“ ein – und verwarf sie schließlich, man führte im Rechnen die „Mengenlehre“ ein – und verwarf sie wieder, Rechtschreibung erst ab dem dritten Schuljahr scheint noch nicht ganz aus der

Mode zu sein. Aus dem Fach „Deutsch“ wurde das Fach „Sprache“ und aus dem Fach „Heimatkunde“ wurde das Fach „Sachkunde“.

Die früher bekannten Strafen wie „Nachsitzen“ oder „Strafarbeit“, „Eintragung ins Klassenbuch“ sind aus den Richtlinien ersatzlos gestrichen worden. Die Grundschulen sind nun nicht mehr Vormittagsschulen, sondern Ganztagschulen, so dass stetig neben den Lehrern auch Sozialpädagoginnen tätig sind. Schließlich sind Grundschulen in NRW durch die Aufnahme von vielen ausländischen Schülern, die die deutsche Sprache nicht beherrschen, überfordert. Es herrscht Mangel an Lehrkräften und Schulleitern. Soweit zum 100-jährigen Jubiläum der Grundschule!

Barbara Berger
Rektorin a. D.
D- 44263 Dortmund

Am **26. Oktober** findet wieder der **Marsch der Patrioten in Wien am Michaelerplatz ab 14 Uhr statt:**

Redner:
Alfons Adam
Georg Zakrajsek
Christian Zeitz
Georg I. Nagel

www.marschderpatrioten.at

Bitte unbedingt auf der Internetseite nachsehen, weil die Behörde eventuell Änderungen von Ort und Zeit vorschreibt.

Freude

Euer Entschluss, die „Aula“ wiederzubeleben, freut mich sehr – und bin ich ab sofort wieder Abonnent.

Dr. Horst Ludwig
per email



Wohnungen für Studenten, Akademiker und Senioren

+43 (0) 699 1160 3056

Fischeraustraße 13 | 8051 Graz | www.hausverwaltung-strohmeier.at | ks@medcenter-nord.at

Liebe Leserin, lieber Leser!

Als Medieninhaber freue ich mich, die „Neue AULA“ einer breiten Leserschaft vorzustellen. Die „Neue AULA“ richtet sich an ein konservatives nationales Publikum.

Bewusst reihe ich meinen Kommentar unter die Leserbrief-Schreiber ein. Das Wort unserer Leserinnen und Leser ist mir sehr, sehr wichtig. Die „Neue AULA“ ist das Forum für die Leser. Für sie leiste ich die Arbeit und daher hat das Wort der Leser in der „Neuen AULA“ großes Gewicht. Ich freue mich auf alle Ihre Zusendungen, Informationen und Anregungen.

Für den beobachtenden Staatsschutz stelle ich deutlich fest: Ich bin ein konservativer, bürgerlicher Katholik. Ich war nie ein Sozialist, weder ein linker Internationaler noch ein linker Nationaler. Die Zerstörer der Freiheit waren **Josef Stalin, Mao Zedong, Pol Pot, Kim Il-sung, Adolf Hitler** und viele andere Sozialisten. Heute heißen sie **Nicolás Maduro (Venezuela), Miguel Díaz-Canel (Kuba) und Xi Jinping (Volksrepublik China), Angela Merkel, George Soros** und viele mehr.

Ihnen allen war und ist die Zerstörung der christlich geprägten Familien eines der vorrangigsten Ziele. An diesem Maßstab muss ich leider feststellen, dass wir heute in Zentraleuropa in einer sozialistischen Gesellschaft angekommen sind, die unseren Wohlstand, unsere Freiheit und unser Leben in den kommenden Jahren nachhaltig und mit Absicht an den Rand des Abgrundes treiben wird. Die linken internationalen Sozialisten treten heute als die Globalisierer auf. In ihren Wolkenkratzern im Silicon Valley und in den Regierungsbüros in Peking träumen sie von der total geplanten Wirtschaft mit Hilfe von Quantencomputern, der vollkommenen Überwachung der Bürger mit Kameras im öffentlichen Bereich (46.000 Kameras nur in Peking) und mit virtuellen Assistenten, wie Amazons „Alexia“ (100 Millionen verkaufte Geräte) bis ins Schlafzimmer.

Gegen diese „Schöne neue Welt“ (Roman von **Aldous Huxley**) trete ich frohgemut an. Meine Waffen sind das freie nationale Denken und das freie deutsche Wort. Ich hoffe, auch Sie ziehen diese Waffen und stärken die „Neue AULA“ mit Ihren Leserbriefen, mit Ihren Informationen und nicht zuletzt mit Ihrer großzügigen finanziellen Hilfe. Mit Geld und Idealismus können wir gemeinsam der „Neuen AULA“ eine Zukunft geben! Ihr



Albert Engelmann, Medieninhaber, Chefredakteur

Hat Michael Köhlmeier so etwas nötig?

In der ZIB1 am 4. Mai 2018 wurde ein Ausschnitt aus der Festrede **Michael Köhlmeiers** gebracht, die er bei der Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus hielt. Er sagte, es sei ungläubig, wenn sich die FPÖ als Beschützerin der Juden aufspiele und gleichzeitig die „rechtsextreme Aula“ unterstütze, in der befreite KZ-Häftlinge als „Landplage“ bezeichnet worden seien.

Ich verteidige nicht die FPÖ. Die kann das besser selbst. Doch der Sachverhalt muss richtiggestellt werden, gerade, wenn ein literaturkundiger Mensch die Quellen seiner Aussagen verschweigt.

Hier der Sachverhalt: Die niederösterreichische Heimatschriftstellerin **Ilse Krumpöck** hat das Buch „Werwölfe im Waldviertel?“ geschrieben. Anlass war ein Gedenkstein für acht ermordete Jugendliche. Ihre Nachforschungen in Gemeindeprotokollen, Gendarmerieprotokollen und Pfarrchroniken brachte zutage, dass die teilweise raubend und plündernd und vereinzelt auch mordend durchs Land ziehenden ehemaligen KZ-Häftlinge ganz allgemein von der betroffenen Bevölkerung als Landplage empfunden wurden. Über dieses Buch wurde in der Zeitschrift „Aula“ von **Fred Duswald** eine Rezension geschrieben,

in der das Wort „Landplage“ zitiert worden ist. Viele Medien berichteten über diesen „Skandal“, doch nirgends wurde der Titel des Buches genannt. Es schien, als wollte man verhindern, dass die Leute dieses Buch lesen.

Die Wut aller Antifaschisten richtete sich nicht gegen die Autorin, die penibel recherchiert hatte, auch nicht gegen die damaligen Verfasser diverser Protokolle und Chroniken, sondern einzig gegen die Zeitschrift „Aula“, und die, so kann man von **Michael Köhlmeier** erfahren, wird von der FPÖ unterstützt. Der Weg ist weit vom Vizkanzler über die Burschenschaft Danubia, über die AULA, über **Fred Duswald**, über das rezensierte Buch, über Frau **Krumpöck** bis zu den genannten Protokollen und Chroniken als Quelle der Benennung als Landplage.

Die Staatsanwaltschaft Graz hat eine Anzeige des NR-Abgeordneten **Harald Walser** abgelehnt. Wie der Fall danach noch ausging, ist mir unbekannt.

Günther Kriss
A- 6850 Dornbirn

Danke!

Ich warte begeistert auf die „Neue AULA“! Bitte nicht aufgeben, wir helfen, so gut wir können.

Albert Feichtinger
4040 Linz

Wird sich eine Alternative zur FPÖ gründen?

Die skandalösen Vorgänge auf Ibiza rund um den ehemaligen Vizekanzler **Heinz-Christian Strache**, sind Grund und Anlass genug, an Gruppierungen zu erinnern, die in den 1950er Jahren, damals allerdings vergeblich, versuchten, sich als nationale Konkurrenz zur „Freiheitlichen Partei Österreichs“ (FPÖ) zu profilieren.

Hintergrund war der 1953 erfolgte Austritt zahlreicher Mitglieder aus deren Vorgängerorganisation „Verband der Unabhängigen“, welche seinerzeit mit dem Vorwurf allzu starker Anpassung an die Besatzungsmächte konfrontiert wurde. Dieser Protest gruppierte sich um den damaligen Wiener Nationalrat **Dr. Fritz Stüber**.

Den einzigen politischen Erfolg vermochte **Stübers** Partei bei der Gemeinde-

wahl in Langenlois bei Krems zu erzielen, wo sie sogar drei Mandate bekam, die ihr aber schon sehr bald durch den Übertritt ihrer Inhaber zur ÖVP wieder verloren gingen. 1959 löste sich die „Demokratisch Nationale Arbeiterpartei“ auf. Zurück blieben von ihr immense Schulden, die **Fritz Stüber** noch lange Zeit persönlich belasten sollten.

Ihre noch an einem politischen Engagement interessiert gebliebenen Mitglieder traten in der Folgezeit wohl weitgehend der FPÖ bei. Nicht wenige von ihnen sollten sich dann 1967 bei der in diesem Jahr ins Leben gerufenen „Nationaldemokratischen Partei“ einfinden, die bekanntlich seit 1988 verboten ist. Es stellt sich jetzt natürlich die Frage, warum man sich mit

derartigen Kleinparteien überhaupt beschäftigen mag. Die Antwort darauf liegt aber, gerade in unseren Tagen, durchaus nahe, hat sie doch mit dem vollzogenen Ideologiewechsel der Freiheitlichen sehr viel zu tun. Er kann und wird bei nicht wenigen ihrer immer noch national eingestellt gebliebenen Mitglieder und Wähler sicher-

lich keine Zustimmung gefunden haben.

Das Strache-Desaster hat dazu gleichfalls nicht unerheblich beigetragen. Eine neue parteipolitische Heimat für enttäuschte FPÖ'ler steht daher – zumindest in der näheren Zukunft – durchaus auf der Tagesordnung.

Dr. Josef Haas
per Email

Schwierige Aufgabe

Ich muss mit Freude zur Kenntnis nehmen, dass Sie sich die schwierige Aufgabe gestellt haben, in Zeiten der nationalen Selbstaufgabe durch verantwortungslose Politiker sich auf die Seite der Wahrheit gestellt zu haben. Mit Interesse erwarte ich die von Ihnen avisierten drei kostenlosen Ausga-

ben Ihres Magazins. Darüber hinaus werden Sie im Dezember 2019 von mir eine Information erhalten, ob ich weiterhin Ihr Magazin beziehen möchte. Bin sowohl am Einzelpreis als auch am Abonnementpreis Ihres Erzeugnisses interessiert.

Dipl.-Ing. Axel Müller
D- 07338 Kaulsdorf

Neue
AULA

Okt. 2019 | Nr. 1 | Jg. 1

Falls keine Briefmarke vorhanden ist,
bitte Porto beim Empfänger einheben

Redaktion Neue AULA
Kleinzell 2
4115 Kleinzell im Mühlkreis
Österreich

Hoffnung

Natürlich abonniere ich die „Neue AULA“ – 86 Euro habe ich dafür bereits überwiesen. Habe selber seinerzeit ein Werbeexemplar von „Freilich“ zugesandt bekommen, das ich allerdings nur mit Widerwillen lesen konnte. Die jüngsten Vorgänge um den betrunkenen Herrn Strache in Mallorca haben bei mir ein Übriges getan, um mit dieser FPÖ nicht mehr das geringste Positive verbinden zu können. Nun die Hoffnung auf Ihre neue Zeitschrift, wo ich – zumindest heute – der Auffassung bin, dass sie mich nicht enttäuschen wird!

Dr. Josef Haas
D-96114 Hirschaid

Mit Freude habe ich die Nachricht bekommen, dass es eine „Neuaufgabe“ der „Aula“ gibt.

Mag. theol.
Michael Mittelstaedt
A- 4030 Linz

Zur „Neuen AULA“ herzlichen Glückwunsch!

Dipl.-Ing. Harald Hofbauer
A- 1190 Wien

Große Freude und das Beste!

Mit großer Freude las ich Euren Brief und wünsche Euch hiermit alles Beste!

Erscheint zu Hauf!
Ulrich E. Bösch
per Email

Freude und Glückwunsch

Wie sehr freue ich mich über die „Auferstehung“ der „Neuen AULA“. Zu diesem Entschluss erst einmal ganz herzlichen Glückwunsch. Klar möchte ich wieder Abonnent werden, auch wenn der Staat beziehungsweise die Polit-Clowns mich kräftig mit allen Tricks zur Kasse „bitten“, das heißt nicht direkt mich, sondern die schwächsten Glieder unserer sogenannten Gesellschaft, zu der leider auch meine seit Geburt kranke

Tochter gehört.

Das Kämpfen hierfür stärkt bekanntlich die Abwehrkräfte besonders. Schade, dass ich nicht näher dort wohne, habe eine ganze Menge Verlagserfahrung. Nun freue ich mich auf das nächste Treffen. Ende August wurde leider die GfP-Tagung abgesagt. Wann findet das nächste Treffen statt? Vorerst ganz liebe Grüße und gutes Gelingen!

Roswitha Stegemann
D- 65191 Wiesbaden

Gute Nachricht!

Vielen Dank für Ihr Schreiben mit der guten Nachricht vom Auferstehen der Aula. Ich schätzte die alte Aula sehr, und ich nehme an, die „Neue AULA“ wird in gewohnter Weise weiter redigiert. Ich wünsche Ihnen mit Ihrem Projekt viel Erfolg.

Herbert Gattermeier
Australien

Nicht aufgeben

Es freut mich, dass die „Aula“ nicht aufgibt. Ich habe das „Freilich Magazin“ schon aus Prinzip nicht abonniert und ich finde es auch ziemlich langweilig. Es ist zwar alles sehr professionell gemacht, aber ich erfahre daraus nichts Neues. Zudem scheint man sich bei den Texten darum zu bemühen, dass sie möglichst abgeglättet und entkantet werden, so dass man sich über bloß nichts aufregen kann, wodurch das Ganze aber auch öde wird. Die neue Zeitschrift hätte ihre Berechtigung gehabt, wenn man sie eben zusätzlich für ein anderes Publikum produziert hätte, nämlich für Einsteiger, die erst begonnen haben zu unserer politischen Rich-

tung zu tendieren. Dass die alten „Aula“-Abonnenten das so einfach schlucken und kommentarlos wechseln werden, bezweifle ich. Man braucht mir auch die Neue Rechte rund um die Partie aus Schnellroda gar nicht erst vorzustellen, ich kenne das doch schon seit Jahren. Dass man einerseits die Identitären auf Zuruf der Linken öffentlich verteufelt, aber dann das gleiche Milieu publizistisch einkauft, weil man keine eigenen Autoren gefunden hat, ist auch komisch. Falls ich auch zur „neuen AULA“ durch den einen oder anderen Text etwas beitragen könnte, würde mich dies natürlich auch freuen.

Georg Immanuel Nagel
per Email

Viel Erfolg!

Ich habe Ihren Brief vorgefunden und will die „Neue AULA“ versuchen. Ich habe mit heutigem Datum den Abo-Betrag, inklusive Spende, überwiesen.

Wie ich aus Ihrem Schreiben entnehmen darf, ist ein monatliches Erscheinen der „Neuen AULA“ vorgesehen.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Mitarbeitern auf diesem Wege viel Erfolg und hoffe, dass es noch viele ehemalige „Aula“-Bezieher gibt, die Ihr Vorhaben schätzen und unterstützen.

Christian Jüttner
per Email

Erfreulich

Eine sehr erfreuliche Nachricht, die Sie mir heute geschickt haben. Selbstverständlich abonniere ich, in der Hoffnung, dass die „Neue AULA“ genauso kämpferisch ist wie die alte. Viel Erfolg!

K.F. Kuhbier Z!
per Email

Unterstützung

Gerne unterstütze ich Euer neues Projekt als Abonnent und mit Spende, die ich soeben angewiesen habe.

Nehmt Euch aber nicht zu viel auf einmal vor – warum nicht lieber ein zweimonatliches Erschei-

WAHRHEIT KLARHEIT OFFENHEIT:
UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN

Nachrichten aus ABSURDISTAN

www.un-nachrichten.de
www.fb.com/UN.Nachrichten

DIE UNKORREKTE MONATSZEITSCHRIFT:

Probeexemplar:
UN, Pf. 400215, 44736 Bochum

Forum für Junge?

Mit großer Freude habe ich Ihren Brief mit der Information über Ihr neues Zeitschriftenprojekt erhalten.

Ich als ehemaliger Leser der „Aula“ begrüße die „Neue AULA“ ausdrücklich. Eine Zeitschrift dieser Art ist und bleibt ein Gewinn für das gesamte patriotische und natürlich auch nationale Lager.

Der Mut, auch unbequeme Dinge offen anzusprechen, hat Sie stets ausgezeichnet.

Sie haben in Ihrem Schreiben viele ehemalige Leser der Aula um Unterstützung gebeten. Ich stelle mir nun die Frage, ob Sie auch abseits finanziel-

ler Zuwendungen Unterstützung gebrauchen können? Beziehungsweise, ob Ihr neues Magazin nur namhaften Autoren oder auch „Neulingen“ eine Bühne bieten möchte?

Es würde mich sehr freuen, wenn die „Neue AULA“ auch jungen patriotisch gesinnten Autoren ein Forum bieten würde.

Tobias Schaar
per Email

Neue AULA gerne beziehen

Die Zeitschrift Aula habe ich auch immer gerne gelesen. Die selbsternannte Nachfolgezeitschrift „Freilich“ war eine große Enttäuschung (zu angepasst, zu wenig „rechts“, zu viele langweilige Interviews). Ich würde gerne die „Neue AULA“ beziehen.

Günter Ziegler
A- 1100 Wien

✂ Ich abonniere das Monatsmagazin Neue AULA (11 Ausgaben) zum Jahrespreis von 76 Euro (A), 86 Euro (EU). Bei Einstellung der Publikation gibt es kein Recht auf Rückerstattung einbezahlter Beträge. Das Abo verlängert sich, solange schriftlich nicht gekündigt wird.

Vorname:

Name:

Geburtsdatum:

Straße, Hausnummer:

PLZ, Ort:

Land:

Telefon:

Email:

Zahlungsmöglichkeiten:

Bitte senden Sie mir einen Erlagschein zu.

Ich überweise den Abo-Betrag.

Bankdaten: Empfänger: Albert Engelmann Ges.m.b.H
IBAN: AT28 1500 0007 2149 2882 | BIC: OBKLAT2L

Datum, Unterschrift

**Neue
AULA**

www.NeueAULA.com

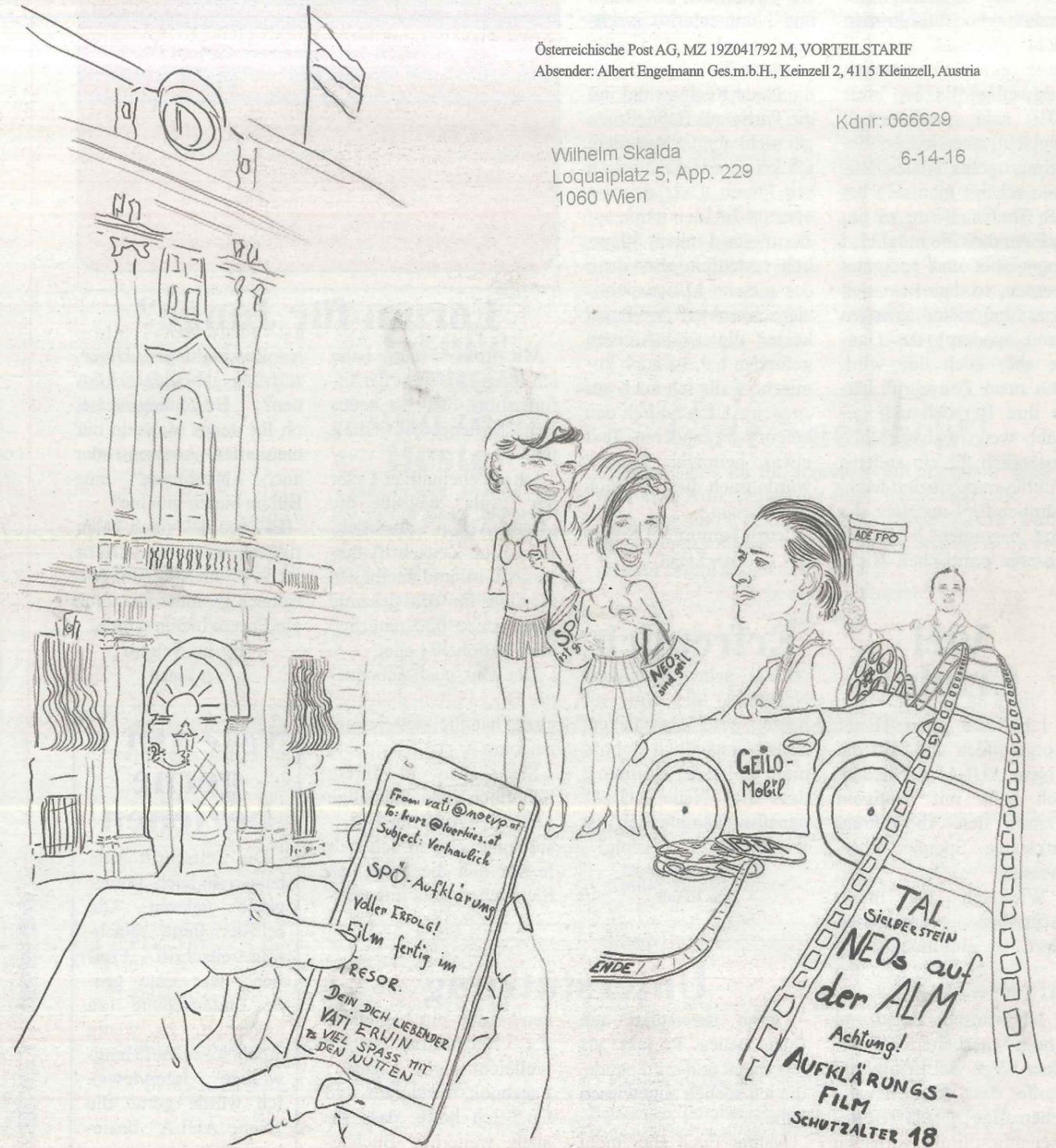
Redaktion
Kleinzell 2, 4115 Kleinzell i.M.
Österreich
Tel.: +43 7282 5797
office@neueaula.com

Österreichische Post AG, MZ 19Z041792 M, VORTEILSTARIF
Absender: Albert Engelmann Ges.m.b.H., Keinzell 2, 4115 Kleinzell, Austria

Kdnr: 066629

Wilhelm Skalda
Loquaiplatz 5, App. 229
1060 Wien

6-14-16



Die nächste „Neue AULA“ wird voraussichtlich am 30. Oktober 2019 gedruckt.